



Zeitschrift der **GEW** Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung

69. Jahr

Heft 3

März 2016



TITELTHEMA

Lobbyismus und Schule



## LobbyControl: Gegen Lobbyismus in Schulen

Mit Schulkooperationen, fragwürdigem Unterrichtsmaterial und Schul-sponsoring versucht der Energiekonzern RWE, das schlechte Image der Braunkohle bei Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Das HLZ-Titelfoto zeigt ein Team des Vereins LobbyControl, der im November 2015 eine Studie zu den Aktivitäten von RWE veröffentlichte und vor der Konzernzentrale in Essen 26.377 „blaue Briefe“ übergab, in denen RWE aufgefordert wird, die Lobbyarbeit an Schulen zu beenden (Foto: Alex Muchnik/LobbyControl). Inzwischen hat das Bildungsministerium in Nordrhein-Westfalen eine Überprüfung der RWE-Schulaktivitäten angekündigt. Ein offizielles Ergebnis liegt bisher nicht vor.

- Weitere Informationen zur Arbeit von Lobbycontrol findet man auf der Homepage [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de) und in dieser HLZ auf S. 10.

### Aus dem Inhalt

#### Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe
- 7 Meldungen
- 33 Recht: Hochschule, Reisekosten
- 34 Recht: Klassenkasse
- 36 Jubilarinnen und Jubilare
- 37 Magazin

#### Titelthema: Lobbyismus in Schulen

- 8 Unternehmen buhlen um Schulen
- 10 LobbyControl: Im Gespräch
- 12 Arbeitgeber wollen Publikation zur ökonomischen Bildung stoppen
- 14 Alle werden Unternehmer!
- 16 Gekaufte Forschung
- 17 Gewerkschaften und Schule

## Lollar, 21. April 2016: Fachtagung Ganztagschule

Der Landesverband Hessen des Ganztagschulverbandes (GTSV) führt seine jährliche Fachtagung am 21. April 2016 von 9 bis 16.30 Uhr an der Clemens-Brentano-Europaschule in Lollar durch. Zum Oberthema „Ganztagschule und Kooperation“ sind alle Schulen eingeladen, die ganztägig arbeiten oder auf dem Weg zur Ganztagschule sind. Referent ist *Dr. Elmar Philipp*. Nachmittags gibt es Workshops zur Praxis der Ganztagschule. Die Gebühr beträgt 30 Euro, für GTSV-Mitglieder 20 Euro.

- *Anmeldungen: [www.ganztagschulverband-hessen.de](http://www.ganztagschulverband-hessen.de)*

## Borken, 29. April 2016: GEW-Bildungstag in Nordhessen

Die GEW-Kreisverbände Frankenberg, Homberg, Melsungen-Fritzlar, Waldeck und Ziegenhain laden am 29. April 2016 zum Bildungstag in die Gustav-Heinemann-Schule in Borken im Schwalm-Eder-Kreis ein. Am Vormittag referiert *Professor Dr. Rainer Dollase* (Uni Bielefeld) über „Unterricht heute – eine kritische Bestandsaufnahme“. Nachmittags gibt es Workshops zu Themen wie Kommunikation in der Schule, Stress, Medienkompetenz, Bewegung, Kollegiale Fallberatung, Erziehungsvereinbarungen, Theater, Freies Lernen und „Inklusive Schulbündnisse“. Den Abschluss bildet das Musikduo *MetzoMar* mit seinem neuen Programm „Wahnsinn und Welterklärung“.

- *Alle Infos: [www.gew-schulamt.de](http://www.gew-schulamt.de) oder bei Bodo Hofmann-Thomschewski ([bodo-hofmann@online.de](mailto:bodo-hofmann@online.de)) und Helmut Schmidt-Biermann ([schmidt-biermann@t-online.de](mailto:schmidt-biermann@t-online.de))*

#### Einzelbeiträge

- 6 Neue Tarifrunde für Beschäftigte der Kommunen und des Bundes (TVöD)
- 18 Praxissemester: Erste Erfahrungen
- 20 Service Learning an Hochschulen
- 21 Inklusion und Lehrerbildung
- 22 Kulturelle Bildung in Not
- 23 Iea-Fachtagung: Migrationspolitik auf dem Prüfstand
- 24 Flüchtlinge brauchen „Lehrerinnen und Lehrer ohne Grenzen“
- 26 8. März: Internationaler Frauentag
- 28 Fachtagung zum pädagogischen Umgang mit Sexualität
- 30 Bücher: 2000 Jahre Judenhass
- 32 Berufsorientierung: GEW kritisiert Programm für Bildungsketten



Zeitschrift der GEW Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung  
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

#### Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 971 2930  
Fax (0 69) 97 12 93 93  
E-Mail: [info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de)  
Homepage: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)

#### Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling  
Klingenberger Str. 13  
60599 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 636269  
Fax (0 69) 6313775  
E-Mail: [freiling.hlz@t-online.de](mailto:freiling.hlz@t-online.de)

#### Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühmann (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

**Gestaltung:** Harald Knöfel, Michael Heckert +

**Titelthema:** René Scheppler, Roman George

**Illustrationen:** Thomas Pläßmann (S. 27), Dieter Tonn (S. 13), Dirk Tonn + (S. 9), Ruth Ullenboom (S. 4)

#### Fotos, soweit nicht angegeben:

Alex Muchnik/LobbyControl (Titel), Bert Butzke (S. 22), GEW (S. 6, 7, 37), Karina Lakeeva-Freiling (S. 20), Christian Mang/LobbyControl (S. 11), UNHCR (S. 25)

#### Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Niederstedter Weg 5  
61348 Bad Homburg

#### Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Peter Vollrath-Kühne  
Postfach 19 44  
61289 Bad Homburg  
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21  
E-Mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

#### Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

#### Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

#### Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

#### Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

#### Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

#### Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH  
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

# Mehr Transparenz, Herr Minister!

2010 forderte der Hessische Landtag auf Antrag der SPD einstimmig von der Landesregierung die Erstellung eines Sponsoringberichts. Vorgelegt wurde er erst drei Jahre später (Drucksachen 18/3583 und 18/6909). Im Gegensatz zum Sponsoringbericht der Bundesregierung ist der hessische Bericht, der eigentlich Transparenz schaffen soll, nicht einmal öffentlich! Immerhin kann der Antwort auf eine Anfrage entnommen werden, dass das Hessische Kultusministerium (HKM) im Jahr 2009 und in den ersten vier Monaten des Jahres 2010 Geld- oder Sachleistungen in Höhe von mehr als 283.000 Euro erhielt. Hinzu kommen Sachspenden, deren Wert nicht zu beziffern sei (Drucksache 18/4186).

Was man im HKM unter „Neutralität“ versteht, zeigen auch die folgenden Beispiele: Im Juli 2015 schloss die Konrad-Adenauer-Schule in Petersberg eine Kooperationsvereinbarung mit der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Fulda, um eine „Lernpartnerschaft“ in Bezug auf die berufliche Orientierung der Realschulabsolventen der Schule zu begründen. Kultusminister Alexander Lorz (CDU) erklärte, diese Kooperation sei „mit dem Grundsatz der politischen Neutralität vereinbar“, denn sie zielt „ausschließlich auf Berufsorientierungsinhalte und nicht auf politische Sachverhalte ab“ (Drucksache 19/2287). Kurz vor der Wahl des Marburger Oberbürgermeisters im Juni 2015 besuchte Minister Lorz gemeinsam mit dem CDU-Kandidaten für dieses Amt eine Schule in freier Trägerschaft in Marburg, obwohl Besuche von Abgeordneten in der Schule nach dem entsprechenden Erlass des HKM, der auch für andere Mandatsträger gilt, innerhalb von sechs Wochen vor einem Wahltermin unzulässig sind. Im Landtag lobte Lorz diesen Erlass, denn solche Besuche könnten „eine beeinflussende Wirkung auf wahlberechtigte Schülerinnen und Schüler haben“. Allerdings gelte er nur für öffentliche Schulen und nicht für Schulen in freier Trägerschaft (Plenarprotokoll 19/51). Formal ist das richtig, doch wie ernst kann man einen Kultusminister nehmen, der so inhaltsleer argumentiert und seinen eigenen Erlass aushebelt!

Christoph Degen (35) ist seit 2014 bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Zuvor war er als Förderschullehrer an einer Schule mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung im Main-Kinzig-Kreis tätig, unter anderem mit dem Fach PoWi.

Das Neutralitätsverständnis dieser Landesregierung ist fragwürdig. In dieses Bild passt die unkritische Haltung, die Kultusminister Lorz in der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 11.11.2015 an den Tag legte (HLZ S. 14). Ob Unterrichtsmaterialien, Kooperationsvereinbarungen, Schulbesuche oder andere lobbyistische Aktivitäten: Die Verantwortung wird an andere abgeschoben. Es fehlt an einer Haltung, die Vorbild für andere sein kann. Für die unüberschaubare Menge von Unterrichtsmaterialien brauchen wir eine Monitoringstelle, die Lehrkräfte dabei berät, welche Unterrichtsmaterialien verwendet werden können und welche nicht. Nicht jede Lehrkraft muss das Rad neu erfinden. Das Thema ist mit dem Berichtsantrag noch nicht erledigt. Deshalb habe ich dem Kultusministerium im Dezember 2015 einen Brief mit weiteren Fragen geschrieben. Dazu zählt die Frage der Bezifferbarkeit von Sachleistungen, die bisher als „nicht bezifferbar“ geführt werden. Weiter ist ungeklärt, welche Fälle von „Deep Lobbying“ den Schulämtern bekannt sind, welche Kriterien angelegt werden und in welchem Umfang Anfragen von potenziellen Sponsoren abgelehnt wurden.

Wir brauchen mehr Regeln, Leitplanken und Transparenz. Der Sponsoringbericht der Landesregierung sollte veröffentlicht werden. Lehrkräfte müssen verstärkt in die Lage versetzt werden, verdeckten Lobbyismus zu erkennen und Werbung von unbedenklichem Sponsoring unterscheiden zu können.

Ich danke der GEW, dass sie für diese tiefgreifenden und subtilen Formen des Lobbyismus an den Schulen sensibilisiert.




Christoph Degen, MdL

# Alles ganz easy!

Im Schlaf abnehmen. Im Schlaf Vokabeln lernen. Im Schlaf die Vergangenheit bearbeiten und seine Ängste loswerden. Das sind doch mal vielversprechende Buchtitel! Ich arbeite gerade an einem Verfahren, im Schlaf Unterricht vorzubereiten und Klausuren zu korrigieren. Anscheinend hat die Menschheit schon immer von einem bequemen Leben geträumt. Im Märchen wachsen einem die Trauben direkt in den Mund. Die Schüssel mit Reisbrei (heute wohl eher Mousse au Chocolat) rennt einem hinterher. Wenn es anstrengend wird, kommt ein Giftzwerg mit Spinnrad oder ein Täubchen mit Zaubernüssen zu Hilfe. Nachts düsen Heinzelmännchen durchs Haus und saugen Staub. Ein dicker Plattfisch erfüllt mal eben so die Karrierewünsche einer Fischersfrau – bis sie zu unbescheiden wird und Gott werden will. Gut, diese Dienstleistungen haben auch im Märchen ihren Preis: Man muss vorher an Bären, Drachen und anderen Bestien lebensrettende Sofortmaßnahmen ergreifen oder zum Dank sein Kind oder seine Seele hergeben.

Im modernen Märchen träumen Millionen Menschen davon, im Lotto zu gewinnen. Ein Haus am See beziehen, nie wieder arbeiten gehen, sich nicht mehr anstrengen müssen. Auch ich gebe Woche für Woche meinen Tippschein ab. Ich wäre allerdings

schon mit einer Million zufrieden. Einen Jackpot von 52 Millionen muss ich gar nicht haben. Leider wird man eher vom Blitz getroffen als vom Millionengewinn.

Auch andere Erwachsene ahnen dunkel, dass die Chance auf einen Millionengewinn nur winzig ist und man ohne Anstrengung im Leben nicht viel erreicht. Trotzdem fordern sie unbeirrt, dass ihre Kinder in der Schule spielerisch lernen sollen. Im Vorbeigehen ein paar mathematische Formeln begreifen, ein paar Fremdwörter internalisieren, ein paar tiefgründige Gedanken entwickeln. Die blöden Hausaufgaben, die angeblich den Stoff vertiefen (wozu das denn??), gehören abgeschafft – sie bringen nur Streit in glückliche Familien. Für müheloses Lernen hatte man schon vor 300 Jahren den Nürnberger Trichter erfunden. Leider ist er in den Wirren der Geschichte verloren gegangen. Geblieben ist nur der unschöne Begriff „eintrichtern“ für lernen, pardon, für „Wissen in die Schüler hineinpressen“.

Meine Lieblingsjournalistin überschlägt sich regelmäßig, wenn in einer Schule etwas „spielerisch“ geschieht. Ob dabei Relevantes herauskommt, ist völlig irrelevant. Hauptsache, es macht Spaß! So schwärmt sie z.B. von einer Lateinklasse, in der im Team diskutiert wird, was in einer Übersetzung am bes-

ten passt: ein Sklave, sein Sklave oder der Sklave? Ein genialer Lehrer, der die Kleinen nicht mit Vokabeln vollstopft, sondern sie selbstbestimmt arbeiten lässt. „Arbeiten“? Was für ein hässliches Wort. Klingt so nach Schweiß und Tränen. „Spielen“ muss es heißen.

Wobei der Begriff „Spiel“ ja durchaus trügerisch ist. „Spiel“ suggeriert Freude, Vergnügen, Leichtigkeit, Unbeschwertheit. Was aber ist mit Klavierspiel, Schachspiel, Fußballspiel? Kennt jemand eine Pianistin, die ohne ein gewisses Maß an „sturem“ Üben eine einzige Beethovensonate beherrscht? Oder einen Tennisprofi, der ohne hartes Training an einen Pokal gekommen ist? Schachspielen kann so anstrengend sein, dass Turnierteilnehmer dabei jede Menge Körpergewicht verlieren. Spielen kann auch lebensgefährlich sein (Pokern) und süchtig machen (Roulette). Wissenschaftliche Arbeiten versuchen seit Jahren, den Begriff „Spiel“ zu definieren. Das ist ausgesprochen schwierig.

Wie auch immer: Beim „spielerischen Lernen“ werden die Schüler von allein aktiv und lernen ganz locker, ohne es überhaupt zu merken. Lässt der Spaßfaktor nach, ist das ein sicheres Zeichen dafür, dass etwas nicht stimmt. Ein neues Programm, eine neue Methode muss her. Nur furztrockene Lehrer von gestern behaupten, dass irgendwann immer der mühsame Prozess des Übens einsetzt. Selbst attraktive Dinge wie Breakdance und Popgesang würden nicht von allein glücken.

Merkwürdigerweise erwarten nicht alle, dass ihnen die Trauben in den Mund wachsen. Bei den beliebten Bundesjugendspielen wollte mein Kollege einem rundlichen Knaben etwas Gutes tun und schrieb ihm 500 Punkte mehr auf. Der Junge freute sich überhaupt nicht über seine geschenkte Siegerurkunde. Offensichtlich wollte er nicht belogen werden. Vielleicht hatte er aber auch gelesen, dass Glückshormone erst nach erfolgreicher Schinderei freigesetzt werden. Deswegen schwimmen Menschen im Haikäfig nach Kuba, fliegen in Wingsuits durch die Lüfte, klettern ohne Hilfsmittel in die Steilwand oder schießen kopfüber durchs Wildwasser. Üben stundenlang Geige und Flöte, bis der Nachbar kollabiert. Letztendlich sind bei den Brüdern Grimm die „faulen Gretchen und Hänse“, „die faulen Spinnerinnen und Knechte“ auch keine leuchtenden Vorbilder, sondern nur schlaffe Weicheier...

Gabriele Frydrych



## Betr.: HLZ 1-2/2016 Beamtenstreik

### Erbärmlicher Kotau

Es ist wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Rechtsprechung in Sachen Beamtenstreikrecht nicht so eindeutig staatsorientiert ist, wie es manche gerne hätten und wie es viele transportieren, die sich nur oberflächlich damit beschäftigen. *Harald Freiling* hat zu Recht darauf hingewiesen, dass zum Beispiel selbst das Bundesverwaltungsgericht eine Anpassung des geltenden bundesdeutschen Beamtenrechts an die Europäische Menschenrechtskonvention mit dem darin verankerten Streikrecht auch für Beamte ohne hoheitliche Aufgaben verlangt.

Was das Verhalten der derzeitigen schwarz-grünen Landesregierung in der Beamtenbesoldung angeht, so muss die GEW auch weiterhin voll dagegen halten – politisch und auch rechtlich. Denn in der ganzen Geschichte der BRD gab es immer und gibt es nach wie vor einen engen Zusammenhang zwischen den jeweiligen Tarifergebnissen und der Regelung der Beamtenbesoldung.

Hessen spielt seit *Roland Koch* nicht nur eine negative Rolle mit der Abkoppelung Hessens vom bundeseinheitlichen Tarifrecht für den Öffentlichen Dienst und der Einführung eines speziellen Tarifvertrags für Hessen (TV-H), sondern jetzt auch mit der schwarz-grünen Abkoppelung der Beamtenbesoldung vom hessischen Tarifergebnis. Hinzu kommt die seit Jahren systematisch betriebene Verschlechterung der Beihilfeleistungen. Wenn wir uns jetzt in der Frage der Beamtenbesoldung für mehrere Jahre an der Nase herumführen lassen, braucht man uns eigentlich auch nicht mehr.

Was die grüne Landtagsfraktion und die grünen Regierungsmitglieder in dieser Sache sowohl in der Besoldungsfrage, vor allem aber bei den Disziplinarverfahren angeht, so verdienen sie die heftigste Kritik. Da es in Hessen mit Arbeitsniederlegungen dieser Art von Beamtinnen und Beamten seit Ende der 70er Jahre (!) vielfache Erfahrungen gibt, weiß jeder Kundige, mit welchem Ergebnis die jetzt angelaufenen Disziplinarverfahren – auch die sogenannten förmlichen – enden werden. Man fragt sich daher, was das aufgeplusterte hoheitliche Getue der Landesregierung, das offenbar sogar die zusätzliche Einstellung von Juristen erfordert, eigentlich soll. Darauf gibt es nur eine Ant-

wort: Einschüchterung. Und die lässt sich diese Regierung etwas kosten. Dass sich daran vor dem Hintergrund ihrer Geschichte in Hessen auch die Grünen durch ihre Unterstützung bzw. Rechtfertigung der jetzt angelaufenen förmlichen Disziplinarverfahren beteiligen, ist ein erbärmlicher Kotau vor einer streng konservativen Beamtenrechts- und Staatsauffassung, wie sie die CDU in Hessen schon immer vertreten hat.

Klaus Müller, Mörfelden-Walldorf

## Betr.: HLZ 1-2/2016 Lehrerbildung

### Ein Rat aus dem 16. Jahrhundert

Kürzlich kritisierte der 78-jährige Theaterchef *Claus Peymann* in der ZEIT die jungen Leute, sie gehörten zur „best-informierten Generation, die es je gab“, und hätten mit ihrem Smartphone Zugriff auf alles. Jeder habe in seinem Handy die British Library und doch „wissen sie nichts mehr“. Vielmehr herrsche „eine hochinformierte Blindheit und Unwissenheit“.

Exakt die gleiche Diagnose stellte vor fast 500 Jahren der 1533 geborene französische Philosoph *Michel de Montaigne*, Schlossherr und kurzzeitig Bürgermeister von Bordeaux. Er empfahl dem Erzieher in einem Essay, er dürfe „sein Amt nicht im alten Schlendrian führen“ und nicht weiter verlangen, „nur immer wieder aufzusagen, was man uns vorgesagt hat.“ Vielmehr solle er „von allem Anfang an den jungen Geist, den er zu leiten hat, nach dem Maß seiner Fähigkeit mitarbeiten“ lassen:

*„Er soll ihn selbst den Dingen Geschmack abgewinnen, sie wählen und unterscheiden lassen. Manchmal soll er dem Zögling auf den Weg helfen, manchmal aber ihn diesen allein finden lassen. Er soll nicht immer selbst reden, sondern seinen Schüler seinerseits sprechen lassen und auf ihn hören.“*

Aus dem Rat von Michel de Montaigne (Montaigne über sich selbst. Essais und Reisetagebuch, Kröner-Verlag Stuttgart 2013, S. 229) ergibt sich die Frage, ob die Diagnose Peymanns falsch ist. Oder verhindern die Umstände, dass Erzieherinnen und Erzieher eine gute Pädagogik in Praxis umsetzen? Wenn ja, welche? Oder hat die Schule ihren prägenden Einfluss abgeben müssen? Wenn ja, an wen? Oder ... (zu ergänzen durch die Leserinnen und Leser).

Ursula Wöll, Wetzlar

## Betr.: HLZ 1-2/2016 Kennzeichnung von Chemikalien

### Keine Pflicht zur Umetikettierung

In der HLZ 1-2/2016 berichteten wir von einer Dienstversammlung der Generalisten Arbeitsschutz, bei der darauf hingewiesen wurde, dass Gefahrstoffgebinde gemäß den neuen Kennzeichnungsrichtlinien bis zum 1.6.2017 neu etikettiert werden müssen. Kollege *Richard George* (GEW-Kreisverband Waldeck) teilte uns hierzu mit, dass eine Pflicht zur Umetikettierung für alle gefährlichen Gemische nur für die Unternehmen gilt, die Gemische in den Verkehr bringen. Sie müssen nach der CLP-Verordnung eingestuft und entsprechend GHS gekennzeichnet werden.

Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) warnt die Schulen deshalb ausdrücklich vor „blindem Aktionismus“. Keinesfalls dürfen alte und neue Etiketten gleichzeitig auf einem Behältnis sein. Etikettenkleber sind so gut, dass sie sich nur sehr schwer ablösen lassen. Bei mit Gefahrstoffen gefüllten Behältnissen wären somit nicht nur neue Etiketten, sondern sogar neue Behältnisse erforderlich.

Aus dem Kultusministerium verlautete, dass die Richtlinie für die Sicherheit im Unterricht (RISU) überarbeitet wird und in diesem Kontext demnächst auch mit einer Regelung zur Kennzeichnung von Stoffen für die Schulen zu rechnen sei. Darauf werde zu gegebener Zeit im Amtsblatt hingewiesen. Bis dahin gilt, worauf Kollege George hingewiesen hat: Eine Pflicht zur Umetikettierung von Chemikalien besteht für Schulen nicht.

Christoph Baumann, Frankfurt

• Alle Infos: [www.dguv-lug.de](http://www.dguv-lug.de) > DGUV-pluspunkt > Gefahrstoffkennzeichnung

## Delegiertenversammlung der GEW Nordhessen

Die Bezirksdelegiertenversammlung der GEW Nordhessen findet am 7. Juni 2016 in der Stadthalle Melungen statt. Auf der Tagesordnung stehen die Rechenschaftsberichte, der Kassenbericht und die Entlastung des amtierenden Geschäftsführenden Vorstands sowie dessen Neuwahl und die Beratung der vorliegenden Anträge. Den Schwerpunkt bilden die Anforderungen an das Bildungssystem durch die große Zahl von Flüchtlingen. Tagungsbeginn ist um 9.30 Uhr.

# Gewerkschaften fordern 6 Prozent mehr

## Tarifrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen

Am 18. Februar hat die GEW gemeinsam mit ver.di und den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Forderung für die diesjährige Tarifrunde bei Bund und Kommunen festgelegt: Die Einkommen der Beschäftigten sollen um 6 Prozent steigen. Und diese Forderung ist gut begründet.

### Gute Gründe

- Die Steuereinnahmen des Staates sind 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 Prozent gestiegen. Dabei hatten die Gemeinden ein Plus von 7,5 % und die Länder, die durch Zuweisungen die Kommunen mitfinanzieren, einen Zuwachs von 5,6 Prozent zu verzeichnen. Der günstige Trend bei den Steuern hat sich im Januar 2016 fortgesetzt. Die Finanzierung einer deutlichen Einkommenshöhung ist möglich, auch wenn die konkrete Haushaltslage der Kommunen sehr unterschiedlich ist.
- Nach wie vor gibt es einen Nachholbedarf im öffentlichen Dienst, der vor allem aus einer allzu zurückhaltenden Lohnentwicklung Mitte des vergangenen Jahrzehnts resultiert.
- Außerdem ist es wichtig, dass der öffentliche Dienst im Wettbewerb um die besten Fachkräfte mithalten kann.
- Und prinzipiell ist es natürlich volkswirtschaftlich klug, die Binnen- nachfrage deutlicher zu stärken, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Höhere Löhne tragen dazu bei.

Im Organisationsbereich der GEW wird vor allem der kommunale Sozial- und Erziehungsdienst in die Tarifrunde einbezogen werden. Der hatte allerdings im vergangenen Jahr eine sehr harte tarifliche Auseinandersetzung um die Verbesserung der Eingruppierungen zu bestehen, die in einem vierwöchigen Erzwingungsstreik gipfelte. Insofern kann man davon ausgehen, dass der Kampf für eine Anhebung der Einkommen aller kommunalen Tarifbeschäftigten für die in der GEW organisierten Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiter in diesem Jahr eine besondere Herausforderung darstellt. Andererseits würde ein passables Ergebnis für die Beschäftigten in den Kitas so etwas wie das Tüpfelchen auf dem i hinsichtlich der Ergebnisse der letztjährigen Aufwertungsrunde bedeuten.

### Es geht nicht nur ums Geld

Mehr Geld ist allerdings nicht das einzige Thema der Tarifrunde. So haben alle Beschäftigten der Kommunen, die nicht im Sozial- und Erziehungsdienst tätig sind, noch immer keinen Tarifvertrag zur Eingruppierung. Hier gilt es mit den Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Ländern sowie im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst, für den bereits 2009 ein entsprechender Tarifvertrag vereinbart wurde, gleichziehen.

Außerdem wird das Problem der Befristungen im öffentlichen Dienst immer drängender. Inzwischen liegt die 2014 vereinbarte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit vor. Nicht nur bei wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und Hochschulen, sondern auch in den Kommunen werden viele Beschäftigte nur befristet eingestellt.

Aber auch die Zusatzversorgung wird wieder ein Thema sein. Bereits in den ersten Treffen zur Vorbereitung der Tarifrunde haben die Gewerkschaften klar gemacht, dass die von der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) geforderten Einschnitte in die Leistungen der Zusatzversorgung angesichts der immer weiter abgesenkten Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung auf keinen Fall in Frage kommen.

Die Verhandlungen beginnen am 21. März 2016 in Potsdam. Weitere Verhandlungsrunden sind für den 11./12. April und den 28./29. April 2016 ebenfalls in Potsdam verabredet. Erfahrungsgemäß ist davon auszugehen, dass es vor der zweiten und der dritten Runde zu Aktionen und gegebenenfalls auch zu Arbeitskampfmaßnahmen kommen wird.

- Alle aktuellen Informationen findet man unter [www.gew.de](http://www.gew.de) und [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de).

**Rüdiger Bröhling**

Tarifreferent der GEW Hessen



## Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe startet durch

Gute Stimmung herrschte bei der Sitzung der neugegründeten Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW Hessen am 1. Februar 2016. Als Fachgruppenvorsitzende wurden (von links) *Raissa Bohnstaedt*, Schulsozialarbeiterin aus Maintal, *Karin Grünbein-Zimmer*, Sozialarbeiterin im Jugendamt Frankfurt, und *Janina Pieé*, Erzieherin aus Niddatal, gewählt. *Karola Stötzel*, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende (Foto: rechts), gratulierte den

drei Fachgruppenvorsitzenden, die mit ihren Professionen das Spektrum der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe in der GEW Hessen abbilden. Für Mai plant die Fachgruppe ein Vertrauensleuteseminar. Das nächste Fachgruppentreffen findet am 6. Juni 2016 von 10 bis 17 Uhr in Frankfurt statt. Alle GEW-Mitglieder im Sozial- und Erziehungsdienst sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

- Kontakt: [info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de)

## **X Personalratswahlen jetzt vorbereiten!**

Alle Informationen zur Durchführung der Personalratswahl in den hessischen Schulen am 10. und 11. Mai 2016 findet man im Internet unter [www.gew-prwahl2016.de](http://www.gew-prwahl2016.de). Alle Vordrucke für die Wahlvorstände stehen auch als Download zur Verfügung. Schulen, die am 10. und 11. Mai eine Wanderwoche oder andere außerschulische Veranstaltungen planen, sollten sich frühzeitig über die Möglichkeiten der Briefwahl informieren. Am 15. März läuft die reguläre Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen ab.

Die nächste Ausgabe der HLZ wird sich Anfang April ausführlich mit allen Aspekten der Personalratsarbeit und der Neuwahl der Personalräte beschäftigen.

## **X Pakt für den Nachmittag stößt weiter auf Ablehnung**

Die jüngsten Ankündigungen von Kultusminister *Lorz* zum weiteren Ausbau des „Pakts für den Nachmittag“ (PfdN) stießen beim Landeselternbeirat (LEB) auf wenig Begeisterung. Beim PfdN stehe die Betreuung der Kinder im Vordergrund, während der LEB „den Ausbau echter Ganztagschulen“ fordere. Die gebundenen Ganztagschulen seien eine „Chance für sozial benachteiligte Kinder“ und erlaubten „eine moderne und kindgerechte Beschulung, weil sich die Lernzeit nicht auf wenige Stunden am Vormittag konzentriert, sondern entzerrt wird“. Außerdem erinnerte der LEB an die Tatsache, dass der PfdN „zu Lasten der Grundschulen und der gymnasialen Oberstufen geht“. Wenn der Kultusminister den PfdN „unter dem Label ‚Ganztagschule‘“ präsentierte, dann verfälsche dies die Wahrnehmung und hemme den Ausbau echter Ganztagschulen.

Im gleichen Sinn meldete sich auch der Kreisverband Wiesbaden der GEW zu Wort. Der PfdN behindere „die Umsetzung der Ganztagschulentwicklung statt diese zu befördern“. Außerdem erinnerte die GEW Wiesbaden daran, dass viele Träger des PfdN ausschließlich im Nachmittagsbereich aktiv sind: „Der Flickenteppich an Trägern und Zuständigkeiten schließt die Möglichkeit der Rhythmisierung aus, die Phasen des intensiven Lernens mit Bewegungs- und Entspannungsphasen verbindet.“



## **X GEW Bergstraße: Mehr als „nur“ ein Gedenken**

Seit 2009 hat der 27. Januar im Terminkalender des GEW-Kreisverbandes Bergstraße eine besondere Bedeutung. Mit einer alljährlichen Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Jahr 1945 will die GEW ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit setzen.

„Wenn in Deutschland Flüchtlingsheime brennen, Menschen unverblümt ihren Fremdenhass in sozialen Netzwerken hinausposaunen und sich Be-

wegungen wie PEGIDA bestätigt fühlen, dann ist es höchste Zeit, eine klare Gegenposition zu beziehen“, sagte der GEW-Kreisvorsitzende *Tony Schwarz* am 27. Januar 2016. Aus dem kleinen Grüppchen von Lehrerinnen und Lehrern, die einen Kranz an einem der Stolpersteine in der Hauptstraße in Bensheim niederlegen, ist inzwischen eine größere Ansammlung an Menschen geworden, die mit ihrer Teilnahme ein Zeichen gegen Fremdenhass, Faschismus und Intoleranz setzen.

## **X GEW-Bezirk Südhessen wählt neuen Vorstand**

Bei der Delegiertenversammlung des GEW-Bezirksverbands wurden *Tony Schwarz* aus Fürth im Odenwald und *Dorothee Jeckel* aus Bensheim-Auerbach als Mitglieder des Vorsitzendenteams bestätigt. Auch *Manon Tuckfeld* aus Wiesbaden wurde einstimmig gewählt. *Heinz Bayer* aus Hanau hatte nicht mehr kandidiert.

Weitere Tageordnungspunkte waren der Bericht von *Sebastian Ankenbrand*, der seit zwei Jahren als Hochschulreferent der GEW Südhessen im Bereich der Darmstädter Hochschulen tätig ist, die Auseinandersetzung mit der beamtenfeindlichen Politik der hessischen Landesregierung und die laufenden Disziplinarverfahren. Auf Empörung stieß ein Schreiben des Vorsitzenden der grünen Landtagsfraktion *Mathias Wagner*. Die Behauptung, es gehe „bei der Besoldungsanpassung nicht darum, den Beamtinnen und Beamten etwas wegzunehmen, sondern lediglich den Anstieg der Besoldung zu begrenzen“, stieß auf den Protest der Delegierten.



Der neue geschäftsführende Vorstand (von links): *Holger Giebel* (Presse), *Klaus Armbruster* (Geschäftsführer), *Tony Schwarz* (Vorsitz), *Peter Eickelmann* (Schatzmeister), *Barbara Ludwig* (Schriftführung), *Dorothee Jeckel* (Vorsitz) und *Till Günther* (Schriftführung). Auf dem Foto fehlen *Manon Tuckfeld* (Vorsitz) und *Felix Pressel* (Rechtsberatung).



# Werbung in der Schule

## Wie Unternehmen um Schülerinnen und Schüler buhlen

Sinkende Schulbuchetats, gedeckelte Kopierkontingente und die teilweise Preisgabe der Lehrmittelfreiheit haben dazu geführt, dass der Anschaffungsturnus von Schulbüchern in den vergangenen Jahren systematisch ausgeweitet wurde. Immer mehr Lehrerinnen und Lehrer nehmen daher Unterrichtsmaterialien privater Bildungsanbieter in Anspruch, wobei Praktikantinnen, Praktikanten und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, die während ihrer Ausbildung Orientierung suchen und nur über knappe finanzielle Mittel verfügen, besonders häufig auf gratis ausgegebene Bücher und Broschüren zurückgreifen. So bieten derzeit 16 der 20 umsatzstärksten deutschen Unternehmen kostenlose Unterrichtsmaterialien an, um der nachfolgenden Generation ihre Sicht der Dinge zu vermitteln.

### Verschiebung in Richtung Privatwirtschaft

Die „Öffnung von Schule“ gegenüber unternehmerischen Einflüssen hat zu einer tektonischen Verschiebung im Bildungssektor geführt: Gewinn- und Gemeinwohlorientierung prallen aufeinander. Denn nicht wenige der mehr als 1.000 Initiativen, die vorgeben, sich um die schulische Bildung verdient zu machen, speisen die Schulen mit selektiven, tendenziösen und manipulativen Unterrichtsmaterialien, gerade auch um die Vor- und Einstellungen Heranwachsender zu prägen. Die *Deutsche Bank*, der Schokoladenhersteller *Ritter Sport* oder die Fast-Food-Kette *McDonald's* adressieren die einst neutrale Bildungsinstitution Schule aber nicht nur, um eine bestimmte Weltsicht zu präsentieren. Zugleich wollen sie ihre Produkte bewerben, ihr Image aufbessern, Kunden an sich binden und Personal rekrutieren. Sie wissen, dass an Kinder gerichtete Werbung besonders effektiv ist. Bei ihnen muss nur ein Viertel des Budgets veranschlagt werden, um denselben Werbeeffekt zu erzielen wie bei Erwachsenen. Außerdem beeinflussen Kinder oftmals die Kaufentscheidungen von Eltern und Großeltern.

Die privat-öffentlichen „Bildungs- und Lernpartnerschaften“ haben im Zeichen der „Öffnung von Schule“ ein historisches Ausmaß erreicht. So offenbarte die PISA-Studie 2006, dass mehr als 87 Prozent der 15-Jährigen hierzulande eine Schule besuchen, an der Industrie und Wirtschaft Einfluss auf die Lehrinhalte ausüben. Dies grenzt im OECD-Vergleich an einen „Negativrekord“. Direkte Werbung an Schulen ist zwar in den meisten Bundesländern verboten. Unter wachsendem finanziellem Druck haben sich die Kultusminister allerdings immer weiter der Wirtschaft geöffnet, so dass inzwischen Sponsoring in allen Bundesländern erlaubt ist. Unternehmen können Schulen somit in vertraglich geregelter Form finanzielle, sachliche oder personelle Ressourcen zur Verfügung stellen und erhalten dafür eine werbewirksame Gegenleistung. Problematisch dabei: Die Grenzen zwischen Werbung und Schul sponsoring sind fließend. Viele ministerielle Regelungen sind unpräzise, der Interpretationsspielraum entsprechend groß. Die chronische Unterfinanzierung der Schulen stellt dabei das Haupteinfallstor für Werbemaßnahmen dar.

### Einflussnahme im Feld der ökonomischen Bildung

Besonders augenfällig ist die lobbyistisch motivierte Einflussnahme mittels Unterrichtsmaterialien im Feld der ökonomischen Bildung. Nicht wenige der 250 Initiativen, die vorgeben, sich um die ökonomische Bildung verdient zu machen, wollen tatsächlich nur mit ihr verdienen. Im Hintergrund steht das Anliegen, die ökonomische Bildung mit einem Unterrichtsfach „Wirtschaft“ aufzuwerten, in dem zuvorderst „Finanzielle Bildung“ und „Entrepreneurship Education“ gelehrt werden sollen. Die von den verschiedenen Akteuren gestreuten Lernmaterialien zielen zumeist auf unternehmensnahe Weltbilder ab, indem sie einseitig unternehmerische Akteure und deren Interessen beleuchten. So nimmt das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Netzwerk „Unternehmergeist in die Schulen“ ([www.unternehmergeist-macht-schule.de](http://www.unternehmergeist-macht-schule.de)) allein die berufliche Selbstständigkeit in den Blick. Dieser inhaltlichen Verengung ist entgegenzuhalten, dass neun von zehn Schülerinnen und Schülern später als abhängige Beschäftigte berufstätig sein werden. Die beruflichen Perspektiven der Mehrheit bleiben auf der Strecke.

Im Schatten der Wirtschafts- und Finanzkrise wird finanzielle Bildung vor allem von Kreditinstituten und Versicherungskonzernen als Erfolg versprechender Weg aus ihrer Legitimationskrise gedeutet. Nahezu sämtliche Initiativen zielen auf bloßes Faktenwissen oder gar auf reine „Produktkunde“. Was zählt, ist Wissen über Aktien und Anleihen, Devisen und Derivate sowie Fonds und Futures. Eine Analyse der Wirtschafts-, Finanz- und Eurokrise hingegen wird ausgespart. Die Kritik am schulischen Engagement derartiger Initiativen zielt gerade im Kontext ökonomischer Bildung auch auf die externen Referentinnen und Referenten, die in Vertretung ihrer Unternehmen in die Klassen kommen.

Große Aufmerksamkeit erregte zuletzt der Verein *Geldlehrer Deutschland*. Knapp 100 Vermögens- und Finanzberater sind dort engagiert und haben nach eigenen Angaben mittlerweile mehr als 3.200 Unterrichtsstunden erteilt, in denen Schülerinnen und Schüler angeleitet werden, Sparpläne, Ratenkredite und Altersvorsorge zu berechnen. Zwar sind diese „Geldlehrer“ laut „Ehrenkodex“ gehalten, Werbemaßnahmen im Unterricht zu unterlassen, aber natürlich liegt der Verdacht nahe, dass die „Geldlehrer“ ihre Arbeitszeit nicht ohne Grund hinter den Schultoren verbringen. Da sie für ihre dreitägige Ausbildung 2.900 Euro zahlen, darf erst recht vermutet werden, dass sie in den Klassenzimmern gezielt für ihre Finanz- und Versicherungsprodukte werben, indem sie die staatliche Umlagefinanzierung schlecht- und das privatwirtschaftlich organisierte Kapitaldeckungsprinzip schönreden.

Auch das schulische Engagement der millionenschweren Initiative *My Finance Coach* wirft die Frage auf, ob das knappe Zeitkontingent Zwölfjähriger auf die Fragen „Wie Sorge ich privat für das Alter vor?“, „Wie betreibe ich bei meinen Finanzanlagen Risikodiversifikation?“ und „Wie versichere



ich mich richtig?“ verwandt werden sollte. In dem Materialordner zum Thema „Sparen“ werden die Risiken von Aktien und Anleihen niedriger Bonität oder hoher Volatilität ebenso ausgeblendet wie Inflationsrisiken, Kreditfallen und Falschberatungen. Die Liste der Kooperationspartner ist mit mehr als 60 Unternehmen und Organisationen außergewöhnlich lang. Der Versicherungskonzern *Allianz*, die *Deutsche Börse*, die *Kreditbank*, die *Cornelsen-Akademie*, die *Klett-Mint GmbH*, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft *KPMG* und die Unternehmensberatung *McKinsey & Company* reihen sich in das Lobbybündnis ein. Aber warum unterstützen auch die *OECD*, die *UNESCO* und der *Philologenverband* diese privatwirtschaftliche Initiative?

### Kernargumente gegen Lobbyismus in Schulen

Es bleibt zu hoffen, dass folgende Kernargumente der Kritiker endlich auch bei der Politik Gehör finden:

- Schulen sind der Aufklärung und nicht der Verklärung verpflichtet und dürfen keine Weltbilder heranzüchten.
- Da Kinder und Jugendliche im Umgang mit Meinungen vergleichsweise unerfahren sind, müssen die ihnen vorgebrachten Standpunkte behutsam ausgewählt werden. Die Umworbenen können sich den unterrichtlich eingebetteten „Werbeveranstaltungen“ aufgrund des schulischen Pflichtcharakters schließlich nicht entziehen.
- Schülerinnen und Schüler wissen den im Unterrichtskontext vermittelten Eindruck von Seriosität und Neutralität der externen Experten nicht in jedem Einzelfall zu enttarnen. Schon deshalb müssen sie vor externen Sachverständigen, denen mit ihrer Einbeziehung in den Pflichtschulkontext eine hohe Glaubwürdigkeit zugeschrieben wird, geschützt werden.
- Lernprozesse sind erfahrungsgemäß nur dann erfolgreich, wenn Argumente sachlogisch generiert, analysiert und reflektiert werden. Auf kritische Reflexion zielen die Aktivitäten der Werbetreibenden aber gerade nicht.
- Die Übernahme des Unterrichts durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Privatunternehmen mit eigenen Unterrichtsmaterialien hat weitreichende Konsequenzen für die öffentliche Wahrnehmung des Lehrerberufs, erfährt die professionsbezogene Ausbildung mit dieser Form der „Öffnung von Schule“ doch einen nachhaltigen Reputationsverlust.
- Das auf Allgemeinbildung zielende Schulwesen wird durch diese schleichende Privatisierung zu einem Handlungsfeld degradiert, in dem Unternehmensrepräsentanten frei von curricularen Vorgaben agieren können. Damit wird kein Verhältnis unter Gleichen geschaffen, wie es die Begriffe Bildungs- und Lernpartnerschaft suggerieren, sondern ein Ungleichgewicht gefördert, das sich in finanziellen und inhaltlichen Abhängigkeiten niederschlägt.
- Die frappierende Schiefelage zwischen Schulen als staatlichen Institutionen einerseits und privatwirtschaftlichen Akteuren andererseits geht zu Lasten solcher Interessengruppen, die nicht über die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen für schulische Lobbyarbeit verfügen – wie z. B. Wohlfahrts- und Umweltverbände, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch Gewerkschaften oder klassische Nichtregierungsorganisationen.
- Dieselben Akteure, die die Schulen mit Unterrichtsmaterialien zu Wirtschaftsthemen fluten, fordern seit Jahren die Einführung eines eigenständigen Fachs „Wirtschaft“. Dahinter steht die Behauptung, das Wirtschafts- und Finanzwissen der Jugendlichen sei ungenügend, weshalb diesen Themen



mehr Unterrichtszeit zugebilligt werden müsse. Aber wissen Schülerinnen und Schüler über Wirtschaft wirklich weniger als über Politik, Gesellschaft und Geschichte? Brauchen wir in Zeiten von Fremdenfeindlichkeit im Schatten von Pegida nicht dringend mehr politische Bildung?

- Die meisten Unterrichtsmaterialien gefährden die eigenständige Urteilsbildung und die Ausbildung von Kritikfähigkeit. Sie unterminieren damit den *Beutelsbacher Konsens*, in dem 1976 mit dem Überwältigungsverbot, dem Kontroversitätsgebot und der Schülerorientierung drei Grundprinzipien der sozialwissenschaftlichen Bildung festgeschrieben wurden.
- Es ist nicht einzusehen, dass Schulbücher in beinahe allen Bundesländern einem engmaschigen Prüfverfahren unterliegen, die Unterrichtsmaterialien privater Content-Anbieter hingegen nicht. Dies stellt bis heute eine nicht zu rechtfertigende Zweiklassenbehandlung dar.

Es ist an der Zeit, dass die bildungspolitischen Entscheidungsträger den schulischen Allgemeinbildungsauftrag nicht länger privatwirtschaftlichen Interessen opfern, sondern die Schultore für dubiose Akteure schließen. Andernfalls drohen Schulen endgültig zu „Werbeplattformen“ zu verkommen.

Tim Engartner

Tim Engartner ist Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Schulische Politische Bildung an der Goethe-Universität Frankfurt. Er berät die DGB-Initiative Schule und Arbeitswelt (<http://schule.dgb.de>). Der Nachdruck des Artikels erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Redaktion b&w der GEW Baden-Württemberg.

# Imagepflege öffnet Türen

## Im Gespräch mit Felix Kamella vom Verein LobbyControl

*LobbyControl (LC) kombiniert aktuelle Recherchen, wissenschaftliche Hintergrundanalysen und Kampagnenarbeit und hat sich seit 2005 als eingetragener Verein mit seinen Aktionen und Veröffentlichungen einen Namen gemacht. Der Verein finanziert sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, die vollständig offen gelegt werden ([www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)).*

*Der Lobbyismus in Schulen ist neben TTIP sowie bundes- und europapolitischen Themen einer der aktuellen Arbeitsschwerpunkte von LobbyControl (HLZ S.2). René Scheppeler, der das Thema schon länger für die GEW Wiesbaden bearbeitet, sprach für die HLZ mit Felix Kamella (32), der seit 2011 als „Campaigner“ im Kölner Büro von LobbyControl tätig ist.*

*HLZ: Lobbyismus – da denkt man zuerst an die Einflussnahme auf Gesetze und politische Entscheidungen. Was ist denn dann „Lobbyismus in Schule“?*

**Felix Kamella:** Neben der direkten Lobbyarbeit, die Sie gerade erwähnt haben, gibt es auch eine erweiterte Lobbyarbeit. Im Englischen gibt es dafür den Begriff *Deep Lobbying*. Bei dieser erweiterten Lobbyarbeit geht es nicht um den direkten Einfluss auf Gesetze, sondern um die Steuerung von Stimmungen und Diskursen in der Bevölkerung, um so indirekt politische Entscheidungen zu beeinflussen. Und in diesen Bereich fällt eben der „Lobbyismus an Schulen“. Dafür wollen wir mit unserer Arbeit sensibilisieren.

*Im Hessischen Schulgesetz und den einschlägigen Verordnungen tauchen eher Begriffe wie Spenden, Sponsoring oder Werbung auf. Ist es denn überhaupt noch zeitgemäß, mit diesen Begriffen zu arbeiten?*

Eher nicht. Die Aktivitäten an Schulen sind mittlerweile so professionell, dass sie von den Schulgesetzen gar nicht mehr umfassend abgedeckt werden. Wer Lobbyismus an Schulen betreibt, hat sich längst mit den bisherigen Rechtsgrundlagen arrangiert und sorgt dafür, dass er mit diesen Vorgaben nicht in Konflikt gerät. Man muss also wissen, dass sich hinter einer nach außen positiven und neutralen Bildungsförderung eine Imagekampagne für ein Unternehmen verbergen kann. Gerade deswegen fordern wir von der Politik, sich stärker mit dieser Problematik zu beschäftigen.

*Wer sind denn die „Lobbyisten“, die in die Schulen drängen?*

Die Universität Augsburg hat herausgefunden, dass von den 20 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland 16 direkt oder indirekt an der Erstellung von Unterrichtsmaterial be-

teiligt sind. Es handelt sich dabei also nicht um Ausnahmen. Leisten können sich diese Form der Einflussnahme besonders finanzstarke Akteure. Daher ist die große Gefahr: Wer nicht über ausreichende Mittel verfügt, dessen Botschaft droht unterzugehen. Ungeregelt können diese Aktivitäten somit zu problematischen Verzerrungen führen. Auch wenn sie die treibende Kraft sind, beschränkt sich Meinungsmache an Schulen nicht auf einzelne Unternehmen. Ein kritischerer Umgang mit außerschulischen Akteuren sollte daher alle unterschiedlichen Akteure einbeziehen.

*Was sind die primären Ziele dieser Akteure?*

Die meisten Aktivitäten verfolgen mehr als ein einzelnes Ziel. Zuerst geht es um eine gezielte Einflussnahme, um eine bestimmte inhaltliche Sichtweise in die Schule zu tragen. Ganz wichtig ist auch das Ziel, das Image des Akteurs zu verbessern. Wer Bildungsförderung betreibt, will als Akteur mit gesellschaftlicher Verantwortung gesehen werden, um sich so einen leichteren Zugang zur Politik zu erarbeiten. Außerdem können Aktivitäten an Schulen auch gezielt dafür genutzt werden, Kontakte zu regionalen Entscheidungsträgern aufzubauen. Mit kaum einem anderen Thema bekommt man so leicht ein Bild mit dem Bürgermeister in der Lokalzeitung. Und gerade bei der Imageförderung sind die Grenzen zur Werbung fließend. Trotzdem sind Werbung und Lobbyismus nicht dasselbe: Bei der Werbung sind die Schülerinnen und Schüler Ziel der Aktivitäten, denn es geht darum, sie als Kunden anzusprechen. Ziel des Lobbyismus ist letztlich die Politik. Der Kontakt zu den Schulen ist Mittel zum Zweck. Das ist gerade bei der Imageförderung fließend, denn ein besseres Image lässt sich sowohl für einen besseren Zugang zur Politik einsetzen als auch für die Markenbildung.

*Immer häufiger wird gefordert, dass sich die Schule zur Gesellschaft öffnen soll. Ist das nicht auch ein Einfallstor für den Lobbyismus in Schulen?*

Es geht natürlich nicht darum, dass sich die Schulen abschotten. Der Kontakt nach außen, auch zu Unternehmen, ist wichtig. Gerade bei der „Berufsorientierung“ ist es notwendig, dass Schulen Kontakte mit Unternehmen in ihrer Region aufbauen. Es kommt immer auf das Wie an. Und da beobachten wir, dass Berufsförderung gerne als Türöffner genutzt wird, weil diese gewollt und akzeptiert ist. Wir haben das kürzlich bei RWE beobachtet (HLZ S.2). Das Unternehmen betont bei seinen Schulaktivitäten, es gehe ausschließlich um Berufsförderung, dann muss man doch genau hinschauen, was da noch alles dranhängt. Es geht darum, das eigene Image zu fördern, Kontakt aufzubauen und Türen zu öffnen...

### Zum Weiterlesen

Lobbyismus und Schule ist auch das Thema einer Serie in der Zeitschrift PÄDAGOGIK:

- Heft 9/2015: Einführung in das Thema durch Johannes Bastian (Redaktion) und Felix Kamella (LobbyControl)
- Heft 10/2015: Unterrichtsmaterialien von Unternehmen und Vereinen (Carl-Christian Fey und Eva Matthes)
- Heft 11/2015: Stiftungen im Bildungsbereich und ihre Formen der Einflussnahme (Kathrin Dederling)
- Heft 12/2015: Lobbyismus in der Schule erkennen (Maik Schmidt)

Alle Beiträge findet man auch als Download im Internet: [www.redaktion-paedagogik.de/wp-content/uploads/serie\\_lobbyismus.pdf](http://www.redaktion-paedagogik.de/wp-content/uploads/serie_lobbyismus.pdf)

### Wie können Lehrerinnen und Lehrer solche Türöffner erkennen?

Türöffner verschleiern die einseitige Botschaft, die sie in die Schule bringen wollen. Zuerst geht es immer um den Nutzen, den die Schule hat, wenn sie eine Kooperation eingeht. Das steht ja auch in allen Richtlinien der Kultusministerien für Sponsoring und Kooperationen mit außerschulischen Partnern: Der schulische Nutzen müsse im Vordergrund stehen. Wir haben auf unserer Homepage ausführlich beschrieben, wie der Lobbyismus an Schulen verschleiert wird (1). Dazu gehört zum Beispiel, dass die Materialien für den Unterricht scheinbar kontrovers aufgemacht sind oder auch positive und unverfängliche Themen aufgreifen.

### Können Sie das am Beispiel von RWE konkretisieren?

RWE hat in Nordrhein-Westfalen ein extrem großes Schulprogramm, so dass dort die Schülerinnen und Schüler in ihrer Schullaufbahn mehrmals mit RWE in Berührung kommen können. Zur Einschulung gibt es die berühmten RWE-Brottdosen. Beim Sportfest hängt im Hintergrund ein großes RWE-Banner. Ältere Schülerinnen und Schüler können am RWE-Energiewettbewerb teilnehmen, es gibt Besichtigungen, Kooperationsvereinbarungen mit Schulen und Unterrichtsmaterial von RWE. Ziel dieser „Schulkommunikation“ ist es, die Unternehmensinteressen und Unternehmensziele zu verbreiten. Diese Instrumentalisierung der Schülerinnen und Schüler erschwert die kritische und auch kontroverse Auseinandersetzung mit dem Thema Braunkohle. Neben der Werbung für die Braunkohle verfolgt RWE aber auch das Ziel, sich über diese Kooperationen mit Schulen ein positives Image zu verschaffen: Ein gutes Image in der Bevölkerung hilft, die Politik leichter zu beeinflussen.

### Ist das denn so einfach möglich: Brottdosen mit RWE-Logo, RWE-Banner beim Sportfest?

Mittlerweile nicht mehr. Das Schulministerium hat die Nutzung des RWE-Logos auf diesen Brottdosen nach öffentlicher Kritik untersagt. Und damit hat sich das Problem für das Ministerium erledigt: kein Logo mehr, kein Problem mehr. Aber jeder weiß, von wem die Dosen kommen. Und wenn die Erstklässler diese in die Hand gedrückt bekommen, ist nicht selten ein Vertreter von RWE da, die Schulleitung und häufig auch der Schirmherr in Person des lokalen Bürgermeisters. Es gibt einen Fototermin und am nächsten Tag ist in der Lokalzeitung ein positiver Bericht. Das heißt, es hat sich eigentlich kaum etwas geändert – außer, dass auf den Dosen kein Logo mehr ist. Das zeigt, dass die Politik keinen zeitgemäßen Umgang mit dieser Problematik pflegt und der Kern der Problematik im Ministerium nicht angekommen ist.

### Kennen Sie vergleichbare Beispiele aus Hessen?

In Hessen ist uns jüngst eine Schulkoooperation zwischen einer Schule in Raunheim und der *Fraport AG* aufgefallen. Hier wird sichtbar, wie wenig zeitgemäß die Verantwortlichen mit dieser Problematik umgehen. Die Tatsache, dass eine öffentliche Schule intransparente Kooperationsvereinbarungen treffen darf, ist inakzeptabel. Die Kooperationsvereinbarung wurde uns trotz mehrfacher Nachfrage nicht herausgegeben. Ein weiteres Beispiel sind die Schulaktivitäten von *Amazon*. In Bad Hersfeld veranstaltet das Unternehmen einen Schreibwettbewerb für die Grundschulen der Region. Wenn dann die Sieger des Wettbewerbs ausgezeichnet wer-



Im Juni 2013 übergab Felix Kamella (Foto: links) eine Denkschrift von LobbyControl an den damaligen Präsidenten der Kultusministerkonferenz (KMK) Stephan Dorgerloh. Der Kultusminister aus Sachsen-Anhalt nahm die Unterschriften entgegen und erklärte, die Ministerinnen und Minister der anderen Bundesländer bei der nächsten KMK-Sitzung zu informieren. Schulen sollten kritisch mit den Angeboten außerschulischer Akteure umgehen, doch für die Politik sah Dorgerloh angesichts anderer drängender Probleme keinen Handlungsbedarf. (Foto: Christian Mang/LobbyControl, Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0)

den, ist die Lokalpresse dabei und rückt die Spender ins richtige Licht. Kritik an dem Konzern, der wegen schlechter Arbeitsbedingungen und Steuerflucht Schlagzeilen macht, tritt so in den Hintergrund.

*Als Gewerkschaft fragen wir nach der Rolle der Lehrerinnen und Lehrer. Liegt es eigentlich allein in der Verantwortung der einzelnen Lehrkraft, diesen Lobbyismus zu erkennen und ihm entgegenzutreten? So stellt das der hessische Kultusminister gern dar...*

Wir sehen die grundsätzliche Verantwortung bei der Politik. Sie muss dafür sorgen, dass Lehrkräfte für die Thematik ausreichend sensibilisiert werden. Angehende Lehrerinnen und Lehrer müssen bereits in der Ausbildung aufgeklärt werden. Wir wollen aber nicht warten, bis Unternehmen und die Politik ihre Aktivitäten überdenken oder neue Regelungen schaffen, sondern fordern kritische Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler auf, aktiv zu werden. Der beste Umgang mit manipulativen Angeboten ist immer noch, diese zu nutzen, um das Thema „Lobbyismus an Schulen“ im Unterricht zu behandeln. Schulleitungen oder Lehrkräfte können das Problem in Konferenz ansprechen. Schülerinnen, Schüler und Eltern sollten bei fragwürdigen Angeboten die Lehrkräfte oder die Schulleitung ansprechen.

*Vielen Dank für das Gespräch.*

(1) <https://www.lobbycontrol.de/2015/11/tueroeffner-so-wird-lobbyismus-an-schulen-verschleiert>



# Kritisches Denken unerwünscht

## Der Kampf um die ökonomische Bildung

Bettina Zurstrassen ist Professorin für die Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld. Unter ihrer Gesamtleitung entstand die Publikation „Ökonomie und Gesellschaft“, die 2015 bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in der gut etablierten Reihe „Themen und Materialien“ (TuM) veröffentlicht wurde und eine heftige Debatte über die Definitionshoheit in der ökonomischen Bildung auslöste. Mit manipulierten Zitaten konstruierte Peter Clever, Mitglied in der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), den Vorwurf, die Autorinnen und Autoren der Publikation hätten „ein monströses Gesamtbild von intransparenter und eigennütziger Einflussnahme der Wirtschaft auf Politik und Schule gezeichnet“, und forderte die bpb auf, die Publikation in dieser Form nicht weiter zu vertreiben. Nach interner Prüfung wies bpb-Präsident Thomas Krüger die Vorwürfe zurück. Ungeachtet dessen verfügte das Bundesinnenministerium am 14. Juli 2015 ein vorläufiges Vertriebsverbot.

Nachdem der Wissenschaftliche Beirat der bpb die Publikation geprüft und für die Aufhebung des Vertriebsverbots votiert hatte, bedurfte es dennoch des medial-öffentlichen Drucks auf das Bundesinnenministerium, um das Vertriebsverbot wieder aufzuheben ([www.iboeb.org](http://www.iboeb.org)). Bettina Zurstrassen sieht die Intrige als erneuten Versuch an, „das Konzept der sozioökonomischen Bildung und die hierfür einstehenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler politisch und wissenschaftlich zu diskreditieren und den Weg für eine an der Neoklassik orientierte monoparadigmatische ökonomische Bildung im deutschen Schulsystem freizuschlagen“. Tatsächlich „dürfte es nur wenige Publikationen im Feld der ökonomischen Bildung geben, die hinsichtlich der politischen und wirtschaftstheoretischen Pluralität breiter aufgestellt sind als der Band „Ökonomie und Gesellschaft“. Im Folgenden stellt Bettina Zurstrassen die Struktur des Buchs, die Diversität der Ansätze und die konzeptionellen Überlegungen des Autorenteam vor.

„Ökonomie und Gesellschaft“ ist eine der ersten Publikationen der bpb, die gezielt auch heterodoxe Wirtschaftstheorien berücksichtigt. Sie ist in dieser Beziehung innovativ und dennoch konservativ, weil sie sich an den Bildungsplänen der Bundesländer orientiert und deshalb heterodoxe Wirtschaftstheorien in der Tendenz zurückhaltend darstellt. Das Autorenteam hat sich für dieses Vorgehen entschieden, um die Verwendbarkeit an Schulen zu gewährleisten. Sowohl heterodoxe Ansätze als auch moderne orthodoxe Wirtschaftstheorien sind in den Bildungsplänen und vor allem in den Schul-

büchern kaum verankert. Sie können zwar über das Prinzip der Wissenschaftsorientierung als Unterrichtsgegenstand legitimiert werden, werden aber angesichts der Stofffülle im Unterricht zumeist nicht berücksichtigt.

„Ökonomie und Gesellschaft“ hätte in Bezug auf heterodoxe wirtschaftstheoretische Theorien noch pluraler ausfallen können. Es wurden aber von der bpb explizit auch Autorinnen und Autoren beauftragt, die der orthodoxen neoklassischen Wirtschaftslehre mit dem Modell des *homo oeconomicus* nahe stehen, um dem Anspruch der Pluralität gerecht zu werden.

### Wirtschaft ist mehr als „Angebot und Nachfrage“

In einem Gutachten forderte der Zentralverband des Handwerks (ZDH) 2011 ein Separatfach „Wirtschaft“. In einer Musteraufgabe werden die Lernenden gefragt, „ob die Preise für Grundnahrungsmittel wie Mehl und Milch staatlich festgesetzt werden“ sollten (1). Als einzige richtige Antwort ist vorgesehen, dass „Angebot und Nachfrage die Preise regulieren“ (1). Nicht erwähnt wird, dass es hohe Subventionen für die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie gibt, die Auswirkungen auf Märkte und Preise haben. Unerwähnt bleibt auch die Problematik, dass Grundnahrungsmittel beliebte Spekulationsobjekte an internationalen Börsen sind. Die politischen, sozialen, lebensweltlichen und globalen Perspektiven werden hier gänzlich ausgegrenzt. Die Lernenden sollen ausgehend von der klassischen und neoklassischen Theorie der Volkswirtschaftslehre zur Marktgläubigkeit „erzogen“ werden. Die sozioökonomische Bildung berücksichtigt dagegen gezielt auch die politischen, ökologischen und sozialen Dimensionen des Wirtschaftens, und sie vermittelt wirtschaftswissenschaftliche Theorien nicht als Glaubenssätze, sondern als wissenschaftliche Deutungsansätze, die im Unterricht kritisch hinterfragt werden.

(1) [https://bankenverband.de/media/files/Oekonomische\\_Bildung\\_an\\_allgemeinbildenden\\_Schulen.pdf](https://bankenverband.de/media/files/Oekonomische_Bildung_an_allgemeinbildenden_Schulen.pdf), S. 50

### Pluralität wirtschaftstheoretischer Ansätze

In meinem Einleitungsbeitrag „Die Krise der Wirtschaftslehre“ (Baustein 1) greife ich die Begriffe *orthodoxe* versus *heterodoxe* Wirtschaftswissenschaft auf, weil sie die Positionen im Konflikt um die Dominanz der Neoklassik in der Wirtschaftswissenschaft konturieren. Sie werden aber nur zurückhaltend angewendet, da sie in der Sozialwissenschaft kritisch betrachtet werden. Kritiker betonen, dass die Aufteilung in heterodoxe und orthodoxe Wirtschaftstheorien einerseits zu undifferenziert sei und andererseits durch die Begriffe die Randständigkeit heterodoxer Ansätze betont und damit der Anspruch der orthodoxen Wirtschaftslehre auf die Deutungshoheit gefestigt werde. Der Einleitungsbeitrag greift die studentischen Proteste des *Netzwerks Plurale Ökonomik* gegen die Dominanz der Neoklassik in der Volkswirtschaftslehre auf, um auf Fehlentwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft hinzuweisen.

Insgesamt stellte sich die Frage, ob man sich innerhalb der Theorien der heterodoxen und der orthodoxen Wirtschaftswissenschaften bewegt oder ob auch die Ansätze der Wirtschaftssoziologie und der politischen Ökonomie einbezogen werden. Um den inter- und transdisziplinären Charakter von „Ökonomie und Gesellschaft“ sicherzustellen, fiel die Entscheidung für den weiten disziplinären Bezugsrahmen. Anhand ausgewählter Beiträge soll das Vorgehen der Autorinnen und Autoren skizziert werden.

## Der theoretische Bezugsrahmen

Ich greife in meinem Einleitungsbeitrag bei der Erläuterung der Ursachen der Wirtschaftskrise von 2007 den Ansatz des Wirtschaftssoziologen *Christoph Deutschmann* auf, um darzustellen, welche Perspektiven und Fragestellungen die Soziologie auf den Gegenstand wirft. Möglich wäre auch die Bezugnahme auf Publikationen von *Thomas Piketty* oder *Paul Krugman* oder auf die Veröffentlichungen des Politikwissenschaftlers *Colin Crouch* über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Wohlfahrtsstaat.

*Reinhold Hedtke* stellt in seinem Beitrag „Preis oder Qualität?“ (Baustein 5) das französische konventionenökonomische Marktmodell vor und grenzt dieses von naturalistischen Auffassungen des Wirtschaftens ab, die von einer (weitgehenden) Selbstregulation der Märkte ausgehen (siehe Kasten).

*Andreas Fischer* thematisiert in seinem Beitrag „Verantwortliches Handeln in der modernen Konsumgesellschaft“ (Baustein 7) die Modelle des *homo oeconomicus* und des *homo culturalis*. Er diskutiert das Modell des *homo oeconomicus* zwar kritisch, weil es vereinfacht, betont aber auch die analytische Nützlichkeit des Modells (S. 212).

Im TuM-Skandal zielte die Kritik der BDA neben dem Lobbyismus-Beitrag von *Tim Engartner* (Baustein 2) vor allem auf den Beitrag „Arbeit, Subjekt und Gesellschaft“ von *Udo Hagedorn* und *Carolin Kölzer* (Baustein 9) über das Konzept des „Arbeitskraftunternehmers“. Es beschreibt einen Arbeitnehmer, der keine Festanstellung mehr hat, sondern für die Laufzeit eines Projekts von Unternehmen engagiert wird. Dieser Typus des Arbeitnehmers versteht sich als Unternehmer seiner Arbeitskraft, die er beständig optimiert, um für den Arbeitsmarkt attraktiv zu bleiben. Diese Organisation von Arbeit entspricht durchaus den Bedürfnissen vieler Menschen in einer individualisierten Gesellschaft, hat aber auch erhebliche Schattenseiten für die Beschäftigten, die sich kaum noch zur Interessenvertretung in Unternehmen organisieren können und allein die Risiken der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes tragen. Für viele Unternehmen ist der Arbeitskraftunternehmer dagegen das Idealmodell eines Arbeitnehmers, weil sie flexibel über Arbeit verfügen und zudem erhebliche Einsparungspotenziale realisieren können, z.B. im Bereich der Sozialversicherungen.

*Ewald Mittelstädt* und *Claudia Wiepcke*, die der neoklassisch argumentierenden Wirtschaftsdidaktik zuzuordnen sind, thematisieren in ihrem Beitrag „Diskriminierung am Arbeitsplatz“ (Baustein 10) Fragen der Diskriminierung in der Arbeitswelt und zeigen am Beispiel der Humankapitaltheorie einen Erklärungsansatz für die Diskriminierung auf.

## Was wird aus dem Fach Politik und Wirtschaft?

Sozioökonomische Bildung geht von der Gleichwertigkeit der Disziplinen aus. Die disziplinäre Relationierung ist pragmatisch. Sie ergibt sich im TuM-Band einerseits aus dem Gegenstand und andererseits aus dem disziplinären Zugriff der jeweiligen Autoren und Autorinnen. Die Kritik der BDA entzündete sich ausschließlich an Beiträgen von Autorinnen und Autoren aus dem Feld der sozioökonomischen Bildung. Sozioökonomische Bildung verfolgt das Ziel, die Lernenden zur mündigen und kritisch-reflektierten Bewertung und Bewältigung ökonomisch geprägter gesellschaftlicher Probleme und Lebenssituationen zu befähigen. Mit ihrem Kampf für ein neoklassisch ausgerichtetes Sepa-

# Ökonomie und Gesellschaft

Zwölf Bausteine für die schulische und außerschulische politische Bildung



Themen und Materialien



Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Ökonomie und Gesellschaft*. Themen und Materialien. 356 Seiten im Präsentationsordner. Bonn 2015

Die Veröffentlichung kann zum Preis von 7 Euro zzgl. Versandkosten bei der Bundeszentrale bestellt werden ([www.bpb.de](http://www.bpb.de) > Shop > Shop durchsuchen > Titelsuche „Ökonomie und Gesellschaft“).

ratfach „Wirtschaft“ wollen Unternehmerverbände und konservative Stiftungen offensichtlich kritische Perspektiven auf Wirtschaft in Zukunft eliminieren.

Auch wenn die Intrige um den TuM-Band (vorerst) ausgestanden ist, geht der Kampf weiter. Auch in Hessen haben die Befürworter eines Separatfachs „Wirtschaft“ nicht aufgegeben. In einem Feature „Wie viel Wirtschaftswissen brauchen wir?“ für die hr-INFO-Sendereihe „Wissenswert“, das erstmals am 1.11.2015 gesendet wurde, forderte die Frankfurter Professorin für Wirtschaftspädagogik *Eveline Wuttke* zwar kein eigenes Fach, doch müssten PoWi-Lehrer so ausgebildet werden, „dass sie Politik und Wirtschaft im Idealfall einigermaßen gleichverteilt studieren“. In Frankfurt könne man PoWi studieren, „ohne ‚Wi‘ studiert zu haben“. Bei näherer Prüfung zeigt sich aber, dass dies für die große Mehrheit der Studierenden nicht zutrifft. Selbst im L2-Studium, wo dies grundsätzlich möglich wäre, wählen nach Auskunft der Uni Frankfurt die meisten Studierenden auch Seminare mit ökonomischen Schwerpunkten. Hessische Politikdidaktiker wiesen die Darstellung von Wuttke zurück. Wirtschaft sei an den anderen hessischen Hochschulen im PoWi-Studiengang fest integriert. Wuttke geht in ihrer Argumentation zudem von einem additiv, disziplinär lupenrein getrennten Fachverständnis aus. Ökonomische Fragestellungen sind aber auch Gegenstand in Veranstaltungen der Wirtschaftssoziologie und der politischen Ökonomie und in vielen anderen Lehrveranstaltungen der Disziplinen, z.B. in Seminaren zur Analyse sozialer Ungleichheit oder zur Sozialpolitik. Sozioökonomische Bildung muss deshalb interdisziplinär ausgerichtet sein, um ganzheitliche Perspektiven und Analysen zu eröffnen.

Bettina Zurstrassen



# Alle werden Unternehmer

## Das Network For Teaching Entrepreneurship

NFTE soll man „nifty“ aussprechen und das steht im Amerikanischen für pfiffig, schlau und einfallreich. Ausgeschrieben steht NFTE für *Network For Teaching Entrepreneurship*. Als eingetragener Verein will NFTE „Eigeninitiative, Selbstvertrauen und Unternehmergeist in öffentliche und private Schulen“ bringen und Leben verändern. Zum Beispiel das Leben von Sarah:

*„Für eine Weile war sie sogar verheiratet, aber auch das war alles andere als ein Erfolg. Mit 23 Jahren bekam Sarah einen Sohn. Sie hockte zuhause, eine gelangweilte und völlig frustrierte Hausfrau und Mutter, finanziell abhängig von einem Mann – sie führte ein Leben, das sie bei anderen bisher immer verachtet hatte. (...) Der Tiefpunkt war für sie, Sozialhilfeempfängerin zu sein (...) – was für eine Demütigung.“ (1)*

Heute ist Sarah Wiener eine „erfolgreiche Entrepreneurin“ und „sehr kreative Unternehmerin“:

*„Als sie anfing, wie eine Unternehmerin zu denken, öffnete sich die Welt für sie.“ (1)*

### Das Hohelied des freien Unternehmers

Als die Verwendung des NFTE-Schülerbuchs ausgerechnet am 11.11.2015 in einer Anhörung im Kulturpolitischen Ausschuss des hessischen Landtags (KPA) zur Sprache kam, fragte der Abgeordnete Günter Schork (CDU) in einem Zwischenruf: „Und was ist so schlimm daran?“ Kultusminister Alexander Lorz (CDU) griff dies umgehend auf, denn der Parteikollege stelle aus seiner Sicht „die richtige Frage“ (2). Nein, an dieser Beschreibung von Lebensumständen und Perspektiven ist nichts Schlimmes. Bedenklich ist aber, wenn ein ganzes Buch und die dahinter stehende Organisation das Ziel verfolgt, „ein nachhaltiges Umdenken der Gesellschaft, insbesondere der Lehrer und der Schüler unterstützen“ zu wollen (www.nfte.de, Dezember 2014).

Hier geht es nicht um Werbung oder Schleichwerbung für ein Produkt oder ein Unternehmen, nicht um Konkurrenzvorteile oder klassischen Lobbyismus, sondern um das sogenannte *Deep Lobbying*, um den ganzen Menschen und die Beeinflussung gesellschaftlicher Strömungen und Entwicklungen (HLZ S.10). NFTE gehört zu den vielen Vereinen, Stiftungen, Interessenverbänden und Unternehmensabteilungen, die versuchen, neoliberale Einstellungen in der Gesellschaft zu fördern. Schülerinnen und Schüler sind die vorrangigen Adressaten einer Ideologie, wonach jeder seines Glückes Schmied ist und wie Bill Gates zum Milliardär werden kann: *„Sie entwickeln den Mut, ihr Leben künftig aktiv in die eigene Hand zu nehmen. Durch NFTE wächst ihre Motivation für das Lernen und sie erwerben eine erste fundamentale Wirtschafts- und Gründungskompetenz.“ (www.nfte.de, Februar 2016)*

Aber sorgt nicht das Hessische Kultusministerium (HKM) dafür, Schulen für die Einflussnahme von Unternehmen zu sensibilisieren? Ja, es gibt die „Grundsätze für Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben“ (HKM-Erlass vom 23.4.2012) und es gibt den alle zwei Jahre zu erstellenden Sponsoring-

bericht. Aber der hängt weit hinter der Realität zurück. „Zuwendungen Dritter, die auf einem Schulgirokonto oder über Fördervereine vereinnahmt werden“, werden vom Sponsoringbericht erst gar nicht erfasst und müssen deshalb auch nicht gemeldet werden. Auch „Spenden ohne Gegenleistung“, mit denen der Spender „in erster Linie der Schule eine Förderung zukommen lassen möchte“ und bei der „eigene Motive, soweit überhaupt vorhanden, (...) im Hintergrund“ stehen, sind nach dem Bericht des Kultusministers an den KPA von der Anzeigepflicht ausgenommen (3).

Tatsächlich hat die Wirklichkeit die Einflussnahme durch Werbung, Sponsoring und Spenden längst überholt, wie das Beispiel von NFTE verdeutlicht. Unter den Förderern der US-amerikanischen Mutterorganisation und ihres deutschen Ablegers findet man die Konzerne SAP, Burger King, MasterCard und unzählige weitere finanzstarke Unternehmen. Auch das amerikanische Curriculum wurde weitgehend übernommen, wobei das Schülerbuch an „den speziellen deutschen Bedarf“ angepasst wurde,

*„um auf die im Vergleich zu den USA viel skeptischere und kritischere Einstellung der Deutschen zum Unternehmertum und auch auf die leider viel weniger ausgeprägte Neigung zu positivem Denken zu reagieren.“ (NFTE-Lehrerbegleitheft, S.7)*

In geschlossenen Fortbildungsveranstaltungen an einer NFTE University kann man zum *Certified Entrepreneurship Teacher* (NFTE-CET) ausgebildet werden. Der GEW liegen Anmeldeunterlagen vor, in denen die Schulleitung bereits im Vorfeld bestätigen soll,

*„dass sie sich darum bemühen wird, dass der NFTE-Lehrplan mit den dafür von NFTE zur Verfügung gestellten Unterrichtsmaterialien an dieser Schule im kommenden Schuljahr von der dafür ausgebildeten Lehrkraft in einem Umfang von ca. 50 Unterrichtsstunden unterrichtet werden kann“.*

Das soll zum Beispiel in Wahlpflichtkursen oder im Fach Arbeitslehre geschehen. Ziel ist offenkundig eine exklusive Kontrolle über Inhalte, über die Ausbildung und die curriculare Einbettung in der jeweiligen Schule. Das NFTE-Buch und die Zusatzmaterialien sind nicht öffentlich erhältlich; CET-Kollegen werden angehalten, diese nicht eigenmächtig an Dritte auszuhändigen.

### Unterrichtsmaterialien für Schulen

Dürfen solche Bücher in der Schule eingesetzt werden? Nicht nur bei dieser Frage im Berichtsbeitrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion unter Federführung von Christoph Degen kam das Kultusministerium ins Schlingern (HLZ S.3). Da die „Qualitätskontrolle“ durch „das Verfahren gemäß der Verordnung über die Zulassung von Schulbüchern und digitalen Lehrwerken“ (Erlass vom 21.4.2013) angesichts der Vielzahl von kostenlosen Unterrichtsmaterialien, mit denen die Schulen überflutet werden, vollkommen obsolet geworden ist, bleibt auch dem Hessischen Kultusminister Lorz nichts anderes übrig, als den Schwarzen Peter den Lehrerinnen und Lehrern zuzuschieben:

„Die Auswahl und Verwendung geeigneter Materialien liegt grundsätzlich in der Verantwortung der Lehrkräfte. Sie sind dazu ausgebildet, vorhandene Materialien entsprechend ihrer Qualität und Eignung zu bewerten.“

„Doch was ist schlimm daran?“, fragen wir noch einmal mit Günter Schork und greifen weitere Beispiele aus dem NFTE-Schulbuch auf:

- **Anita Roddick** ist Gründerin von „The Body Shop“, einer Kosmetikfirma, die nach dem NFTE-Schülerbuch ausschließlich natürliche Zutaten für die Herstellung ihrer Produkte verwendet. Sie sei es leid gewesen, „viel Geld für aufwändige Verpackungen zu bezahlen, wenn sie nur eine kleine Menge Make-Up kaufen wollte.“ Und dann wenden sich die Autorinnen und Autoren direkt an die Schülerinnen und Schüler: „Wahrscheinlich hast du in den Einkaufsstrassen großer deutscher Städte oder an großen Bahnhöfen auch schon einen ‚Body Shop‘ gesehen.“ (NFTE-Schülerbuch S. 26)

- Auch **Hans Wall** begann seine Karriere als „Entrepreneur“ und Wohltäter „im Blaumann“, doch heute beschäftigt er „in einer eleganten Firmenzentrale in Berlin und weltweit mehr als 750 Mitarbeiter.“ Gern verweist das NFTE-Schülerbuch auf „die Stadtmöbel von Wall AG“, die „du sicher schon einmal gesehen“ hast (S. 42). Und weil sich **Hans Wall** „auch für sein soziales Umfeld“ engagiert, sollen die Schülerinnen und Schüler die Stichworte „Wall AG Sponsoring“ googeln (4).

- **Professor Dr. Günter Faltin** ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von NFTE, aber auch ein Vorbild für die zukünftigen Unternehmerinnen und Unternehmer: „Jetzt erfährst Du etwas über die Geschäftsidee der Teekampagne. (...) Die Teekampagne verkauft also nur eine einzige – eben die beste – Teesorte, statt eines breiten Sortiments.“ (S.50)

Garniert sind die Homepage und die Publikationen von NFTE mit zahlreichen überschwänglichen Kommentaren von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern und einem schier endlosen Lob der mutigen und kreativen Entrepreneur:innen:

- „*Einsamkeit, finanzielle Unsicherheit und andere Hindernisse können innere Stärke erzeugen.*“
- „*Andere mögen Angst vor Veränderungen haben, aber Entrepreneur:innen verstehen, dass eine Veränderung auch unternehmerische Chancen eröffnet.*“
- „*Man kann nämlich Regeln nur dann sinnvoll brechen, wenn man sie versteht. Es geht schließlich nicht einfach darum, Regeln zu brechen, weil es Spaß macht, sondern weil der Markt eine bessere Lösung honoriert.*“

### NFTE Best Practice Schulen

Da geht selbst das HKM auf Distanz und erklärte in dem Bericht an den KPA, es halte „an seiner kritischen Haltung gegenüber einer Empfehlung des NFTE-Schülerbuchs fest“. Im Klartext: Das HKM will das Buch nicht gerade „empfehlen“, aber auch nicht dessen Verwendung untersagen. Selbst der Hinweis der Fragesteller, dass die NFTE-Strategie „in Schulprogrammen einzelner Schulen“ verankert wurde und diese sich als „NFTE Best Practice Schule“ bezeichnen, veranlasste das HKM nur zu einem Hinweis auf die Neutralitätspflicht der Schule:

„*Inwiefern sich Schulen am NFTE-Programm beteiligen, die zur Verfügung gestellten Materialien im Unterricht einsetzen oder an NFTE-Wettbewerben teilnehmen, entscheiden diese unter Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen in Eigenverantwortung.*“

Dieses konkrete Beispiel und der politische Umgang mit NFTE zeigt exemplarisch, wohin die Reise geht, wenn sich Schulen



– wie immer wieder gefordert – stärker an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren und für die Belange der Wirtschaft öffnen sollen. Hier geht es um die Verschiebung der Schwerpunkte der Schule von der Bildung zur Ausbildung, um die Ökonomisierung von Bildung, die Schulen zu Marktteilnehmern macht. Auf diesem Bildungsmarkt sollen sie eigene Profile ausbilden, externe Partnerschaften eingehen und sich im Wettbewerb mit anderen Schulen behaupten. Auch das macht anfällig für den „Lobbyismus in Schulen“. Unternehmen und Interessengruppen haben begriffen, dass sie Jugendliche als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren brauchen und dass es sich für sie auszahlen wird, wenn sie frühzeitig beginnen, die Mentalitäten der Heranwachsenden zu beeinflussen. Sich dessen bewusst zu sein, ist eine entscheidende Herausforderung für Schulleitungen und Lehrerinnen und Lehrer. Dass sie dabei weitgehend auf sich selbst gestellt sind, ist kein Grund, die Segel zu streichen. Es gilt, den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule im Sinne des Beutelsbacher Konsens zu sichern, so dass Schule ein gleichberechtigter und selbstbewusster Gesellschaftsbereich auf Augenhöhe mit der Wirtschaft und nicht dieser untergeordnet ist.

René Scheppeler, GEW-Kreisverband Wiesbaden

- (1) Von der Idee zum Ziel. NFTE-Schülerbuch, S.81 und S.110
- (2) Protokoll der Sitzung des KPA am 11.11.2015: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Aktuell > Themen > Lobbyismus
- (3) Ausschussvorlage KPA 19/21 vom 10.9.2015: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Aktuell > Themen > Lobbyismus
- (4) Bei den „Stadtmöbeln“ der Wall AG handelt es sich unter anderem um öffentliche Toiletten, Parkbänke, Wegweiser oder Abfallbehälter.



# Erkaufte Glaubwürdigkeit

## Zum Einfluss der Wirtschaft auf die Wissenschaft

Christian Kreiß

### GEKAUFTE FORSCHUNG

Wissenschaft im Dienst der Konzerne



EUROPAVERLAG BERLIN

Die VW-Affäre zur Manipulation wissenschaftlicher Daten zeigt, dass sich Großunternehmen bei der Frage „Gewinn oder Wahrheit?“ bisweilen für Ersteres entscheiden. Auch wenn Unternehmen Geldzuwendungen an Hochschulen geben, kann man davon ausgehen, dass damit – ähnlich wie bei VW – der Zweck verfolgt wird, Gewinn zu erzielen.

Zahllose Beispiele in der Wirtschaftsgeschichte zeigen, dass Verflechtungen von Industrie und Hochschulen häufig eine unheilvolle Allianz darstellten. So erbrachte die von der Tabakindustrie finanzierte Universitätsforschung jahrzehntelang die gewünschten Ergebnisse. Solche „wissenschaftlichen“ Erkenntnisse verhinderten über Jahrzehnte hinweg Gesetze zum Schutz von Nichtrauchern. Zugunsten der Unternehmensge-

winne ging man buchstäblich über Leichen.

Die Chemieindustrie finanzierte wissenschaftliche Studien, die die Schädlichkeit von Dioxin und anderen Schadstoffen bestritten, die Gentechnikindustrie finanzierte Studien, die die Bedenkenlosigkeit von genveränderten Lebensmitteln aufzeigten. Medikamentenstudien werden heute zu etwa 90% durch die Pharmaindustrie finanziert, so dass man nie sicher sein kann, wie gut neuere Medikamente eigentlich sind (1).

Das Grundprinzip dabei ist einfach: Die Industrie versucht, den Ruf unabhängiger Universitäten für eigene Zwecke zu nutzen. Die Studie eines Konzernmitarbeiters wird von Medien, Politik und Bevölkerung weit kritischer beurteilt als eine scheinbar unabhängige Studie eines scheinbar unabhängigen Forschers an einem scheinbar unabhängigen Hochschulinstitut.

Dazu ein aktuelles Beispiel: Das 2004 gegründete *Zentrum für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht* an der Ludwig-Maximilians-Universität München (ZAAR) wird von drei Arbeitgeberverbänden finanziert, die 55 Millionen Euro zur Verfügung stellten. Die Folge sind arbeitgebernahe Forschungsergebnisse. Und wer bewirbt sich auf solche Stiftungsprofessuren? Anhänger von Arbeitgeber- oder von Gewerkschaftspositionen?

Ein anderes Beispiel ist das *House of Finance* an der Goethe-Universität Frankfurt. Es wurde 2008 vom Land Hessen und von Unternehmen der Finanzwirtschaft als *Public Private Partnership* gegründet und wird über erhebliche Mittel aus der Finanzwirtschaft mitfinanziert. Die Liste seiner privaten Förderer umfasst 132 Unternehmen und Institutionen. An der Universität Frankfurt gibt es insgesamt neun Stiftungsprofessuren, die von großen Finanzinstituten finanziert werden ([www.hochschulwatch.de](http://www.hochschulwatch.de)). Nach Einschätzung von Kritikern kann die Finanzwirtschaft die „Ausrichtung des House of Finance über die Mitwirkung in deren Gremien und finanzielle Zuwendungen steuern oder zumindest mit beeinflussen“ (<https://lobbypedia.de>). Darüber hinaus könne das Institut deutlichen politischen Einfluss ausüben, und zwar in eine konservative, neoliberale und marktunkritische Richtung.

Das ist naheliegend. Denn große Wirtschaftsunternehmen sind keine Wohltätigkeitsorganisationen. Das zentrale Unternehmensziel lautet Gewinnmaximierung. Ich kann dies aus meiner eigenen siebenjährigen Tätigkeit als Investmentbanker bestätigen. Für die Unternehmensleitungen gibt es nur drei Hauptziele: Profit, Profit und Profit. Alles andere ist Beiwerk oder Mittel zum Zweck. Am Ende des Tages zählte nur eines: Geld. Und das wird nicht altruistisch verschenkt, auch nicht und erst recht nicht an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das wäre betriebswirtschaftlicher Unsinn und vor den wenigen Großaktionären, die die Kontrolle haben, gar nicht zu vertreten. 7.700 bzw. 0,02 Prozent aller deutschen Haushalte kontrollieren inzwischen über die Hälfte des deutschen Betriebsvermögens (2). Die mantraartig beteuerte Freiheit und Unabhängigkeit von Hochschulen und Wissenschaft trifft meiner Einschätzung nach nicht zu. Deshalb muss sie auch ständig gebetsmühlenartig wiederholt werden, um das eigene und das öffentliche Gewissen zu beschwichtigen.

### Banken fördern Lehrerbildungskonzepte

Besonders übel ist es, wenn politisch einseitig ausgerichtete Institutionen auch noch Einfluss auf die Schulen nehmen. So unterstützt das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst das *Center for financial Studies (CfS)* mit 150.000 Euro aus Steuermitteln „bei der Erarbeitung eines Weiterbildungskonzeptes für Real- und Hauptschullehrer in Wirtschaftswissenschaften“ (3). Die Behauptung von Minister *Boris Rhein*, das CfS sei ein „unabhängiges Forschungsinstitut“, trifft nach meiner Einschätzung nicht zu. Zu den Hauptförderern des CfS gehören nach dessen Homepage unter anderen die DekaBank Deutsche Girozentrale, die Deutsche Börse AG, die DZ Bank AG und die Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute. Anlass für das Projekt war nach Aussage von Minister Rhein, „die Erkenntnis des Instituts, dass es vielen Bürgern an grundlegendem Wissen zu Wirtschafts- und Finanzthemen fehlt.“ Welches Wissen das CfS vermittelt, ist nicht schwer zu erraten: Es geht einmal mehr darum, den politischen Einfluss der Geldbranche in die Schulen zu tragen und marktkonforme Grundeinstellungen und Werte in die Herzen und Hirne unserer Kinder einzubrennen. Ein tragischer Irrweg: Konzerne haben in Schulen und Hochschulen nichts zu suchen.

Dr. Christian Kreiß, Hochschule Aalen

Eine Langfassung des Artikels mit Quellenangaben findet man auf der Homepage der GEW ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Aktuell > Themen > Lobbyismus).

(1) Christian Kreiß: *Gekaufte Forschung*, Berlin 2015

(2) Hans-Ulrich Wehler: *Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland*, München 2013, S.74

(3) Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 28.12.2015



# Sozioökonomische Bildung

## Unterrichtsmaterialien aus gewerkschaftlicher Perspektive

Nicht nur einzelne Unternehmen und Lobbygruppen wenden sich mit eigens erstellten Unterrichtsmaterialien an Lehrkräfte – auch Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen tun dies. Als Beispiel werden hier *Böckler Schule* (1) der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung sowie *Attac Bildung: Wirtschaft demokratisch gestalten lernen* (2) aus der globalisierungskritischen Bewegung vorgestellt. Es soll aber auch der Frage nachgegangen werden, ob sich auch diese Angebote die Kritik einer tendenziösen Darstellung gefallen lassen müssen – ähnlich wie Unterrichtsmaterialien von Unternehmerlobbys, nur aus anderer Perspektive.

*Böckler Schule* stellt verschiedene Materialien kostenfrei zur Verfügung, wobei insbesondere Forschungsergebnisse aus dem *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut* sowie dem *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung* aufgegriffen werden. Bei beiden handelt es sich um etablierte Forschungseinrichtungen der Stiftung. Für *Böckler Schule* werden kürzere Beiträge und Grafiken aus der Publikation *Böckler Impuls* zur Verfügung gestellt. Die Themen der Publikationsreihe reichen von „Gender und Familienpolitik“ über „Finanz- und Geldpolitik“ bis hin zu „Mitbestimmung“ und „Tarifpolitik“.

Didaktisch aufwändige Angebote bietet hingegen *Böckler Schule* in Form von Themenheften und Unterrichtseinheiten für den Unterricht ab Klasse 9. Sie zielen auf die exemplarische Bearbeitung von Themen aus dem oben genannten Spektrum im Rahmen von ein bis zwei Doppelstunden. Die angebotenen Themenhefte „Globalisierung“, „Soziale Sicherung“, „Arbeitswelt“ und „Finanzkrise“ beinhalten umfassende Hintergrundinformationen und Aufgabenstellungen. Ergänzend wird auch jeweils ein Lehrerheft mit didaktisch-methodischen Kommentaren angeboten.

*Attac* hat im Dezember 2015 fünf Bildungsbausteine als Auftakt zu seinem Programm *Attac Bildung: Wirtschaft demokratisch gestalten lernen* veröffentlicht. Ein Teil der Materialien unter dem Titel „Europa nach der Krise?“ hat einführenden Charakter und zielt auf den Einsatz in der Sekundarstufe I. Ein anderer Teil dient der Vertiefung und ist somit eher in der Sekundarstufe II verwendbar. Die Materialien können aber auch in der außerschulischen Bildungsarbeit verwendet werden. Themen sind die Verteilungspolitik (Modul I), die Finanz- und Staatsfinanzierungskrise (Modul II), die Finanzmarktregulierung (Modul III), die Ungleichgewichte in der Eurozone (Modul IV) und die sozialen Auswirkungen der Austeritätspolitik (Modul V).

Im Gegensatz zu den meisten anderen Angeboten fällt auf, dass die Materialien von *Böckler Schule* und *Attac* die Frage nach der politischen Perspektive selbst stellen und diese explizit machen. So verweist *Attac* auf seinen Charakter als soziale Bewegung und legt das zugrundeliegende Bildungsverständnis offen:

„Vor diesem Hintergrund ist auch das Bildungsmaterial von *Attac* nicht neutral (abgesehen von der Frage, ob es ‚Neutralität‘ in gesellschaftlichen Fragen überhaupt gibt). Ein Ziel des Materials ist es, das Handlungsrepertoire sozialer Bewegungen zu

thematisieren. Ein anderes Anliegen ist es, *Genexpertisen zu den vorherrschenden neoklassischen Sichtweisen auf wirtschaftliche Prozesse einzubringen.*“

Das – für die politische Bildung nach dem Beutelsbacher Konsens gebotene – Prinzip der Kontroversität könne angesichts der Hegemonie neoklassischer Deutungsmuster in der veröffentlichten Meinung überhaupt erst durch die Bereitstellung von kritischen Gegenpositionen realisiert werden.

Den Unterrichtseinheiten von *Böckler Schule* basieren auf einem von *Tim Engartner*, Professor für Didaktik mit dem Schwerpunkt schulische Politische Bildung an der Universität Frankfurt, verfassten Konzept. Diesem zufolge strebt *Böckler Schule* im Sinne der „sozioökonomischen Bildung“ die Zusammenführung von ökonomischem, soziologischem und politischem Wissen zu einer umfassenden politischen Bildung an (3). Die Unterrichtseinheiten sollen unterschiedliche ökonomische und politische Rollen berücksichtigen und dabei einen Schwerpunkt auf die Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Staatsbürgerperspektive legen. Dem Grundsatz der Theorie-, Paradigmen- und Wertevielfalt wird dabei besondere Bedeutung zugemessen.

Die Umsetzung des Konzepts lässt sich anhand der Einheit „Der Mindestlohn ist da! Sozialer Gewinn oder Jobkiller?“ illustrieren. Hier werden Hintergrundinformationen zur Entstehung wie auch zur konkreten Ausgestaltung des Mindestlohngesetzes mit ausgewählten empirischen Daten kombiniert. Die Debatte um mögliche Jobverluste wird auf der Grundlage von drei Statements nachvollziehbar präsentiert:

- *Ingo Kramer* von der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände rechnet durch höhere Löhne, die „am Markt nicht unterzubringen sind“, mit mehr Arbeitslosen.
- Allenfalls geringe Effekte erwartet der Vorstandschef der Bundesagentur für Arbeit *Frank-Jürgen Weise*.
- *Gerhard Bosch* und *Claudia Weinkopf* vom Institut für Arbeit und Qualifikation halten positive Effekte für möglich.

So ermöglicht das Material der Böckler-Stiftung, unterschiedliche Argumente aus verschiedenen Perspektiven abzuwägen.

Roman George

(1) <http://www.boeckler.de/39577.htm>

(2) <http://www.attac.de/bima>

(3) Beiträge von *Tim Engartner* und *Bettina Zurstrassen* findet man in dieser HLZ auf den Seiten 8 und 12.





# Nicht weiter so!

## Eindrücke aus meinem Praxissemester

Den Streit um das Praxissemester und seine überstürzte Einführung habe ich an der Uni Frankfurt, die für die Erprobung im Bereich L3 (Lehramt an Gymnasien) zuständig ist, verfolgt und in der HLZ 3/2015 kommentiert.

### Wie willkommen sind wir?

Ein halbes Jahr später betrete ich selbst das erste Mal meine Praktikumsschule, an der ich in den nächsten fünf Monaten einen Großteil meiner Zeit verbringen soll. Davor lagen chaotische Monate: In welchem Semester ich ins Praktikum gehen soll, erfuhr ich erst drei Monate vor Praktikumsbeginn, welcher Schule ich zugeteilt würde, drei Wochen davor. Ob wir parallel zum Praxissemester Seminare an der Uni besuchen dürfen, war noch beim ersten Termin des Begleitseminars unklar.

Eines wussten wir Praktikantinnen und Praktikanten jedoch schon vor Beginn: Viele Schulen sind nicht gerade glücklich darüber, uns mehrere Monate

lang betreuen zu müssen. Doch meine Besorgnisse werden schnell entkräftet. Trotz der Hektik in der zweiten Woche nach den Sommerferien vermitteln uns die Kolleginnen und Kollegen meiner Praktikumsschule, dass wir willkommen sind. In kürzester Zeit lernen wir Kollegium, Schulleitung und Räumlichkeiten kennen. Wir bekommen Schlüssel, ein Kopierkontingent und einen Platz im Lehrerzimmer. Es dauert nicht lange und wir kennen uns gut aus und arbeiten mit.

Die kalte Dusche kommt beim ersten Begleitseminar, das wir an jedem Mittwoch besuchen, mit der Botschaft, wir sollten es uns doch gut überlegen, ob wir wirklich Lehrerin oder Lehrer werden wollen. Dazu füllen wir eine von der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung (ABL) konzipierte Evaluation aus, deren Unterton ähnlich ist. Mein Eindruck, mit dem Praxissemester stelle man Lehramtsstudierende unter den Generalverdacht der Unfähigkeit für den Lehrerberuf, wird

so nicht widerlegt. Sollte ein Praxissemester nicht vorrangig Zeit geben, um herauszufinden, ob der Beruf wirklich passt?

### Hilflose Universitäten

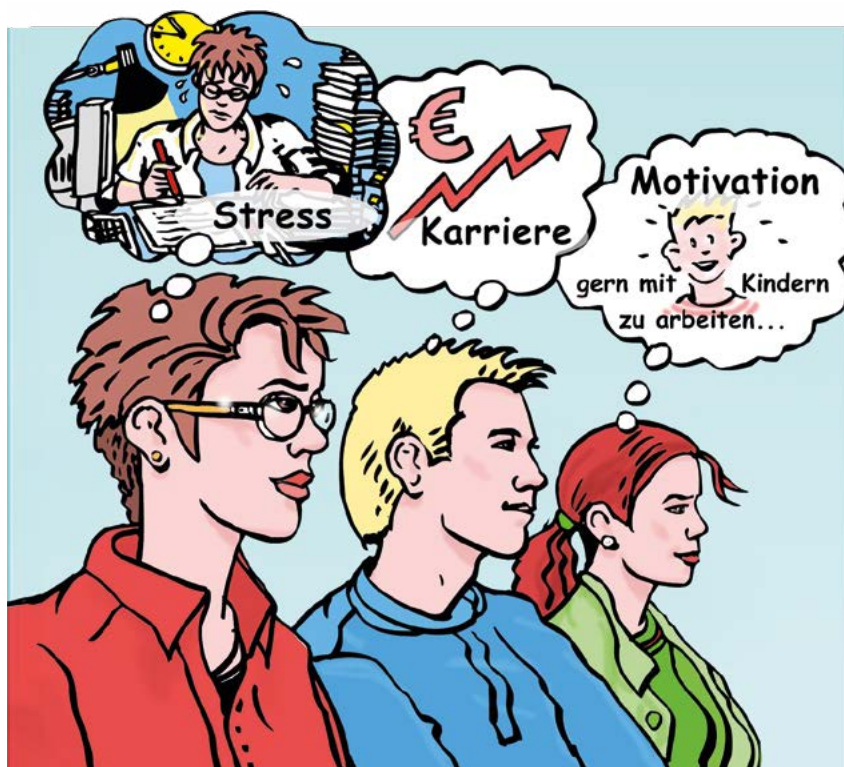
Der Austausch am ersten Seminartag zeigt, dass nicht alle Kommilitoninnen und Kommilitonen so viel Glück hatten wie ich. Die Schule von Aljona\* wurde zur Teilnahme am Praxissemester dienstverpflichtet:

*„Das Kollegium möchte nichts mit uns zu tun haben und man versucht, uns aus dem Weg zu gehen. Hoffentlich legt sich das noch.“*

Dafür kann Aljona trotz allem Verständnis aufbringen: Wie uns Lehramtsstudierenden wurde auch den Schulen das Praxissemester einfach übergestülpt, nichts war durchdacht und es fehlen klaren Richtlinien. Für Beschwerden fühlt sich die ABL nicht zuständig oder antwortet nur in Form pompiger E-Mails. Und verboten ist alles, was das Leben der Studierenden leichter machen könnte:

- Es ist nicht erlaubt, die geforderten 20 Präsenzstunden an der Schule so zu verteilen, dass man neben dem Praktikum arbeiten kann, um die hohen Mieten in Frankfurt zu bezahlen.
- Es ist verboten, parallel zum Praxissemester Seminare an der Uni zu belegen. Dies würde uns von der Praxisphase ablenken. Wie mich ein Blockseminar im März 2016, einen Monat nach Semesterende, vom Praktikum ablenken kann, hat mir bis heute niemand sagen können. Und wer BAföG bezieht, muss die Regelstudienzeit einhalten, um im letzten Semester nicht ohne Geld dazustehen. Eine Verlängerung der Regelstudienzeit ist aber nicht vorgesehen, obwohl das Praxissemester ein ganzes Semester verschlingt.

Die ABL ist nicht oder nur schlecht erreichbar und kommuniziert nur das Nötigste. Auch die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Lehramtsfachschaft werden nicht informiert. Hilfesuche werden abgeblockt, was auch Aljona erfahren musste. Weil sie an ihrer Schule größtenteils igno-



riert oder angefeindet wird, kann sie ihr Praktikum kaum normal durchführen. Die Schule wechseln darf sie trotzdem nicht. „Sie haben gesagt, dass diese Schule noch kein Härtefall ist“, erklärt Aljona. Was genau ein Härtefall sein soll, definiert die ABL nicht.

### Licht und Schatten

Mit diesen unterschiedlichen Voraussetzungen gehen wir nun alle unseren Tätigkeiten im Praktikum nach. An meiner Schule können wir sehr schnell unterrichten, helfen mit, wo wir können, fühlen uns fast als Teil des Kollegiums. Natürlich ist es Mehrarbeit, über unsere Unterrichtsplanung zu schauen und uns Rückmeldungen zu geben. Doch wer uns lässt, bekommt auch etwas zurück. Eine neue Sicht auf eine Klasse beispielsweise, die ganz anders wirkt, wenn man einfach einmal mit hinten sitzt, oder eine zweite Meinung zu einer Unterrichtsstunde. Ich bin verwundert, wie oft ich nach meiner Meinung gefragt werde. Gerade in sehr heterogenen Gruppen können wir die Klasse zu zweit leichter aufteilen und auf verschiedenen Lernniveaus unterrichten. Irgendwann vertrauen uns unsere Kolleginnen und Kollegen so sehr, dass wir alleine ganze Doppelstunden vorbereiten und halten dürfen, ohne dass wir dabei viel Hilfe bräuchten.

Aber an Aljonas Schule gehen die Probleme weiter. Wir dürfen als Praktikantinnen und Praktikanten keine Vertretungsstunden halten, doch von manchen Schulen wird diese Vorgabe ignoriert. Einige Schulen nutzen die unbezahlten Studis, um die Nachmittagsbetreuung auszuweiten und Geld zu sparen. Einige von uns verbringen die Hälfte ihrer Praktikumszeit in der Betreuung und nicht im Unterricht, wo sie eigentlich sein sollten!

### Ist Abschreckung das Ziel?

In der Mitte des Praktikums startet die zweite Evaluation der ABL. Wieder zum Ankreuzen! Kritik am Praxissemester lässt sich nicht unterbringen, dafür meldet sich der kleine Evaluationsstempel noch stärker zu Wort. Ob ich mich im Praktikum niedergeschlagen und deprimiert fühle, fragt er mich. Ob ich mich nicht vielleicht zu belastet fühle, zu angespannt, ob mir meine Fächer weiterhin gefielen? Dass ich mich im Praktikum gut fühle, scheint nicht den Erwartungen der Autorinnen und

Autoren zu entsprechen. Sonst würden sie vielleicht fragen, ob wir glücklich sind und ob uns unsere Arbeit erfüllt. Stattdessen fragt man, ob es mich frustriert, an einer Schule zu arbeiten. Soll der Erfolg des Praxissemesters an der Zahl der Studierenden gemessen werden, die danach das Lehramtsstudium an den Nagel hängen?

Monate später neigt sich das Praktikum dem Ende zu. Es war gut, so früh im Studium eine Schule zu erkunden. Das sehen viele so. Wir haben unsere Schule kennengelernt, unterrichtet, uns auch abseits unserer Fächer umgeschaut, an Konferenzen und Ausflügen teilgenommen. Wir haben gelernt, wie unterschiedlich Schulen sind und wie unterschiedlich sie mit den Praktikantinnen und Praktikanten umgehen. Auch Aljona hat etwas gelernt, nämlich, wie sie als Lehrerin nicht sein möchte. Das Verhalten der Lehrerinnen und Lehrer, die den Ärger über das aufgezwungene Praxissemester an ihr und den anderen Praktikantinnen und Praktikanten ausgelassen haben, ist für sie ein Ausdruck mangelnder Sozialkompetenz:

*„Ich glaube, dass Lehrerinnen und Lehrer eine ganz spezielle Aufgabe in unserer Gesellschaft haben. Dazu gehören Fairness und Offenheit für andere Menschen. Egal, ob es Studenten sind, ob jetzt die ABL oder das Kultusministerium schuld sind. Das ist ein anderer Mensch, der vor dir steht, das hat etwas mit Menschen untereinander zu tun.“*

### Praxissemester im Dialog

*Tanja Brühl*, für Fragen der Lehre zuständige Vizepräsidentin der Goethe-Universität, und *Holger Horz*, Leiter der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung (ABL), trafen sich Mitte Februar mit Vertreterinnen und Vertretern der GEW zu einem ersten Austausch über die Erprobung des Praxissemesters in Frankfurt. Die GEW kritisierte den frühen Zeitpunkt des Praxiseinsatzes, die fehlende Mentorenentlastung, die unzureichende Begleitung der Studierenden und einige technische Abläufe. Zwar sei vieles vom Land Hessen vorgegeben, doch habe die Goethe-Universität auch eigene Gestaltungsspielräume. Der Austausch von GEW und Universitätsleitung soll fortgesetzt werden. Außerdem ist im Juni 2016 eine gemeinsame Veranstaltung von ABL und GEW geplant.

Aljona findet es gut, wenn Schulen Widerstand gegen unüberlegte Direktiven von oben leisten. Aber wer etwas am Praxissemester ändern möchte, soll es nicht an den Studierenden auslassen, sondern Druck auf die ABL und das Ministerium ausüben, bis die Blockadepolitik im Interesse der nächsten Lehramtsstudierenden aufgegeben wird.

Wir haben auch gelernt, dass die ABL eine Institution ist, der wir den Rest unseres Studiums nicht über den Weg trauen sollten. Es kann nicht sein, dass die ABL versucht, Probleme nach außen hin zu vertuschen, und so tut, als würde sie die Betroffenen nach ihrer Meinung fragen. Aus diesem Grund lassen wir die Evaluation am letzten Seminartag auch links liegen. „Wollt ihr nicht eure Chance nutzen, etwas zu verändern?“, ruft uns der Evaluationsbeauftragte hinterher. Doch, das wollen wir! Aber nicht auf diese Art und Weise.

Das Praxissemester mag nur eine Marginalie sein, doch gerade die sozialen Folgen und die Auswirkungen auf den Studienverlauf sind gravierend. Wir dürfen uns die erste Runde, die nun endet, nicht als Erfolg verkaufen lassen, denn das war sie nicht. Wir müssen weiter diskutieren, dürfen nicht aufhören, „So nicht!“ zu sagen. Letztlich hilft ein besser gestaltetes Praxissemester nicht nur uns Studierenden, sondern allen Beteiligten.

Carla Spellerberg

\*Der Name wurde geändert.

### Hilfskräfte: Vor neuen Streiks

Die Vereinbarung zwischen der GEW und der Leitung der Goethe-Universität, ernsthaft über eine tarifliche oder außertarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen der studentischen Hilfskräfte zu verhandeln, wurde jetzt vom Kanzler der Universität demonstrativ gebrochen. Es werde kein Angebot des Arbeitgebers und keine weiteren Gespräche geben. Auch für den vom Senat geforderten Ausbau der bestehenden Selbstverpflichtung gibt es bisher keine Vorlage. Dass die Universitätsleitung nicht ein einziges Angebot vorgelegt hat, ist ein klarer Bruch der Vereinbarungen im Rahmen der letzten Tarifverhandlungen mit der GEW. Die GEW wird dies nicht akzeptieren und erwägt, gemeinsam mit den Hilfskräften und ver.di im Sommersemester zu weiteren Streiks aufzurufen.



## Im Elfenbeinturm?

### Service Learning: Lernen für die Gemeinschaft

„Wählen wir die Kooperation oder wollen wir, dass jeder für sich ein eigenes Thema bearbeitet?“ Vor dieser Entscheidung standen Studierende am Institut für Sozialwesen der Uni Kassel in einem Forschungsseminar zu Evaluationsmethoden. Zur Wahl stand einerseits die Bearbeitung eigener Themen aus der studentischen Lebenswelt, etwa zur Qualität der Mensa. Andererseits bestand die Möglichkeit, mit einer Beratungsstelle für Menschen mit Demenz und deren Angehörigen nach Möglichkeiten der sozialen Integration „junger“ Menschen mit Demenz zu forschen. Dass es diese Personengruppe überhaupt gibt, war den Beteiligten bis dato nicht klar.

Die Studierenden wählten die Kooperation. Wenig überraschend, denn es ging um die spannende Frage nach Bedingungen gelingender sozialer Integration bei einer bisher kaum beachteten Gruppe. Aufmerksam wurde das Seminar auf diese Gruppe erst durch den Besuch der Leiterin der Einrichtung und die gemeinsame Diskussion. Aus dem so entstandenen „Material“ erarbeiteten die Studierenden im Seminarverlauf eine Reihe von Forschungsfragen, die dann präsentiert

und gemeinsam mit Mitarbeiterinnen der Einrichtung diskutiert und abgestimmt wurden. In einer Forschungswerkstatt, die über zwei Semester arbeitete, befragten die Studierenden Betroffene und Angehörige sowie Personen im Hilfesystem nach ihren Wünschen und Erfahrungen im Hinblick auf soziale Integration durch Tätigkeiten oder Engagement. Abschließend wurde ein gemeinsamer Forschungsbericht verfasst und mit den Projektbeteiligten kontrovers diskutiert.

Was unterscheidet dieses Seminar von „üblichen“ Seminaren? Schließlich hatten die Studierenden einen Weg gewählt, der deutlich mehr Verbindlichkeit und auch einen zeitlichen Mehraufwand bedeutet. Statt um die „Qualität der Mensa“ ging es darum, gemeinsam mit einer Praxiseinrichtung ein Projekt zu entwickeln, das für die Einrichtung selbst einen Mehrwert, einen „Service“ mit sich bringt. Lernen soll insofern dem Gemeinwohl dienen, für Menschen, Einrichtungen und Netzwerke außerhalb der Lernorte von Nutzen sein. Gleichzeitig kann *Service Learning* als ein pädagogischer Ansatz gefasst werden, der erfahrungsorientiertes Lernen mit demokratiepädagogischen Zielen verknüpft. *Service Learning* kommt aus den USA und deren kulturellen Traditionen und intendiert die Entwicklung von *Citizenship Skills* und damit assoziierten Kompetenzen bei den Lernenden.

#### Die vier R des Service Learning

Der Diskussionsstand zu den didaktischen Konzepten des *Service Learning* ist hierzulande (noch) eher schwach entwickelt. Dies ist nicht nur ein Nachteil, vielmehr können Konzepte kreativ an konkrete Situationen, Akteure und Ziele angepasst werden. Grundlegende Prinzipien und Ziele hat *Dan W. Butin* in seinem 2010 erschienen Buch „*Service-Learning in Theory and Practice*“ formuliert.

Gemeinsamer Nenner in der konzeptionellen Debatte sind „die vier R“, die für *Respect, Reciprocity, Relevance* und *Reflection* stehen:

- Die den Service Leistenden sollen respektvoll sein gegenüber den Lebensumständen, Kontexten und Zielen der die Hilfe Empfangenden.
- Der Begriff der Reziprozität verdeutlicht, dass es sich bei der Beziehung nicht um eine einseitige handelt, bei der an kulturellem oder sozialem Kapital überlegene Privilegierte weniger Privilegierten helfen.
- Mit dem Begriff Relevanz ist die Forderung verbunden, wonach der Service im Zentrum des jeweiligen Seminars steht und akademisch-inhaltlich relevant ist.
- Der vierte Begriff schließlich verweist auf die Notwendigkeit der Reflexion des Service oder der Hilfeleistung bzw. dessen gesellschaftlichen Kontextes im Seminarkontext.

Die sehr positiven Erfahrungen im Projekt sprechen dafür, *Service Learning* als hochschuldidaktisches Format weiter zu etablieren. Insbesondere aber können auch Schulen von der Öffnung des Lernens hin ins Quartier, in die Gemeinde oder zu Einrichtungen profitieren. Die Schülerinnen und Schüler recherchieren eigenständig zu Problemen in ihrem Umfeld, wählen sich ein Thema aus, vertiefen die Recherche, erstellen Lösungsvorschläge, entwickeln auf dieser Grundlage eine Projektidee, planen ihr Projekt, setzen es um, präsentieren die Ergebnisse und dokumentieren und reflektieren den Projektverlauf.

Die Flüchtlingssituation wäre ein solches Thema. Schülerinnen und Schüler können vielfältige Kompetenzen entwickeln, indem sie herausfinden, welche Bedürfnisse gleichaltrige Kinder aus Syrien oder dem Iran haben, und sie anschließend bei der Realisierung unterstützen. Der so gewonnene Service kann gleichzeitig ein wertvoller Beitrag zur Integration der neuen Bürgerinnen und Bürger sein.

**Dr. Matthias Müller**

- Weitere Informationen zum Service Learning und zum beschriebenen Projekt: [www.uni-kassel.de/fb01/personen/homepages/dr-matthias-mueller/veroeffentlichungen.html](http://www.uni-kassel.de/fb01/personen/homepages/dr-matthias-mueller/veroeffentlichungen.html).
- Kontakt: Dr. Matthias Müller, Universität Kassel, Institut für Sozialwesen, Arnold-Bode-Straße 10, 34127 Kassel, [matthias.mueller@uni-kassel.de](mailto:matthias.mueller@uni-kassel.de)



Foto: Karina Lakeeva-Freiling

# Inklusion und Lehrerbildung

## Welche Ausbildung braucht die inklusive Schule?



Das Thema „Inklusion in der Schule“ wird die hessische Bildungslandschaft und nicht zuletzt die Landesregierung auch in Zukunft beschäftigen, da für 2017 eine Novellierung des Hessischen Lehrbildungsgesetzes (HLbG) geplant ist, zu der die hessische GEW Stellung beziehen muss. Aus diesem Grund fand am 11. Februar die Fachtagung „Welche Ausbildung für Lehrkräfte braucht die inklusive Schule?“ statt, zu der das Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand eingeladen hatte.

Vera Moser, Professorin für Pädagogik bei Beeinträchtigung des Lernens und Allgemeine Rehabilitationspädagogik, bezog positiv Stellung zur Struktur des neuen Berliner Lehramtsstudiums. Seit dem Studienjahr 2015/16 wird dieses schulstufenbezogen an den lehrerbildenden Berliner Universitäten umgesetzt. Kern der Neustrukturierung ist die Aufgabe des separaten Lehramtes an Sonderschulen, an dessen Stelle die Einrichtung eines Studienschwerpunktes „Sonderpädagogik und Rehabilitationswissenschaften“ in den Studiengängen für die Lehrkräfte an Grundschulen, an Integrierten Sekundarschulen (ISS) und Gymnasien sowie im Lehramt an beruflichen Schulen getreten ist.

Benjamin Haas, Lektor im Weiterbildungsstudiengang Inklusion an der Universität Bremen, erläuterte die „verschmelzenden Modelle“ der Doppelqualifikation im Lehramtsstudium an der Universität Bremen. Im Grundschullehramt und im Ausbildungsgang Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik studiert man die verpflichtenden Fächer Deutsch oder Mathematik mit einem beliebigen „kleinen Fach“ (Englisch, Kunst, Musik, Sachunterricht). Dazu kommt die Inklusive Pädagogik (IP) als Studienfach im Bachelor/Master mit Bezug auf die Fachdidaktik und die Praxisbegleitung. Für Lehrkräfte der Sekundarstufe 1 wird der weiterbildende Masterstudiengang „Inklusive Pädagogik“ angeboten, der berufsbegleitend über vier Semester mit einer Freistellung von zehn Stunden studiert wird und mit dem *Master of Education Inklusive Pädagogik* abschließt.

Unter der Fragestellung „Braucht die sonderpädagogische Profession ein separates Lehramt?“ präsentierte Inge Holler-Zittlau, Vorsitzende des Verbandes der Sonderschulen (VdS) in Hessen, die Position ihres Verbandes. Inklusion sei keine Frage der Strukturierung von Schule, sondern des Umgangs mit Marginalisierung im öffentlichen Raum. Vor diesem Hintergrund schlug sie vor, Fragestellungen der Diversität in der universitären Grundausbildung in den Fachdidaktiken zu behandeln, den Studiengang „Förderpädagogik“ aber nicht aufzugeben, da die allgemeinbildende Schule die Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen in ihrer Vermittlerposition für den Übergang zur inklusiven Schule weiter brauche.

Monika Glück-Arndt stellte ein Positionspapier einer bundesweiten Arbeitsgruppe des VdS vor. Die Rollenveränderung von Lehrkräften an Regelschulen und an Förderschulen geschehe „komplementär“ und fordere eine gemeinsame Übernahme von Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler, allerdings mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Vorteilhaft sei, dass die Förderschullehrkräfte in den hessischen Studienseminaren schon jetzt gemeinsam mit den Lehrkräften für Grund- und Haupt- und Realschulen ausgebildet werden. So sei „das Mitdenken der jeweils anderen Perspektive“ gegeben. Das Förderschullehramt müsse erhalten, zugleich aber hinterfragt und vor dem Hintergrund der Umstrukturierungen im förderpädagogischen Bereich weiterentwickelt werden.

Urban Drolshagen, Leiter eines Beratungs- und Förderzentrums (BFZ) im Landkreis Limburg, beschrieb die bewährte Praxis seiner Schule, die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) mit dem Lehramt an Förderschulen an allgemeinbildenden Schulen auszubilden. Als Voraussetzung für die erfolgreiche Ausbildung forderte er engagierte Mentorinnen und Mentoren an den BFZ und die Unterstützung von Lehrkräften der allgemeinen Schule in fachlichen Fragen. Daraus ergeben sich seiner Erfahrung nach Kooperationen und gute Betreuungssituationen für die LiV.

Am Ende der Veranstaltung formulierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die politischen Forderungen zur Umstrukturierung der Lehrerbildung im inklusiven Kontext. Dazu gehören

- die Einbindung inklusiven Unterrichts in die universitären Praxisphasen und in das Referendariat,
- Entlastungen und Fortbildungen für Mentorinnen und Mentoren in der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung,
- eine gleich lange Studiendauer für alle Lehrämter und
- die Einführung neuer Studieninhalte wie Umgang mit Heterogenität, Diagnostik, Sprachbildung und Deutsch als Zweitsprache.

Ob sich die GEW Hessen in Zukunft für die Beibehaltung eines Förderschullehramts oder für eine Verzahnung förderpädagogischer Expertise mit anderen Lehrkräften ausspricht, blieb kontrovers und wird weiter diskutiert.

Einen ausführlichen Bericht und weitere Materialien zur Fachtagung findet man im Internet unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Bildung > Schule/Themen > Lehrerbildung.

Andrea Gergen

GEW-Referat Aus- und Fortbildung



Foto: GEW

## Kulturelle Bildung: Im freien Fall?

Eine Initiative von Fachverbänden und Initiativen „zur Bewahrung und zum Ausbau künstlerischer Fächer und kultureller Bildungsangebote an Schulen“ schlug bei einer Pressekonferenz Mitte Februar Alarm und warnte vor dramatischen Einschnitten bei Schulprojekten in den Bereichen der bildenden Kunst, der Musik und des darstellenden Spiels. *Thomas Rietschel*, Präsident der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Frankfurt, *Reinhard Wanzke* und *Andrea Felde* vom Fachverband für Kunstpädagogik, *Dorothee Graefe-Hessler* und *Hermann-Josef Wehner* vom Bundesverband Musikunterricht sowie *Ruth Kockelmann* und *Joachim Reiss* vom Landesverband Schultheater in Hessen forderten das Hessische Kultusministerium (HKM) unisono auf, die Stundenkürzungen bei den Fachberatungen und den Projekten zur kulturellen Bildung zurückzunehmen. Ohne die Unterstützung durch die Fachberatungen und die notwendigen Anrechnungsstunden für Lehrkräfte sei die kulturelle Bildung gefährdet. Exemplarisch nannten sie das Hessische Schultheatertreffen, das Schultheater-Studio, TUSCH Rhein Main, das Schultheaterzentrum Nord, die vielen Musikalischen Grundschulen, das Netzwerk Musik und Schule, Primacanta und „Schulen in Hessen musizieren“. Auch das HKM bestätigte auf Anfrage, dass im Bereich der Fachberatungen, die mit der bürokratischen Abkürzung PRO-SÜM (Projekte und Schulübergreifende

Maßnahmen) im Stellenplan etatisiert sind, Kürzungen geplant sind. „Grundsätzlich“ könne man jedoch nicht davon sprechen, dass die Projekte davon „in ihrer Existenz gefährdet werden“.

Über die PROSÜM-Maßnahmen ist derzeit sichergestellt, dass die hessischen Schulen in allen 16 Staatlichen Schulämtern kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner haben, die sie in allen Belangen kultureller Bildung unterstützen. Dazu gehören Projekte und Workshops, die Teilnahme an Wettbewerben und Fortbildungsmaßnahmen und die Zertifizierung als Kulturschule. Hessische Theater, Museen, Galerien, Konzert- und Opernhäuser haben in den Fachberaterinnen und Fachberatern verlässliche Ansprechpersonen, die die Kultur in die Schule bringen und vielen hessischen Schülerinnen und Schülern zugänglich machen.

Über den Erhalt des Status Quo hinaus machten die Initiativen und Fachverbände auch deutlich, wie sie sich eine bessere Verankerung der Fächer Kunst, Musik und Theater vorstellen. Für jedes dieser Fächer müssten „in allen Schulformen und Schulstufen zwei Wochenstunden zur Verfügung stehen.“ Angesichts des Mangels an Fachlehrkräften fordern sie die Einrichtung von Weiterbildungskursen für alle drei Fächer, eine bessere Verzahnung von erster und zweiter Ausbildungsphase und die Einrichtung eines Studienganges Darstellendes Spiel an den hessischen Universitäten.

Eine besondere Bedeutung messen die Verbände der kulturellen Bildung in der Einwanderungsgesellschaft bei und zitieren dazu die Bundesvereinigung Kinder- und Jugendbildung:

*„In einer noch fremden Umgebung, in der sprachliche Verständigung schwerfällt, können künstlerische Ausdrucksformen Wege der Auseinandersetzung mit dem Unbekannten sein, aber auch mit dem Erlebten, mit den eigenen Gedanken und Gefühlen. Auf künstlerischem Wege können junge Menschen sich auf einer anderen Ebene damit auseinandersetzen und zum Ausdruck bringen, wofür ihnen Worte fehlen. Sie werden als Individuen sicht- und hörbar, mit einer Geschichte, einer Gegenwart und einer Zukunft. Dieser Prozess ermöglicht Orientierung, unterstützt Identitätsbildung und soziales Bewusstsein, unabhängig davon, ob man in Deutschland geboren, zugewandert oder hierhin geflohen ist.“*

### Ein Frühjahr für die Kultur

*Eindrucksvoll war die auf der Pressekonferenz vorgestellte Liste der Veranstaltungen, die in der nächsten Zeit geplant sind:*

- Am 18. März 2016 um 14 und 18 Uhr und am 19. März um 12.30 und 17 Uhr finden Konzerte des Response-Schulprojekts im Mozart-Saal der Alten Oper in Frankfurt statt. ([www.hfmdk-frankfurt.info](http://www.hfmdk-frankfurt.info) > Veranstaltungen)
- Am 13. April findet von 9.30 bis 16 Uhr der Hessische Fachtag „Theater und Darstellendes Spiel in der Sekundarstufe I“ im Schultheater-Studio Frankfurt statt. (<http://schultheater.de>)
- Am 25. April gibt es um 19.30 Uhr das Landeskonzert „Schulen musizieren in Hessen“ im Kurhaus Wiesbaden. (<http://he.bmu-musik.de/service/termine.html>)
- Die Preisverleihung der Hessischen Schultheatertage findet am 16. Mai um 11 Uhr in der Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung Schlitz statt.
- Vom 13. bis 20. Mai findet der Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ in Kassel statt.
- Die Preisträgerinnen und Preisträger des 1822-Musikwettbewerbs „Frankfurt klingt in allen Farben“ musizieren am 23. Mai um 18 Uhr im Dr. Hoch'schen Konservatorium Frankfurt.



*Theaterprobe im sozialen Brennpunkt in Duisburg (Foto: Bert Butzke)*

# Migrationspolitik auf dem Prüfstand

An eine vergleichbare Zahl von Anmeldungen kann sich lea-Programmmanager Gerhard Walentowitz nicht erinnern. Trotz oder gerade wegen der hochpolitischen Thematik kamen am 15. Februar rund 250 Kolleginnen und Kollegen zu der lea-Fachtagung „Europäische Migrationspolitik auf dem Prüfstand“ in den Plenarsaal des Frankfurter Römers.

Birgit Koch, Vorsitzende der GEW Hessen, erinnerte daran, dass die GEW schon einmal gemeinsam mit der Kommunalen Ausländervertretung, der Diakonie Hessen und dem Landesausländerbeirat in den Römer eingeladen hatte, um im Mai 2014 die gemeinsamen bildungspolitischen Forderungen zur Förderung und Integration von Flüchtlingen und Quereinsteigern zu diskutieren. Die Landesregierung habe erst sehr spät reagiert und erst nach dem starken Anstieg der Zahl von Flüchtlingen im Herbst 2015 ein „ambitioniertes Integrationsprogramm“ aufgelegt. Für Birgit Koch ist es „ein erster Schritt in die richtige Richtung“, trotzdem müssten weitere konsequente Schritte folgen, unter anderem auch zur Verlängerung der Schulpflicht. Als Skandal bezeichnete Birgit Koch die Tatsache, dass gerade die reichen Länder besonders wenige Flüchtlinge aufnehmen, während Länder wie die Türkei, Jordanien oder der Libanon Millionen Menschen Zuflucht bieten.

Bernd Kasperek vom Verein *Bordermonitoring* betrachtete in seinem Auftaktreferat die Perspektiven der europäischen Migrationspolitik „zwischen repressiver Grenzüberwachung und humanitärem Anspruch“. Kasperek hält die gemeinsame europäische Asylpolitik für gescheitert. Um die Mobilität im Schengen-Raum aus ökonomischen Gründen zu erhalten, werde die Repression an den Außengrenzen ausgebaut. Zugleich solle der deutschen Bevölkerung so der Anblick „einer neuen Mauer“ und bewaffneter Grenztruppen erspart bleiben. Trotzdem sieht Kasperek auch Anlass für Optimismus, denn „Aufklärung hat Wirkung“. Die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer habe die Politik zum Handeln getrieben. Außerdem gebe es in Deutschland wieder eine Debatte über Verteilungspolitik, über sozialen

Wohnungsbau und Bildung: „Deshalb muss Schluss sein mit der Rhetorik der Überforderung.“

Mostafa Farman (73) ist Sozialpädagoge und Vorsitzender des Gießener Ausländerbeirats und engagiert sich seit 25 Jahren in der Flüchtlingsarbeit. Ende 2015 übernahm er den Aufbau eines Wohnheims für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Lauterbach, und sein bewegender Bericht über die Arbeit mit 28 Jugendlichen aus Afghanistan schlug das Publikum in Bann. Ihre Angstschreie in der Nacht, ihre Tränen, als sie erstmals wieder Musik aus der Heimat hörten, ihre Wut über die Vorgänge in Köln und ihren Hunger nach Bildung beschrieb Farman einfühlsam und empathisch: „Diese Menschen sind kein Problem, sondern eine Bereicherung.“ Für den richtigen Umgang mit der großen Zahl von Schutzsuchenden, davon ist der Naturwissenschaftler Farman überzeugt, „gibt es keine mathematische Formel, sondern nur eine menschliche Formel“.

Der Titel des Referats von Stephan Liebscher vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück gab nicht nur dem Moderator der lea-Veranstaltung Jascha Habeck (hr-iNFO) zunächst Rätsel auf: Unter einer „Kartographie des Migrationsmanagements“ könne er sich nur wenig vorstellen. Doch die Beispiele machten sehr schnell deutlich, wie Landkarten mit aggressiven Pfeilen

zur Darstellung von Flüchtlingsströmen Invasions- und Bedrohungsszenarien illustrieren, wie aber auch Karten kritische Inhalte transportieren können, wenn sie beispielsweise die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte verorten oder Aktivisten der Zivilgesellschaft helfen können, Leben zu retten.

Dies dokumentierte Newroz Duman aus Hanau, die sich auch auf Grund ihrer eigenen Fluchterfahrung im Verein *Jugendliche ohne Grenzen* und seit der großen Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa im Oktober 2013 bei der Initiative *Med Alarmphone* engagiert. Über 100 vor allem junge Menschen aus 13 Ländern nehmen rund um die Uhr die Notrufe von Flüchtlingen entgegen, um sie umgehend an die Küstenwachen weiterzugeben und Druck zu machen ([www.watchthemed.net](http://www.watchthemed.net)). Newroz Duman ist überzeugt: „Zivilgesellschaftliches Engagement an den Grenzen schafft Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit und rettet Leben.“ *Med Alarmphone* informiert Flüchtlinge nicht nur über Notrufnummern, sondern versorgt sie auch mit rechtlichen Informationen und Kontaktadressen von Ärzten und Anwälten. Das Sterben im Mittelmeer werde man aber weder militärisch noch durch die Verfolgung von Schleusern beenden, sondern nur dann, „wenn endlich legale Wege für Flüchtlinge geschaffen werden, um nach Europa zu kommen“.

Harald Freiling

## Fachtagungen der GEW Hessen zur Arbeit in Intensivklassen

Mit den konkreten, praktischen Fragen der Arbeit in Intensivklassen und Intensivkursen befassen sich drei themengleiche Fachtagungen der GEW Hessen, die jeweils von 10 bis 16 Uhr stattfinden:

- 21. März: Gießen, Kongresshalle, Berliner Platz 2
- 22. März: Darmstadt, Altes Schalthaus, Rodensteinweg 2
- 23. März: Kassel, Haus der Kirche, Wilhelmshöher Allee 330

Die GEW Hessen möchte mit den angebotenen Fachtagungen die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch bieten und lädt dazu Lehrkräfte ein, die schon in der Sprachförderung tätig sind oder dies

planen. Neben den Herausforderungen des Arbeitsalltags geht es auch um die Anforderungen an die Politik, denn die Praktikerinnen und Praktiker der Sprachförderung wissen am besten, wie Angela Merks „Wir schaffen das!“ an den Schulen realisiert werden kann. Weitere Schwerpunkte sind die Vorstellung von Materialien für den DaZ/DaF-Unterricht und der Umgang mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen.

- *Anmeldungen bitte umgehend per Fax oder Mail an die GEW Hessen (Fax 069-971293-93, [info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de)). Der Teilnahmebeitrag beträgt 10 Euro, für GEW-Mitglieder 5 Euro (einschließlich Mittagessen und Tagungsgetränken).*



# Lehrerinnen und Lehrer ohne Grenzen

## Bildung und Erziehung sind die Schlüssel zur Integration

Krieg und Vertreibung, Macht und Unterdrückung, Armut und Perspektivlosigkeit sind die wesentlichen Gründe, die Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat veranlassen, manchmal sogar gegen eigenes besseres Wissen. Bildung und Erziehung sind die Türen, die man öffnen muss, wenn man dafür eintritt, dass jeder Mensch einen Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben hat. Die große Zahl der bei uns Schutz und Perspektive suchenden Menschen stellt die größte Herausforderung der Nachkriegszeit Deutschlands dar. 30% aller Flüchtlinge weltweit sind Kinder und Jugendliche, die nichts dringlicher brauchen als einen schnellen und ungehinderten Zugang zu Bildung

### Türen zur Integration

Dabei geht es um mehr als nur Deutschlernen, worauf Integration manchmal verkürzt wird. Sprache ist eine wichtige Hilfestellung zur Orientierung, sozusagen das Fundament für Integration. Eine möglichst umfassende Bildung ist die Architektur des Hauses, in das Flüchtlinge einziehen, wenn sie das neue Land als Ort sehen, der ihnen eine neue Identität und eine neue Zukunft geben soll. Zu uns kommen jetzt Kinder und Jugendliche, die mehr an Grausamem und Schrecklichem gesehen und erlebt haben, als wir uns vorstellen können, und die schon lange keine Schulen mehr besucht haben. Sie bringen ihre Wünsche und Leiden, ihre Traumata und Hoffnungen mit und ihre Kultur, die sie bisher geprägt hat. Wer sonst, wenn nicht die Lehrerinnen und Lehrer, die Erzieherinnen und Erzieher sollte diese Aufgabe der Integration durch Bildung übernehmen?

Viele Menschen in unseren Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen, die in diesem Eingliederungsprozess eine Schlüsselrolle haben, sehen schon jetzt Migration als „ein Phänomen, das konstruktiv für unsere Gesellschaft ist“. Doch nicht alle teilen die Perspektive des neuen Forschungszentrums für Migration und Globalisierung an der Universität Innsbruck (1). Ein Vorbild für alle pädagogischen

Fachkräfte kann „Ärzte ohne Grenzen“ sein, deren Selbstverständnis *Margaretha Maleh*, die neue Präsidentin der österreichischen Sektion, so formulierte: *„Wenn ein Mensch Hilfe braucht, wird er von uns behandelt, unabhängig davon, welcher Religion oder politischen Gesinnung er angehört.“*

So sollte es auch „Lehrerinnen und Lehrer ohne Grenzen“ geben, die ihren Schülerinnen und Schülern unabhängig von Hautfarbe, Herkunft und Glauben das anbieten, was Lehrkräfte am besten können, nämlich erfolgreich und zugewandt zu unterrichten und junge Menschen auf ihrem Weg in die Gesellschaft und in das Berufsleben zu begleiten.

Dass wir mit dem Vorrang für Bildung auf dem richtigen Weg sind, zeigt der dritte hessische Integrationsmonitor, den Integrationsstaatssekretär *Jo Dreiseitel* Ende Januar 2016 in Wiesbaden vorstellte (2). Danach verringert sich „der Unterschied zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund bei den meisten Indikatoren langsam aber stetig“.

Viele Schulen praktizieren die viel beschworene Willkommenskultur und stärken so bewusst und gezielt das notwendige Zusammenspiel von Staat und zivilem Engagement, das einen demokratischen Staat auszeichnet. Wenn sich zivile Willkommenskultur und private Unterstützung mit staatlichen Programmen verbinden, was letztes Jahr an vielen Orten zu sehen und zu spüren war, kann man ohne Sozialromantik sagen: „Wir können das schaffen.“ Die wenigen von Abgrenzung und Rassismus geprägten neuen Bewegungen sind zwar ärgerlich, doch stellen sie nicht wirklich eine Gefahr für unsere Demokratie dar.

Als Bürgerinnen und Bürger, aber ganz besonders als Pädagoginnen und Pädagogen mit einem klaren Bildung- und Erziehungsauftrag dürfen wir es nicht zulassen, dass der Staat, der auf der Basis unseres Grundgesetzes für Recht und Gerechtigkeit, für Sicherheit und Ordnung sorgen und die Menschenwürde aller hier lebenden Menschen gewährleisten soll, ins Schlingern gerät.

### Bildung braucht Expertenwissen

In dieser schwierigen Zeit ist es richtig, dass unsere Gewerkschaft darauf besteht, dass die Rahmenbedingungen für diese neuen Aufgaben gut sind, dass Integrationslehrkräfte in Vollzeit an den Volkshochschulen nicht mit 1.200 Euro netto abgespeist werden und dass die Sprachförderung in den Schulen nicht zu Lasten anderer Aufgaben verordnet wird. Bei aller Wertschätzung für die freiwilligen Helfer müssen wir darauf bestehen, dass Erziehung eine hochkomplexe Aufgabe ist, die Expertenwissen benötigt, das durch Good-Will-Aktionen nicht ersetzt werden kann. Die Schulen müssen für die neue Aufgabe der Integration von Zuwanderern personell ausgestattet und die Lehrkräfte individuell fortgebildet werden. Es darf nicht passieren, dass bei den Schulen noch ein weiteres Paket abgeladen wird – nach dem Motto: „Ihr macht das schon.“

Aber grundsätzlich sind unsere Schulen für die Förderung und Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen zuständig und auch in der Lage, dies erfolgreich zu bewältigen. Das Programm des HKM zur schnellen Eingliederung schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher ist im Grundsatz gut, aber es muss jetzt schnell und konsequent umgesetzt werden und es müssen weitere personelle und finanzielle Zuweisungen folgen. Für die Umsetzung der Maßnahmen zum Übergang von Schule ins Berufsleben bleibt wenig Zeit. Deswegen sollten die Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung Vorrang haben, weil der Arbeitsmarkt bisher schon für Zuwanderer und besonders für Asylsuchende kaum zugänglich ist. Wir wissen, wie demotivierend erfolglose Bewerbungen auf dem Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt sind und dass es zum Erfolg keine Alternative gibt

Schulen haben eine Mammutaufgabe zu bewältigen, denn sie sind auch ein Spiegelbild der Gesellschaft. Was wir im öffentlichen Raum erleben, kennen wir aus dem Schulalltag. Auch in der Schule gibt es die jungen männlichen Mus-



lime, die verbal oder körperlich übergriffig werden und für Konflikte sorgen. Aber wir Lehrerinnen und Lehrer verfügen über die notwendigen Kompetenzen – wenn man uns dabei nicht allein lässt. Wir haben die notwendigen Erfahrungen im Umgang mit Heranwachsenden aus fremden Ländern. Wir kennen das Machoverhalten von jungen Türken und Nordafrikanern, ihre übersteigerte Selbsteinschätzung, ihre zur Schau getragenen Männlichkeitsrituale und die übergriffigen Äußerungen und Verhaltensweisen gegenüber Lehrerinnen. Wir wissen viel über das Rollenverständnis patriarchalisch strukturierter Gesellschaften und werden fast täglich damit konfrontiert, dass schon Fünftklässler die vermeintlich bedrohte Ehre der Mutter oder der Schwester wiederherstellen wollen. Nach dem Sittenkodex islamisch geprägter Familien ist die Ehre der Familie sehr eng mit dem Sozial- und Sexualverhalten der weiblichen Familienmitglieder verbunden. Wo immer diese Phänomene auftreten, müssen wir ihnen mit unseren Normen begegnen.

### Ein Spiegelbild der Gesellschaft

In diesem Sinne sind Schulen wie der Staat als Ganzes gut beraten, wenn sie eine doppelte Botschaft senden: Ihr seid willkommen, wir unterstützen euch bei einem Neuanfang und helfen euch, eine Perspektive zu entwickeln. Wir bestehen aber darauf, dass unsere Normen, unsere demokratischen Strukturen und die Gleichwertigkeit von Jungen und Mädchen, Frauen und Männern eingehalten werden. Was unsere Werteordnung angeht, kann es keine Kompromisse geben. Je klarer wir deutlich machen, dass die in unserer Verfassung festgelegten Grundsätze gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht verhandelbar sind, umso schneller und erfolgreicher können wir uns an der notwendigen Integration von Zuwanderern beteiligen. Meine Erfahrungen als Schulleiter einer Schule mit Schülerinnen und Schülern aus fast 30 unterschiedlichen Herkunftsländern lehren mich, dass Lehrerkollegien gemeinsam mit Schülerinnen, Schülern und Eltern einen Rahmen schaffen können, um die demokratischen und sozialen Werte und Regeln zu bewahren. In der Schulordnung kann die Schulkonferenz einen Verhaltenskodex aufstellen und Instrumente nutzen, um diese Ordnung auch durchzusetzen.



Flüchtlingslager im Libanon  
(Foto: UNHCR)

Voraussetzung ist eine Kultur der Wertschätzung, in der man aufeinander zugeht, Fremdes und Fremde als Bereicherung und nicht als Bedrohung empfindet. Kinder und Jugendliche müssen spüren, dass sie gemocht werden und willkommen sind. Mein Kollege Reinhard Odey, der sich an der IGS Kelsterbach und heute als Lehrbeauftragter im Fachbereich Erziehungswissenschaften an der Uni Frankfurt für eine solches Verständnis von Erziehung stark macht, drückt es mit den folgenden Worten aus: „Wer Angebote macht und Vertrauen gewinnt, schafft die Basis dafür, dass man unseren Schülerinnen und Schülern auch eigene Leistungen abverlangen kann. Integration sollte daher grundsätzlich auf Kooperation beruhen.“

### Eine Zeitenwende

Langfristig müssen wir davon ausgehen, dass die große Flüchtlingsbewegung nicht nur Europa, sondern auch unsere persönliche Situation verändern wird. Der Journalist Holger Schmale plädiert angesichts der aktuellen „Zeitenwende“ in der Frankfurter Rundschau vom 11. Januar 2016 für einen „starken Staat“, obwohl dieser Begriff nicht gut angesehen ist: „Wohl gemerkt: Es geht hier um einen starken Staat im Interesse und im Dienste seiner Bürger. Es geht nicht um die Rückkehr zu einem autoritären, übergriffigen, muffigen, sich in die Privatsphäre der Menschen einmischenden System, das die bundesdeutsche Gesellschaft mit dem von der 1968er Bewegung ausgegangenen Aufbruch überwunden hat.“

Schmales Gegenentwurf zu dem von den Neoliberalen verteuerten Staat, der sich immer mehr zurückzieht, ist ein Staat mit einem gut ausgestatteten öffentlichen Dienst,

„ein moderner, gut aufgestellter Staat, der seinen Aufgaben nachkommt und seine Regeln durchsetzt, der mit einer selbstbewussten Bürgergesellschaft kooperiert und sich mit ihr ergänzt. Das ist ein Modell, mit dem Deutschland es schaffen kann, seine zivilen, demokratischen und sozialen Errungenschaften auch in schwierigen Zeiten zu sichern.“

Nein, wir sind den aktuellen Entwicklungen nicht hilflos ausgesetzt. Schließlich ist Deutschland auch nicht ganz unerfahren in der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, wenn man an die 12 Millionen Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach 1945 denkt. Alle Erfahrungen zeigen, dass die meisten Flüchtlinge, die Deutschland erreicht haben, auch bleiben werden.

Deswegen muss die Integration durch Bildung langfristig geplant sein. Die Schulen brauchen Zeit, um eine Kultur der Offenheit und des Vertrauens zu schaffen, ohne die eigene Werteordnung in Frage zu stellen.

Alfred Harnischfeger

Alfred Harnischfeger war von 1977 bis 1983 Vorsitzender der GEW Hessen und von 1983 bis 2010 Schulleiter der Integrierten Gesamtschule Kelsterbach.

(1) [www.uibk.ac.at/migration-globalization](http://www.uibk.ac.at/migration-globalization)  
(2) <https://soziales.hessen.de> > Integration > Integrationspolitik

# Der alltägliche Sexismus

Ist der Internationale Frauentag in Deutschland obsolet?



Der Internationale Frauentag am 8. März 2016 wird von den medialen und politischen Reaktionen auf die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht in Köln und in anderen Städten überschattet. Plötzlich setzen sich Gruppierungen und Parteien für Frauenrechte ein, die bisher nicht im Verdacht standen, feministisches Gedankengut zu vertreten. Sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen im Fasching oder auf dem Oktoberfest galten bei ihnen bisher als „normal“, und sie machten die Auswüchse bei solchen Veranstaltungen nie zum Thema gesellschaftlicher Debatten. Ist Deutschland nach über 100 Jahren Frauenbewegung zu einer feministischen Nation geworden? Oder: Ist die Frauenbewegung in Deutschland obsolet geworden?

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik haben so viele Frauen Strafanzeige wegen sexueller Belästigung gestellt wie zurzeit. Die hohe Aufmerksamkeit, die auch die konservativen Parteien plötzlich den Themen Sexismus und Sexualisierte Gewalt entgegenbringen, ist sehr bemerkenswert. Denn diejenigen, die jetzt nach harten Konsequenzen schreien und sich als Beschützer der Frauen vor sexueller Gewalt darstellen, blockieren seit langem die von Gewaltschutzverbänden geforderte Reform des Sexualstrafrechts.

In der Frauenbewegung ist das Thema Sexuelle Gewalt nicht neu. 1976 wurde mit Mitteln des Familienministeriums von Frauen der autonomen Frauenbewegung das erste Frauenhaus gegründet, nachdem in den Jahrhunderten davor die Klöster den Frauen Schutzräume geboten haben.

## Frauen und Kinder in Flüchtlingsheimen schützen

Die dringenden Appelle an die Fraktionen im Landtag blieben nicht ohne Wirkung: Nachdem der Paritätische Wohlfahrtsverband, der Landesfrauenrat und die Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauenbüros über sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder in den hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen berichtet hatten, haben mehrere Träger begonnen, geschützte Räume für Frauen und Frauen mit Kindern einzurichten oder diese getrennt unterzubringen, zumal viele der betroffenen Frauen bereits in der Heimat und auf der Flucht sexueller Gewalt ausgesetzt waren.

Weitere Infos: [www.frauenbueros-hessen.de](http://www.frauenbueros-hessen.de)

Der „wohlmeinende Sexismus“ basiert auf dem Konstrukt der Männlichkeit, das fordert, die Frauen als Objekt der Verehrung und der Versorgung zu idealisieren. Gleichzeitig wird von Frauen jedoch mehr Selbstkontrolle und Höflichkeit erwartet als von Männern. Der Umgang mit Alterserscheinungen bei Frauen und Männern sowie mit den „natürlichen Fähigkeiten“ von Frauen und Männern ist in diesen Kreisen oft völlig verdreht. Die negativen Auswirkungen dieser Männlichkeit zeigen sich insbesondere am Arbeitsplatz. Die Verdienstunterschiede zwischen den sogenannten Frauen- und Männerberufen und die schlechteren Aufstiegschancen für Frauen in vielen Bereichen beweisen, dass die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern immer noch nicht hergestellt ist. Frauen, die zum Beispiel am Arbeitsplatz auf Gleichberechtigung pochen, werden nicht selten dafür bestraft. Frauen stecken in einer Zwickmühle, wenn sie alltäglichen Sexismus kritisch zur Sprache bringen. Sie werden als „humorlos“ oder „unverschämt“ abgestempelt. Dies ist ein großes Hindernis auf dem Weg zu einem offenen Diskurs über Sexismus und zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft. Dass wir von einer Gesellschaft, in der Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können, weit entfernt sind, ist auch daran erkennbar, dass sexualisierte Gewalt und deren Wurzeln nach wie vor nicht öffentlich thematisiert werden. Schon bevor in Köln konkrete polizeiliche Ermittlungsergebnisse vorlagen, wurden mögliche Tätergruppen mit harten Strafen und Abschiebung bedroht. Es muss davon ausgegangen werden, dass in Köln und in anderen Städten viele gravierende sexuelle Übergriffe stattgefunden haben, durch die die betroffenen Frauen oft nachhaltige Schäden davontragen. In der Diskussion geht es jedoch auch jetzt nicht um die Frauen und den Opferschutz. Sexualstraftaten sind nach geltendem deutschen Strafrecht nur strafbar, wenn sie gegen den Willen der Frau mit Gewalt, bei Gewaltandrohung für Leib oder Leben oder durch Ausnutzung einer schutzlosen Lage verübt werden. Noch ist in Deutschland das Eigentum besser geschützt als die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen.

Fremdenfeindliche, nationalistische Parteien wie die AfD und konservative Regierungen missbrauchen die Übergriffe, um aufzuzeigen, dass männliche muslimische Personen nicht in der Lage seien, die Rechte von Frauen in unserer Gesellschaft zu respektieren. Der politische rechte Rand, insbesondere die AfD, bedient sich solcher Argumente im „Kampf der Kulturen“ gegen Flüchtlinge, um Wählerstimmen zu fischen.

Am Frauentag 2016 bleibt festzustellen, dass die Vereinnahmung von Gleichberechtigungsvorstellungen in der politischen Diskussion und im Umgang mit sexueller Gewalt weder zu einem besseren strafrechtlichen Schutz der Frauen vor sexueller Gewalt noch zu Verbesserungen für Frauen hinsichtlich der alltäglichen Genderdiskriminierung führt.

Frauen, wehrt euch auch gegen die sehr stillen Formen des Sexismus, um nicht weiter dafür bezahlen zu müssen!

Lioba Boll, Christine Dietz und Hanne Hirn, Vorsitzenden-  
team der Personengruppe Frauen der GEW Hessen



## Nicht gleich, aber gleichwertig

GEW bekräftigt am Frauentag: „A 13 für alle!“

Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer leisten eine Arbeit, deren Anforderungsprofil und deren gesellschaftlicher Wert unterschätzt und abgewertet werden. Das zeigt ein Blick in die Besoldungs- und Entgelttabellen. Sie sind niedriger eingruppiert als ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien, Gesamt- und Berufsschulen. In einigen Bundesländern sind auch die Lehrkräfte an den Haupt-, Real- und Gesamtschulen in der Sekundarstufe I abgehängt. Als Begründung wird angeführt, die Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen arbeiteten „überwiegend pädagogisch“. Das stelle geringere Anforderungen als Berufsvorbereitung und Wissensvermittlung an weiterführenden Schulen. Doch das ist kurzfristig, haltlos und diskriminiert Frauen. In Hessen liegt der Frauenanteil in den Grundschulkollegien bei 91%, in den hessischen Gymnasien bei 57% (Stand 1.11.2014). Und genau hier liegt der eigentliche Grund für die schlechtere Bezahlung. Die Spielregeln für die Eingruppierung sind zwar geschlechtsneutral formuliert, treffen aber überwiegend Frauen. Das ist eine mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts!

An Grundschulen wird das Fundament für die Bildungskarriere der Kinder gelegt. Hier werden nicht nur grundlegende Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelt. Kinder lernen zu lernen – allein und in der Gruppe. Sie lernen, Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen. Sie trainieren die Fähigkeit, Konflikte auszugetragen, anderen zuzuhören und mit Kritik umzugehen. Angeleitet werden sie dabei von Grundschulpädagoginnen und Grundschulpädagogen, die – je nach Bundesland – schon seit mehr als 20 oder 30 Jahren an Universitäten ausgebildet werden. Sie haben die Entwicklung der gesamten Persönlichkeit im Blick und nicht nur die Deutsch- oder Mathenote. Die Lehrkräfte der weiterführenden Schulen können auf diesem Fundament aufbauen.

Eine Rangfolge nach dem Motto „Kleine Kinder – kleines Geld, große Kinder – großes Geld“ ist überholt. Die Arbeit an Grundschulen ist genauso fordernd wie an anderen Schulen. Das zeigt ein arbeitswissenschaftlicher Vergleich der Tätigkeiten mit der Sekundarstufe II. Auch intellektuell sind Lehrerinnen und Lehrer im Elementarbereich nicht weniger beansprucht. Die psychischen und die sozialen Anforderungen sind sogar höher. An Grundschulen trifft die gesamte soziale Bandbreite unserer Gesellschaft aufeinander. Und hier wird Inklusion gelebt. Denn lernschwache Kinder, Kinder aus migrantischen Familien und Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden integriert. Und mit ihrer Empfehlung für eine weiterführende Schule in der vierten Klasse tragen Lehrerinnen und Lehrer Verantwortung für den weiteren Lebensweg des Kindes. Diese Arbeit ist der Tätigkeit an anderen Schulformen zwar nicht gleich, wohl aber gleichwertig. Das muss sich in der Bezahlung widerspiegeln.

Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer sind solche Abwertungen leid. Sie wollen endlich die Anerkennung, die dem arbeitswissenschaftlichen und gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeit angemessen ist. Ihre Bezahlung steht daher auf der GEW-Agenda. Am 13. November 2015 beging

die GEW Hessen den ersten Tag der unbezahlten Arbeit an Grundschulen. Gemessen an anderen Schulformen bekamen Grundschullehrerinnen ab diesem Tag kein Geld mehr. Denn in Hessen (wie auch in allen anderen Ländern) wird der Elementarbereich nach A12 (bzw. Entgeltgruppe 11) bezahlt, die anderen Schulformen hingegen nach A13. Die GEW-Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben die Besoldung rechtlich prüfen lassen. Ergebnis: Die unterschiedliche Eingruppierung ist nicht haltbar, zumal in diesen Ländern genauso wie in Berlin, Hamburg, Bremen und Niedersachsen die Lehrkräfte aller Schulformen gleich lang und gleich aufwändig ausgebildet werden.

Auch in den Ländern, in denen die Lehrkräfte nicht verbeamtet sind, geht es um die Aufwertung des Berufsfeldes und die bessere Bezahlung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer: Die Forderung nach der Entgeltgruppe E 13 für alle Lehrkräfte mit voller Lehrerausbildung unterstrich der Landesverband Berlin im Januar 2016 mit Warnstreiks.

Für die GEW ist klar: Professionalität hat ihren Preis – unabhängig davon, ob die Arbeit von einem Mann oder einer Frau geleistet wird. Deswegen fordern wir, die Tätigkeit an Grundschulen aufzuwerten. Alle Lehrerinnen und Lehrer gleich welcher Schulform leisten gleichwertige Arbeit. Sie muss auch gleich bezahlt werden.

Frauke Gützkow

Frauke Gützkow ist Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der GEW und betreut im Hauptvorstand unter anderem den Bereich Frauenpolitik.



# „Unheimlich verlockend“

## Fachtagung zum pädagogischen Umgang mit Sexualität

Mit einer Episode aus einem Hort eröffnete *Annelinde Eggert*, die Vorsitzende des Frankfurter Arbeitskreises für Psychoanalytische Pädagogik (FAPP), die 16. Fachtagung ihres Verbandes, die am 14. 11. 2015 an der Goethe-Universität Frankfurt stattfand. Ein achtjähriges Mädchen bekommt einen Brief mit sexualorientiertem Inhalt, unterschrieben hat ihn der „Sexmacher“. Aufregung im Hort, Unruhe, eine gewisse Hilflosigkeit sind die Reaktion. Die Polizei wird eingeschaltet.

Das Sexuelle ist von ubiquitärer Bedeutung. Im pädagogischen Feld ist es allerdings, wiewohl ebenfalls bedeutsam, ein heikles, tabuisiertes Thema. Ein Eindruck durchzieht die gesamte Tagung: Die Missbrauchsskandale haben das Reden über Sexualität im pädagogischen Bereich zusätzlich erschwert. Es herrscht eine Misstrauenskultur, die Züge einer neuen Prüderie zeigt. Im krassen Gegensatz dazu werden Kinder und Jugendliche in der Medienwelt mit sexuellen Reizen regelrecht überschwemmt.

Die Fachtagung des FAPP fand in Kooperation mit dem Institut für Sonder- und Heilpädagogik der Goethe-Universität Frankfurt statt und stellte den Umgang mit Sexualität im pädagogischen Bereich zur Diskussion.

*Thilo N. Naumann* (Kindliche Entwicklung und Pädagogik in der heterosexuellen Matrix), *Ilka Qindeau* (Das Sexuelle in der Interaktion von Kindern und Erwachsenen) und *Julia König* (Verführungsszenen mit Kindern und

Erwachsenen im pädagogischen Alltag) präsentierten grundlegende Positionen zum Tagungsthema, die in den Arbeitsgruppen diskutiert und um weitere Aspekte und Facetten des Themas ergänzt und vertieft wurden.

### Fehlende sprachliche Mittel

Pädagogischen Fachkräften fehlen oft die sprachlichen Mittel für einen angemessenen Umgang mit dem Thema Sexualität. Erschwerend kommt hinzu, dass sich Haltungen zur Sexualität in einem permanenten Prozess der Veränderung befinden, diese zudem umstritten, wenn nicht umkämpft sind. Der Psychologe *Ahmad Mansour*, Autor von „Generation Allah“, sagte in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 22. 11. 2015, man könnte nicht erwarten, dass alle Menschen ein freies Sexualleben gut finden: „Das tun ja auch nicht alle deutschen Katholiken.“

Die Fachtagung leistete einen Beitrag für die Enttabuisierung geschlechts- und sexualitätsbezogener Themen, wobei es letztlich um die Klärung der Frage ging, wie eine gute Begleitung von Kindern und Jugendlichen beim Thema Sexualität aussehen könnte, die beide Seiten der Sexualität berücksichtigt, ihre lustvolle, verlockende, zu bejahende Seite genauso wie die bedrohliche, unheimliche Seite mit ihren destruktiven, leidvollen Begleiterscheinungen.

In ihrem Vortrag „Rätselhafte Bot-schaften“ über das Sexuelle in der In-

teraktion von Kindern und Erwachsenen ging *Ilka Qindeau* darauf ein, wie Sexualität entsteht und wie die Lust in den Körper gelangt. *Jean Laplanche* (1924–2012) betonte im Unterschied zu *Sigmund Freud* das Primat des Anderen, dem das Subjekt buchstäblich unterworfen sei. Bereits die Interaktionshandlungen der Erwachsenen bei der Pflege von Säuglingen und Kleinkindern hätten mit der Berührung des Körpers und der Genitalien, mit Blicken und Sprache eine sexuelle Dimension. Das Körpergedächtnis speichere die Wirkung von Berührungen, die zur Ausbildung erogener Zonen beitragen und die Grundlage künftiger sexueller Erlebnisweisen seien.

*Jean Laplanche* beschreibt in seiner Allgemeinen Verführungstheorie die unbewusste Verführungssituation zwischen Eltern und Kindern, die mit den unvermeidlichen Pflegehandlungen einhergeht, als anthropologische Konstante.

Welche Folgerungen können aus einem solchen Verständnis der Entstehung des Sexuellen für die pädagogische Praxis aus Sicht der psychoanalytischen Pädagogik gezogen werden? *Thilo Maria Naumann* hält die Selbstbestimmung hinsichtlich des eigenen Körpers und der eigenen Gefühle sowie die Fähigkeit, Beziehungen einzugehen, für vorrangig. Es geht um die Stärkung von Ich-Identität und Bezugsgruppenidentität. Respektvoller Umgang mit anderen, Empathie für Vielfalt und aktives Eintreten gegen Ungerechtigkeit sollten pädagogische Imperative sein, und deshalb plädiert *Naumann* für ein freundliches Über-Ich und eine Gruppenkultur mit affekt-, körper- und kommunikationsfreundlicher Atmosphäre. *Naumann* bezieht sich in seinem unveröffentlichten Manuskript auf Texte von *Ilka Qindeau*:

„Jedwede sexuelle und geschlechtliche Identität, ob hetero-, homo-, bi- oder asexuell, ob männlich, weiblich, trans- oder intersexuell, ist (...) kein Ausdruck bloßer Natur, sondern ebenso kontingent wie kulturell überformt und im Sinn von ‚Umschriften‘ lebenslang veränderbar.“

Mit Verweis auf *Judith Butler* kritisierte *Naumann* die binäre Entgegensetzung

### Digitale Arbeitswelt: Eine Fortbildung von GEW und IG Metall

„Arbeiten und Lernen für die digitale Arbeitswelt“ ist das Thema einer gemeinsamen Fortbildung von GEW und IG Metall für Lehrkräfte aller Schulformen in der IG Metall Bildungsstätte Berlin vom 29. Mai bis 1. Juni 2016. Mit der zunehmenden Digitalisierung sind auch enorme Veränderungen in der Arbeitswelt verbunden. Auf welche Arbeitswelt müssen Lehrkräfte Schülerinnen und Schüler vorbereiten? Was bedeuten die Veränderungen

für die schulische Berufsorientierung? Wer wird künftig überhaupt noch gebraucht? Wie bilden Betriebe für diese Arbeitswelt aus? Diese Fragen sollen im Seminar, im Gespräch mit gewerkschaftlichen Expertinnen und Experten und bei Betriebserkundungen bearbeitet werden. Seminarkosten für Gewerkschaftsmitglieder werden übernommen.

• Kontakt: *Martina Schmerr* (*Martina.Schmerr@gew.de*) und *Bernd Kaßebaum* (*Bernd.Kassebaum@igmetall.de*)

von Männlichkeit und Weiblichkeit, von Hetero- und Homosexualität. Stattdessen müsse von einer Vielfalt von Männlichkeit und Weiblichkeit ausgegangen werden, gehe es um flexiblere Konstruktionen von sexueller und geschlechtlicher Identität. Die Vielfalt von Identitäten sei zu begrüßen. Subjektwerdung sei zu verstehen als ein Prozess, der über eine Identifizierung mit einer bestimmten Identität hinausweise.

### Kinder in Regenbogenfamilien

In der Arbeitsgruppe „Sexuelle Orientierung und Familie – von traditionellen, egalitären und Regenbogenfamilien“ ging es um die professionelle Haltung im pädagogischen Bereich. Kinder und Jugendliche dürften nicht, so war der Konsens in der Gruppe, für eigene Zwecke „verwendet“ werden. Wünschenswerte Zielsetzungen und Entwicklungen in pädagogischen Institutionen kollidieren oft mit der ernüchternden Realität. Es gelte immer noch eine weitverbreitete geschlechtshierarchische Arbeitsteilung. Die heterosexuelle Matrix bestehe aus zwei Geschlechtern, Heteronormativität dominiere den öffentlichen Diskurs. Allerdings kommt Bewegung in diese Verhältnisse. In dem Zusammenhang ist es interessant, sich die von Naumann vorgestellten sechs Vätertypen zu vergegenwärtigen, die als Ergebnis einer Studie „Neue Väter – andere Kinder? Vaterschaft, familiäre Triade und Sozialisation“ von *Andrea Bambey* und *Hans-Walter Gumbinger* am Frankfurter Institut für Sozialforschung unterschieden werden:

„Fünf von sechs ermittelten Vätertypen lassen sich im weitesten Sinne dem traditionellen Vaterentwurf zuordnen. Sie verdeutlichen die Wirkmacht traditioneller Vaterschaft ebenso wie ihre Verunsicherung angesichts des Wandels der Geschlechterverhältnisse. (...) Der sechste Typ, der egalitäre Vater ist immerhin mit 28,5% vertreten.“ (Thilo M. Naumann, unveröffentlichtes Manuskript)

Für die Entwicklung von Kindern ist es förderlich, wenn sie aus einer Familie kommen, in der weibliche Bezugspersonen Unabhängigkeit vorleben und männliche Bezugspersonen „Gefühle der Nähe und der Abhängigkeit nicht abwehren müssen“ (Naumann). Bestätigt werde dies durch die Resilienzforschung, die zudem darauf verweise, dass resiliente Kinder ein deutlich geringeres geschlechterklischeehaftes



NRW-Fachtausch

## Regenbogenfamilien in Schule und Unterricht

[www.schule-der-vielfalt.de](http://www.schule-der-vielfalt.de)



„Schule der Vielfalt“ ist ein Kooperationsprojekt von RUBICON e.V. (Köln), SchLAu Nordrhein-Westfalen, und Rosa Strippe e.V. (Bochum) mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen. Weitere Infos findet man unter [www.schule-der-vielfalt.de](http://www.schule-der-vielfalt.de). Informationen über die AG LesBiSchwuler Lehrer\_innen der GEW Hessen findet man unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Mitmachen > Arbeits- und Personengruppen.

Verhalten zeigen, „sodass Resilienz offenbar dann gedeiht, wenn Mädchen Selbstbestimmung und Exploration, Jungen Emotionalität und Empathie genügend gut integrieren können“.

Abhängig von den in der Studie herausgestellten Vätertypen kommen Kinder mit ganz unterschiedlichen Geschlechtsrollenbildern in die Schule, was ein entsprechendes Konfliktpotenzial birgt.

Die gesellschaftliche Realität ist aber noch ein wenig komplizierter. Der Sexualwissenschaftler *Volkmar Sigusch* spricht in seiner jüngsten Veröffentlichung von einer „neosexuellen Revolution“, die zu einer Vervielfältigung von Geschlechtern und Begehrenswesen beigetragen habe. *Facebook Deutschland* hat gemeinsam mit dem Lesben- und Schwulenverband (LSVD) 60 Auswahlmöglichkeiten ausgearbeitet, um die eigene geschlechtliche Identität anzukreuzen. Infolge der „neorevolutionären“ Veränderungen wächst zunehmend die Zahl von Regenbogenfamilien, auch LGBTIQ-Familien genannt.

Regenbogenfamilien leiden oft unter Diskriminierung, Gewalt und Vorurteilen: Kinder aus solchen Familien hätten Schwierigkeiten, Modelle von Männlichkeit und Weiblichkeit auszubilden und könnten keine stabile Beziehung lernen. Außerdem bestehe in solchen Regenbogenfamilien die Gefahr der Verführung von Kindern und von sexueller Gewalt. Diese Vorurteile,

das betont Thilo Naumann ausdrücklich, seien empirisch widerlegt worden:

- Regenbogenfamilien liegt eine bewusste Entscheidung für Kinder zugrunde.
- In der Regel handelt es sich um eine egalitäre Partnerschaft mit egalitärer Arbeitsteilung und Beziehungsarbeit.
- Kinder aus Regenbogenfamilien entwickelten sich in der Regel gut, zeigten keine signifikanten Geschlechtsidentitätsprobleme, verfügten über Empathie und Toleranz und reagierten aktiv auf Ungerechtigkeiten.

Die skizzierte Vielfalt der gegenwärtigen Familienlandschaft, wobei noch nicht die wichtigen Gruppen der Ein-Eltern-Familien und die Familien mit Migrationshintergrund einbezogen wurden, lässt ahnen, dass die kontinuierlich steigenden Ansprüche an Lehrerinnen und Lehrer und andere pädagogische Fachkräfte von Verunsicherung begleitet sind.

Wie kann, wie sollte in der pädagogischen Arbeit mit dieser Diversität angemessen umgegangen werden? Zu diesem Punkt waren auf der Fachtagung vor allem zwei Hinweise zu vernehmen: In pädagogischen Institutionen müsse es „genügend angstfreie“ Räume geben sowie die Bereitschaft zur kontinuierlichen Selbstreflexion der Fachkräfte.

Thomas Adamczak

Zum Weiterlesen empfiehlt Thomas Adamczak Heft 7/2015 der Zeitschrift „Psyche“ mit dem Titelthema „Sexuelle Verhältnisse“.



# 2000 Jahre Judenhass

## Unterricht über Geschichte und Wirkung des Antisemitismus

„Im Kern wollte ich herausfinden, woher dieser Hass auf die Juden kommt“, sagt der pensionierte Berufsschullehrer Heiner Ehrbeck aus Bad Vilbel auf die Frage, warum er nach Abschluss seines Berufslebens eine 560 Seiten umfassende Dissertation zur „Geschichte des Antisemitismus im hessischen Unterricht“ vorlegte. Sowohl im Geschichtsunterricht als auch in den Medien würden die historischen Ereignisse häufig isoliert und nicht im Kontext der dabei verfolgten Interessen dargestellt. Die mit „magna cum laude“ bewertete Dissertation erschien unter dem Titel „Antisemitismus – Ausbeutung – Unterdrückung“ im Verlag

Kultur und Wissenschaft. Das Buch, das sowohl als chronologische Darstellung des Antisemitismus wie auch als Handbuch für den Pädagogen gelesen werden kann, zeigt, so Professor Micha Brumlik in seinem Vorwort, „wie kirchliche Stellen mit staatlicher Unterstützung und unter staatlichem Schutz seit 2000 Jahren den Antisemitismus in der Bevölkerung schürten“. Der Judenhass habe auch dazu gedient, „autoritäre Herrschaft zu perpetuieren“ und die finanzielle Ausbeutung der Bevölkerung und hier insbesondere der Juden zu rechtfertigen. Kollege Heiner Ehrbeck stellt im Folgenden die Konzeption seines Buchs vor.

Im Zentrum meiner Dissertation zur zeitgeschichtlichen Unterrichtspraxis mit Blick auf den – vor allem – abendländischen Judenhass bis zum Holocaust stehen weithin vernachlässigte Fragen:

- Wie ist die negative Einstellung gegen Juden in erheblichen Teilen der Bevölkerung zu erklären?
- Wer hat diese negative Haltung gegenüber Juden, die sich auch in einer Vielzahl von Pogromen im Lauf der Geschichte entladen hat, mit welchen Mitteln und aus welchem Interesse geschürt?

Ausschlaggebend für diese Arbeit war die Tatsache, dass selbst Abiturientinnen und Abiturienten, die mehrfach in ihrer Schulzeit mit der Thematik Na-

tionalsozialismus bzw. Antisemitismus konfrontiert worden waren, auf diese Fragen keine zufriedenstellenden Antworten geben konnten. Die Ursachen des Antisemitismus zu erarbeiten und zu erklären, ist auch in den Rahmenlehrplänen nicht vorgesehen

Die vorliegende Arbeit kann diese Lücke schließen und zugleich die Qualität eines Handbuches haben, das sowohl für die am Lernprozess Beteiligten hinreichendes historisches Basiswissen über Motive, Interessen und Entwicklungen als auch für den Unterricht geeignetes Unterrichtsmaterial bereit hält. Zugleich wurde eine Unterrichtskonzeption entwickelt, die es den Lernenden ermöglichen sollte, zur eigenen Urteilsbildung befähigt zu werden.

### Konzeptionen und Materialien

Der erste Teil *Konzeptionen* umfasst mit etwa 100 Seiten eine grundlegende Reflexion der gesellschaftlichen und geschichtsdidaktischen Auseinandersetzung mit dem Holocaust im westlichen Nachkriegsdeutschland. Mit dem zweiten Teil, den *Materialien*, liegt eine etwa 400 Seiten umfassende gegliederte Materialsammlung zu Judenhass, Antijudaismus und Antisemitismus in sechs zeitlichen Epochen vor. Um Antisemitismus im jeweiligen historischen Kontext darzustellen, sind die jeweiligen Epochen zur Erleichterung der Arbeit den Oberbegriffen „Kirchliches Recht“, „Weltliches Recht“ und „Gesellschaftliche Entwicklungen“ zugeordnet, um dem nach Epochen strukturierten Ansatz der Lehrpläne zu entsprechen.

Die Arbeit soll Pädagoginnen und Pädagogen ermöglichen, das Thema Judenfeindschaft und Antisemitismus

über einen Zeitraum von mehr als 2000 Jahren in einem auch für Nichtexperten zumutbaren sprachlichen, inhaltlichen und formalen Umgang zu beleuchten. Dabei geht es zunächst um die in der Pädagogik umstrittene Frage, ob und unter welchen Bedingungen aus der Geschichte gelernt werden könne und um die Widerlegung der Ansicht, dass ein Lernen aus der Geschichte nicht möglich sei. Da der Geschichtsunterricht über den Nationalsozialismus immer auch ein Abbild der gesellschaftlichen Entwicklung nach 1945 war und ist, betrachte ich in meiner Dissertation auch die in weiten Teilen der Bevölkerung vorherrschende Mentalität nach 1945, die verschiedenen Epochen der Vergangenheitsbewältigung, die einschlägigen Reden deutscher Bundespräsidenten, die öffentlich erörterte Schuldfrage sowie die Positionen der Forschung über Ursachen, Struktur und Wirkung des Antisemitismus. Derartige Untersuchungen haben bisher noch keinen Platz in den Rahmenlehrplänen gefunden.

### Didaktik der Zeitgeschichte

In Distanz zu bisherigen Unterrichtskonzeptionen habe ich eine eigene didaktische Konzeption zur Zeitgeschichte vorgelegt, die in sechs Schritten auf menschenrechtlichen Grundlagen wie dem Grundgesetz basiert.

- Im ersten Schritt soll das Thema Antisemitismus nicht als Einzelthema des 20. Jahrhunderts, sondern als Thema deutscher Geschichte insgesamt in den Geschichtsunterricht integriert werden.
- Dies erfordert als zweiten Schritt die Vermittlung von Kenntnissen über das Judentum insgesamt, um beste-

Heiner Ehrbeck



henden hartnäckigen Vorurteilen entgegenzuwirken und den demokratischen Charakter des Judentums zu erkennen.

- Drittens soll der mit dem Antisemitismus untrennbar verbundene Jahrtausende währende Kampf der Juden um politische Gleichberechtigung thematisiert werden, um historische und politische Bildung im Unterricht sinnvoll miteinander zu verbinden.
- In einem weiteren vierten Schritt kann der Judenhass in seiner gesellschaftlichen Funktionalität zumal in seiner Verbindung mit antidemokratischen Haltungen erörtert werden.
- Daran schließt sich ein fünfter Schritt an, der speziell dem Autoritarismus des abendländischen Christentums in seiner hellenisierten Form gilt.

### Antiziganismus im Unterricht

Kultusminister *Lorz* und der Vorsitzende des Landesverbandes der Sinti und Roma in Hessen *Adam Strauß* stellten im Januar 2016 an der Brüder-Grimm-Schule in Steinau die Lehrerhandreichung „Sinti und Roma in Deutschland und die Rolle des Antiziganismus“ vor. Unter der Bezeichnung „Zigeuner“ waren Sinti und Roma eine der Gruppen, die während des Nationalsozialismus systematisch verfolgt und deportiert wurden. *Strauß* bezeichnete „das Wissen über die Verfolgungsgeschichte“ der Sinti und Roma als Grundvoraussetzung für den Abbau von Vorurteilen. Die Lehrerhandreichung sei ein erster Schritt:

„Erfolgschancen können wir aber nur erwarten, wenn das Thema an allen hessischen Schulen prüfungsrelevant wird.“ Die unter der Leitung von *Dr. Udo Engbring-Romang* erarbeitete Handreichung enthält didaktisch aufbereitete Materialien und eine Vielzahl an Quellen, die in verschiedenen Fächern und Jahrgangsstufen aller Schulformen eingesetzt werden können.

Die Brüder-Grimm-Schule ist seit vergangenem Jahr „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und war deshalb ausgewählt worden, um als erste mit der Handreichung zu arbeiten und das Projekt vorzustellen.

Die CD kann über die Homepage des HKM kostenlos bestellt werden:

- <https://kultusministerium.hessen.de>
- > Über uns > Publikationen > Titelübersicht > Sinti und Roma

- Von besonderer Bedeutung für die vorgeschlagene Konzeption ist der sechste Punkt, der als „Methodische Besonderheit“ eingeführt wird. Auf der Grundlage eines ausführlichen Studiums von Quellen, die nicht unzulässig aus dem Zusammenhang gerissen werden dürfen, sollten die Leserinnen und Leser befähigt werden, sich in das Denken des jeweiligen Autors zu versetzen. Ich konnte selbst oft erleben, dass die Lektüre menschenverachtender Texte moralische Impulse im Sinne *Adornos* ausgelöst hat, die geeignet gewesen sind, einen an menschenrechtlichen Zielen orientierten Lernprozess nachhaltig zu initiieren.

Diese Konzeption kann bei angemessener Umsetzung auch autoritärem Denken entgegenwirken und knüpft dabei an die Prinzipien eines politischen

Geschichtsunterrichts an, die von der Kultusministerkonferenz schon im Jahr 1953 formuliert wurden. Danach soll der Geschichtsunterricht „dem jungen Menschen helfen, ein eigenes Welt- und Menschenbild zu gewinnen sowie seinen Standort und seine Aufgabe im Geschehen zu erkennen“. Die im Geschichtsunterricht gewonnenen Einsichten müssten „wissenschaftlich begründet und wertorientiert“ sein und sich sowohl in „Urteilsfähigkeit“ als auch in „Verantwortungsbewusstsein und Tatbereitschaft für Gesellschaft, Staat, Volk und Menschheit“ niederschlagen.

Dr. Heiner Ehrbeck

Versandkostenfreie Bestellungen zum Preis von 23,80 Euro bei handelsüblichen Bezugsbedingungen (Rabatte gestaffelt je nach Anzahl) bei: [ehrbeck@web.de](mailto:ehrbeck@web.de)

### Gegen Vergessen und Verdrängen

„*Mein Deutschlehrer schlug mir jeden Morgen mit einem Lineal auf die Hände: Alle Juden sind eben von Natur aus schmutzig.*“ (Schülerin der Holzhausenschule und des Steimer-Gymnasiums)

„*Ein Mitschüler hetzte seine Freunde auf, sie sollten etwas Gutes machen, nämlich einen Juden totschiessen.*“ (Schüler der Schwanthalerschule, des Wöhler-Realgymnasiums und des Philanthropin)

„*Nach 1935 wollte keiner mehr mit uns gesehen oder bei einer Unterhaltung beobachtet werden.*“ (Schüler der Musterschule und des Philanthropin)

Das sind drei Zitate aus rund 500 Briefen von 100 jüdischen Überlebenden aus Frankfurt, die sich in den 90er Jahren in Briefen aus dem Exil an ihre Schulzeit in Frankfurt in der NS-Zeit und das Schicksal ihrer Familien erinnerten. Diese bedrückenden und lehrreichen Texte sind in dem Buch „Berichte gegen Vergessen und Verdrängen“ unter der Überschrift „Der Weg zur Schule war eine tägliche Qual“ zusammengefasst, das von dem GEW-Kollegen *Benjamin Ortmeier* 1994 zusammengestellt wurde und jetzt in der 4. Auflage erschienen ist.

Ortmeier, der inzwischen apl. Professor an der Goethe-Universität ist und die Forschungsstelle NS-Pädagogik leitet, stellte die Neuauflage am Vorabend des Jahrestags der Befreiung von Auschwitz gemeinsam mit Oberbürgermeister *Peter Feldmann* und der Auschwitz-Überlebenden *Trude Simonsohn* vor. Dabei erinnerte er auch an ein Plakat des Stadtschüler-

rats aus dem Jahr 1993, das unter der Überschrift NAZI-MORDE die Namen von 1.300 aus Frankfurt deportierten und zumeist ermordeten Kinder verzeichnete.

„Der Weg in die Schule war eine tägliche Qual.“ Berichte gegen Vergessen und Verdrängen von 100 überlebenden jüdischen Schülerinnen und Schülern über die NS-Zeit in Frankfurt am Main, herausgegeben von Benjamin Ortmeier, Protogoras Academicus, 4. Auflage 2016, ISBN 978-3-943059-22-9



## GEW kritisiert Programm für Bildungsketten

In einem Brief an die Landesregierung, das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Träger des hessischen Bündnisses für Ausbildung kritisiert die GEW die Vereinbarung zu den sogenannten Bildungsketten. Ziel ist es, die skandalöse Verteilung von Fördermitteln und -maßnahmen im Sinne des Erhalts selektiver hessischer Schulstrukturen aufzuzeigen und darauf zu drängen, dass Fördermittel allen Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf zur Verfügung gestellt werden.

Gegenstand der Kritik ist eine Vereinbarung zwischen Bundes- und Landesregierung zur „Durchführung der Initiative Abschluss und Anschluss“, um „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ herzustellen. Konkret kritisiert die GEW den Programmpunkt „Praxisbezogene Berufsorientierung“, wonach die meisten Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe in Hessen, die eine entsprechende Unterstützung bräuchten, leer ausgehen. Denn wesentliche Mittel gibt es hier ausschließlich für die Mittelstufenschulen und das Programm Praxis und Schule (PuSch).

Die Mittelstufenschule, ein hessisches Unikum, ist die einzige Schulform in Hessen, die explizit aus diesen Mitteln unterstützt werden soll. Unter den

705 allgemeinbildenden Schulen (ohne Grundschulen) gibt es hessenweit gerade einmal 13 Mittelstufenschulen, die im Schuljahr 2014/15 von 3.236 Schülerinnen und Schülern besucht wurden. Das entspricht 0,7 Prozent! Offensichtlich versucht die Landesregierung ihr gescheitertes Projekt „Mittelstufenschule“ durch kräftige Finanzspritzen des Bundes am Leben zu halten. Dies ist für die GEW Hessen ein Skandal!

Unterstützungsmittel gibt es auch noch für das Programm „Praxis und Schule“ (PuSch), das außerhalb der Beruflichen Schulen als PuSch-A nur an Hauptschulen oder Hauptschulzweigen der Kooperativen Gesamtschulen (KGS) finanziert wird. Integrierte Gesamtschulen (IGS) ohne abschlussbezogene Klassen gehen leer aus. Leidtragende sind somit insbesondere Jugendliche mit der Prognose Hauptschule an der IGS. Dort wo – wie zum Beispiel in Frankfurt – die Hauptschulen aufgehoben werden, bleiben ganze Regionen ohne Förderung. Deshalb fordert die GEW, dass alle Schülerinnen und Schüler, die nach Klasse 9 oder 10 eine Ausbildung anstreben, unabhängig von der Schulform die Chance haben, an der Förderung aus dem „Bildungsketten-Programm“ zu partizipieren.

nach Klasse 9 oder 10 eine Ausbildung anstreben, die Chance haben, Berufseinstiegsbegleitung zu bekommen. Ein Muss ist die bedarfsgerechte Zuweisung für Berufseinstiegsbegleitung für alle Schulen, die inklusiv arbeiten.

Bestandteil der Vereinbarung ist auch „die Förderung der Potenzialanalyse ‚KomPo7‘ an allgemeinbildenden Schulen mit den Bildungsgängen Haupt- und Realschule“ durch das BMBF bis 31.12.2018. Für diese Schulen scheidet eine darüber hinaus gehende Förderung von Potenzialanalysen im Rahmen des Berufsorientierungsprogramms BOP aus. Die GEW hält es für sachlich nicht begründet, dass im Bereich der Kompetenzfeststellung alleine das Programm „Kompo 7“ gefördert wird, obwohl es bei Lehrkräften und Fachleuten umstritten ist. Oder spielt hier der Tatbestand eine Rolle, dass das Bildungswerk der hessischen Wirtschaft einziger Anbieter für die Fortbildung und Unterstützung von „Kompo 7“ ist? Der Verdacht der einseitigen Begünstigung sei „nicht von der Hand zu weisen“.

### Potenzialanalysen

Hinzu kommt, dass der überwiegende Teil der Kompetenzfeststellung von Lehrkräften durchgeführt werden soll, obwohl dies den Standards von Potenzialanalysen widerspricht und Lehrkräfte wegen ihrer Sicht auf die Schüler aus der Unterrichtsperspektive dafür ungeeignet sind. Aus diesem Grund unterstützen einzelne Schulträger ihre Schulen mit erheblichen zusätzlichen Mitteln, um in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe an der Schule andere Verfahren durchzuführen. Nordrhein-Westfalen (NRW) stellt beispielsweise 200 Euro pro Schülerin und Schüler zur Verfügung, und die Schulen können aus einer vom Land erstellten Liste von Anbietern auswählen. Die GEW besteht darauf, dass die Verfahren zu Potenzialanalyse und Kompetenzfeststellung nicht zu den Aufgaben der Lehrkräfte gehören, sondern von externen Fachleuten oder der Jugendhilfe an der Schule durchgeführt werden sollen. Ähnlich wie in NRW sollte es den Schulen überlassen werden, Verfahren und Träger auszusuchen.

Christoph Baumann

### GEW-Beiträge auch im Ruhestand absetzbar

Auch Beamtinnen und Beamte im Ruhestand und Rentnerinnen und Rentner können die Werbungskostenpauschale in Höhe von derzeit 102 € im Jahr in Anspruch nehmen und darüber hinausgehende Beträge geltend machen. Dazu gehören auch die Gewerkschaftsbeiträge. Sollte das Finanzamt dies nicht anerkennen, kann man nach einem Hinweis in der Zeitschrift Finanztest (Heft 12/2015) unter Berufung auf eine Verfügung der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (Az. S 2212 - A-2 St II 27) Widerspruch einlegen. Schließlich kommen die Tarifarbeit der Gewerkschaften und ihre Forderungen zu den Versorgungsleistungen auch Rentnern und Pensionären zugute. Auch die Beratungsangebote der Gewerkschaften können sie in Anspruch nehmen.

### Berufseinstiegsbegleitung

Der Programmpunkt „Individuelle Begleitung der Jugendlichen im Übergang Schule – Beruf“ sieht die Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) als weitere sinnvolle Unterstützungsmaßnahme vor. Die GEW weist darauf hin, dass diese nur den Schulen zur Verfügung stehen soll, die sie auch in den letzten Jahren gehabt haben. In Frankfurt sind das im Bereich der Sekundarstufe nur drei Integrierte Gesamtschulen, die in der Vergangenheit Gemeinsamen Unterricht für Behinderte und Nichtbehinderte angeboten haben. Sie haben bis zu drei Berufseinstiegsbegleiter und -begleiterinnen an ihren Schulen. Mittlerweile gibt es aber an allen zwölf Integrierten Gesamtschulen in Frankfurt inklusiven Unterricht. Alle, die bisher noch keine Fachkräfte haben, würden bei der Berufseinstiegsbegleitung leer ausgehen. Die GEW fordert, dass alle Schulen mit Schülerinnen und Schülern, die



## Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes

Das Hessische Hochschulgesetz (HHG) war bis Ende 2015 befristet und wurde zum Schluss im November in relativer Eile novelliert. Vorausgegangen war zu Jahresbeginn eine umfangreiche Evaluation bei Hochschulen und Verbänden, deren Anregungen sich jedoch nicht im Gesetz wiederfinden. Die GEW Hessen kritisiert die Gesetzesänderungen als halbherzig. Eine Weiterentwicklung der Juniorprofessur als den großen Wurf für den wissenschaftlichen Nachwuchs anzupreisen, erscheint bei knapp über 40 bestehenden Juniorprofessuren an hessischen Universitäten eher als Witz. Die weit über 13.000 so genannten Nachwuchswissenschaftler an hessischen Hochschulen brauchen für die Absicherung ihrer Karrierewege gesetzlich geregelte Mindestvertragslaufzeiten und, wie es der schwarz-grüne Koalitionsvertrag formuliert, eine Verpflichtung für die Hochschulen, Dauerstellen für Daueraufgaben einzurichten.

Auch den erleichterten Hochschulzugang sieht die GEW zwiespältig. Grundsätzlich ist es ein Fortschritt, beruflich Qualifizierten den Hochschulzugang zu ermöglichen, zeitgleich aber für alle Studierenden verpflichtende Online-Self-Assessments als Voraussetzung zur Zulassung einzuführen, wirkt auf uns schizophoren.

Eine Verbesserung sieht die GEW Hessen für die Hilfskräfte. Das Hessische Hochschulgesetz nennt die wissenschaftlichen Hilfskräfte, die nach dem Studium schlechter bezahlt werden, aber die gleiche Arbeit wie Mitarbeiter verrichten, nicht mehr als eigene Personalkategorie. Ihre Abschaffung ist ein großer Erfolg unserer Gewerkschaft. Was diese Änderung schlussendlich rechtlich bedeutet, ist zusammen mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz des Bundes (WissZeitVG) zu bewerten, dessen Novellierung im März 2016 in Kraft treten soll.

Kleine Verbesserungen reklamierete Wissenschaftsminister *Boris Rhein* (CDU) für sich. Insbesondere die Verleihung des Promotionsrechtes an besonders forschungsstarke Fachbereiche der ehemaligen Fachhochschulen, die jetzt als „Hochschulen für angewandte Wissenschaften“ bezeichnet werden, ist in Aussicht gestellt worden. Welche Fachbereiche damit gemeint sind, ist noch unklar.

Weiter wird es auch im Zusammenhang mit der Novellierung des WissZeitVG um die kleinteilige Rechtsauslegung des Hochschulgesetzes gehen. Mit Blick auf die nächste HHG-Novelle nach der nächsten Landtagswahl gilt auch hier: Wir bleiben dran!

**Tobias Cepok und Ulrich J. Heinz**

*Tobias Cepok ist Referent der GEW für Hochschule und Forschung, Ulrich Heinz war bis 2010 Fachgruppenvorsitzender Hochschule und Forschung.*

## Elektronische Reisekostenabrechnung

Auf dieses Privileg hätten sie liebend gerne verzichtet. Weil sie zum „Pilot-Schulamt“ Bebra gehören, dürfen die Kolleginnen und Kollegen in den Kreisen Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner seit September 2015 als erste Lehrkräfte die neue elektronische Reisekostenabrechnung über das Internet austesten. Besser: Sie müssen sie austesten, denn Anträge in Papierform werden von ihnen nicht mehr entgegengenommen. Die ersten Erfahrungsberichte sind desaströs:

*„Ich finde, es ist eigentlich eine Frechheit, uns mit so einem unglücklichen Portal in der Vor-Vor-Vorentwicklungsstufe zu behelligen. Ich sitze immer noch an meiner ersten Reisekostenabrechnung und wäre ohne massive Hilfe (...) aus dem Schulamt, für die ich sehr dankbar bin, keinen Schritt vorwärts gekommen. Jetzt hänge ich schon wieder fest, weil ich nach der Kontierung gefragt werde. Als ob ich Verwaltungsspezialist für die hessische Kassenführung wäre! Ich hätte Lust, mich vordringlich nur noch mit meiner Reisekostenabrechnung statt mit der Schule zu beschäftigen. Hast du schon eine Reise-*

*kostenabrechnung hinbekommen? Gibt es dafür bereits zentrale Fortbildungen? Alles sehr kafkaesk!“*

Kurz danach folgt der nächste Bericht: *„Ich hoffe, dass ich es geschafft und meinen ersten Antrag korrekt ausgefüllt und abgeschickt habe. Ich denke, ich bin bisher mit acht Arbeitsstunden dabei.“*

Dieses Schreiben steht stellvertretend für etliche mir vorliegende Erfahrungsberichte mit der neuen Abrechnungspraxis. Das Verfahren konfrontiert die Antragsteller mit einer Vielzahl ungeklärter Fragen, mit unterschiedlichen Fehlermeldungen und Problemen. Es funktioniert in vielen Fällen einfach nicht. Deshalb musste die Landesverwaltung von ihrem Plan Abstand nehmen, es bereits zum November 2015 auf die gesamte hessische Lehrerschaft auszuweiten. Der Termin für den landesweiten Start musste inzwischen mehrmals verschoben werden. In der Pilotregion machen indes Mutmaßungen die Runde, das Ganze sei so kompliziert und störanfällig gestaltet, um Kolleginnen und Kollegen von der

Antragstellung abzuhalten. Tatsache ist, dass in diesem Zusammenhang ein neues bei der Schulleitung einzureichendes Antragsformular auf Genehmigung von Dienstreisen ausgegeben wurde, das erneut die Möglichkeit vorsieht, eine von mehreren Gerichten als unzulässig deklarierte Erklärung anzukreuzen, wonach man „unwiderruflich auf die Erstattung der Reisekosten“ verzichtet. Es soll Schulleiter geben, die die Genehmigung einer Fortbildung vom Kreuz an dieser Stelle abhängig gemacht haben! Hier herrscht Klärungsbedarf. Außerdem dürfen keine Ansprüche wegen Fristversäumnis aufgrund eines nicht funktionierenden Abrechnungssystems verfallen. Deshalb sei allen Kolleginnen und Kollegen geraten, die beim Versuch einen Antrag auf die Reise zu schicken, wieder einmal bei einer Fehlermeldung hängen bleiben, zum Nachweis dieses Versuchs einen Screenshot anzufertigen.

**Johannes Batton**

Johannes Batton ist Vorsitzender des Gesamtpersonalrats für den Kreis Hersfeld-Rotenburg und den Werra-Meißner-Kreis.



## Die Klassenkasse als Privatvergnügen?

Praktikable Regelungen sind nicht in Sicht

*Lehrkräfte sind nicht verpflichtet, zur Durchführung schulischer und außerschulischer Veranstaltungen von Schülerinnen und Schülern Geld einzusammeln. Sie sind auch nicht verpflichtet, eine Klassenkasse zu führen, selbst wenn ein entsprechender Beschluss der Gesamtkonferenz vorliegt. Führt eine Lehrkraft dennoch eine Klassenkasse, dann ist das keine dienstliche, sondern eine außerdienstliche Tätigkeit. Dementsprechend ist es auch schlüssig, dass sich der Anspruch von Eltern, die Geld aus der Klassenkasse zurückfordern, gegen die Lehrkraft als Privatperson richtet.*

So lautete sinngemäß die Auskunft eines Staatlichen Schulamtes auf die Anfrage eines Gesamtpersonalrates. Und es mag manche überraschen, die Auskunft ist absolut richtig.

### Eine außerdienstliche Tätigkeit

Eine Mutter hatte zum Ende des vergangenen Schuljahres ihre Tochter von der Schule abgemeldet und auf eine andere Schule umgemeldet. Noch vor den Sommerferien richtete die Schülerin dem Klassenlehrer aus, ihre Mutter, damals noch Elternbeirätin der Klasse, wünsche eine Abrechnung der Klassenkasse. Der Klassenlehrer ließ der Mutter durch die Schülerin mitteilen, er werde die Abrechnung erstellen und sich dann bei der Mutter melden. Einige Tage später kam eine erneute Anfrage der Mutter über ihre Tochter nach Abrechnung der Klassenkasse, worauf der Klassenlehrer die Mutter erneut vertrösteten musste mit der Begründung, er könne im Moment die Klassenkasse noch nicht abrechnen, da noch drei Zahlungseingänge von Eltern fehlten und er außerdem noch auf eine Rechnung des Verkehrsverbundes warte.

Daraufhin wandte sich die Mutter in einem kurzen Schreiben mit Datum vom 23.7.2015, also dem vorletzten Schultag vor den Sommerferien, an den Klassenlehrer mit der erneuten Aufforderung, die Klassenkasse bis zum 14.8.2015 abzurechnen. Dieses Schreiben schickte die Mutter der Schule zu. Der Klassenlehrer fand es

erst Ende September in seinem Brieffach, also rund sechs Wochen nach dem gesetzten Termin. Wäre dem Klassenlehrer das Schreiben noch zu Beginn der Sommerferien zugegangen, hätte der Wunsch der Mutter bis zu dem gesetzten Termin auch nicht erfüllt werden können, da sich an der Sachlage bis dahin nichts geändert hatte.

### Rechtsstreit um 11 Euro

Natürlich ging es der Mutter nicht nur um die Abrechnung der Klassenkasse, sondern auch um die Auszahlung des Überschusses, der, und das war der Mutter bekannt gewesen, ungefähr elf Euro betragen hatte. Was dann passierte, könnte man in den Bereich der Satire einordnen, doch es ist bittere Realität. Die Mutter beauftragte einen Rechtsanwalt, der mit Schreiben vom 7.10.2015 die Schulleitung aufforderte, auf den Klassenlehrer „auch unter schulaufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten einzuwirken und diesen zu veranlassen, nunmehr Rechnung zu legen“. Dafür setzte der Rechtsanwalt eine Erledigungsfrist bis zum 23.10.2015. Ergänzt wurde das Schreiben durch die Aufforderung, ein ggf. errechnetes Guthaben für die Mutter zu überweisen, und die Drohung, dass er bei nicht fristgemäßer Erledigung der Mandantin weitere Schritte empfehlen werde. Des Weiteren sah der Rechtsanwalt die Schule in Zahlungsverzug und kündigte deswegen an, dass diese auch die Kosten seiner Inanspruchnahme zu tragen habe.

Mit Schreiben vom 14.10.2015 wies die Schulleitung den Klassenlehrer in Form einer Bitte an, dem Rechtsanwalt den Überschussbetrag aus der Klassenkasse in Höhe von 11,90 Euro zu überweisen, ihm die Abrechnung zuzusenden und ihm auch zu erklären, dass diese beim Elternabend besprochen worden sei, sowie ihm die verspätete Zahlung zu begründen. Dies tat der Klassenlehrer auch am nächsten Tag, obwohl immer noch nicht alle ausstehenden Beträge eingegangen waren.

Die Antwort kam postwendend: Der Rechtsanwalt schickte der Schule seine Kostennote über 83,45 Euro zu, mit der

Begründung, die Schule bzw. der Klassenlehrer habe sich zum Zeitpunkt seiner Mandatierung in Verzug befunden. Die Schulleitung lehnte eine Übernahme dieser Kosten ab und übte Druck auf den Klassenlehrer aus, den Betrag zu zahlen, da ihm andererseits die Zahlung noch höherer Kosten drohen könnte. Dies lehnte der Klassenlehrer nach Rat der GEW-Rechtsberatung ab.

Die Sache war inzwischen von der Schulleitung auch an den zuständigen Justiziar des Staatlichen Schulamtes abgegeben worden, der den Rechtsanwalt dahingehend belehrte, dass das Land Hessen auf Grund der Rechtslage für derartige Kosten nicht aufkomme. Deswegen versuchte der Rechtsanwalt nun, die Kostennote privat beim Klassenlehrer einzutreiben. Dies konnte durch ein Schreiben des GEW-Rechtsberaters abgewendet werden.

In diesem Schreiben wurde deutlich gemacht, dass der Lehrer zu keinem Zeitpunkt in Zahlungsverzug gegenüber der Mutter geraten war. Deswegen hatte für sie auch nie ein nachvollziehbarer Grund bestanden, einen Rechtsanwalt zu beauftragen. Und – sicher hart für einen Rechtsanwalt – er musste sich auch befehlen lassen, dass das Führen einer Klassenkasse keine dienstliche Angelegenheit sei und deshalb seine Aufforderung an die Schulleitung, unter aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten auf den Lehrer einzuwirken, vollkommen abwegig sei.

Daraufhin ließ der Rechtsanwalt nichts mehr hören. Offenbar hat er eingesehen, dass weder Schule noch Lehrer in Zahlungsverzug gewesen waren und er deswegen kein Recht hatte, sich die Bezahlung seines Tätigwerdens beim Lehrer zu holen. Vielleicht hatte er das aber auch vorher schon gewusst. Nun, man kann es ja mal versuchen!

### Regelungen bei Klassenfahrten

In einem Telefonat hatte der Justiziar des Staatlichen Schulamtes dem Rechtsanwalt dargelegt, dass einzelne Lehrkräfte nach der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich des Hessischen Kul-

tusministeriums (HKM) nicht berechtigt seien, Verträge zu Lasten des Landes Hessen abzuschließen, weder schriftlich noch mündlich noch „schlüssig“. Das Einsammeln und Verwalten von Elterngeldern stelle aber ein solches „schlüssiges“ Rechtsgeschäft dar, weshalb er Lehrkräften dringend von der Übernahme derartiger Geldgeschäfte abrate und empfehle, einen Kassenwart aus der Elternschaft wählen zu lassen.

Damit Lehrkräfte nicht in die Veruschung geraten, im Namen der Schule oder durch schlüssiges Handeln für das Land Hessen Klassenfahrten organisieren zu müssen, hat das Kultusministerium per Erlass geregelt, dass die Lehrkräfte die erforderlichen Verträge „im Namen der Eltern oder volljährigen Schülerinnen und Schüler abschließen“ (1). Verträge dürfen die Lehrkräfte erst dann abschließen, wenn zuvor die schriftlichen Zustimmungen der Eltern bzw. die Erklärungen der volljährigen Schülerinnen und Schüler zur Kostenübernahme und die Genehmigungen zum Abschluss der Verträge vorliegen. Ob dadurch allerdings Konfliktefälle wie der oben beschriebene ausgeschlossen bleiben, darf bezweifelt werden. Es kann auch hierbei vorkommen, dass Eltern meinen, Geld zurückfordern zu müssen.

Es bleibt die Kritik an der gegenwärtigen Regelung, dass das Land Hessen nicht selbst verantwortlich für die Durchführung von Klassenfahrten zeichnet, zumal die Teilnahme an Klassenfahrten zu den Dienstpflichten von Lehrkräften zählt und diese als „wichtige Elemente des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schulen“ gelten.

### Eine Sache der Eltern?

Ob der dringende Rat des Justizars des Staatlichen Schulamtes, einen Kassenwart aus der Elternschaft wählen zu lassen, Abhilfe schafft, ist fraglich. Es beginnt bei der Frage, ob sich in jeder Klasse ein Elternteil für diese Aufgabe breitschlagen lässt. Informationen über Schülerinnen und Schüler, deren Teilnahme an Klassenfahrten durch Zuschüsse des Sozialamtes, des Fördervereins oder aus der Elternspende unterstützt wird, gehen andere Eltern nichts an. Falls sich eine Lehrkraft aber konsequent weigern sollte, Geld für schulische Zwecke einzusammeln, wird der Elternschaft nichts anderes übrig bleiben, als die Geldgeschäfte der Klasse selbst zu verwalten; oder es gibt



Foto: lisafx/  
panthermedia

halt keine Klassenkasse, und eine Klassenfahrt findet auch nicht statt.

Und wie sieht es mit der Abwicklung von Zahlungen für Ausflüge und Klassenfahrten über ein Schulkonto aus? Die Richtlinien des HKM zur Führung von Girokonten durch die öffentlichen Schulen legen fest, dass Zahlungsvorgänge für Klassenfahrten, zusätzliche Lehr- und Lernmittel, Schulveranstaltungen, Schulfeste oder ähnliche Veranstaltungen ausschließlich über die Schulgirokonto abgewickelt werden, insbesondere auch Zahlungen, die bisher über Privatkonto der Lehrkräfte oder Konten von Schulvereinen erfolgten. Die Schulleitung erhält dabei die entsprechende Befugnis zur Konteneröffnung im Namen des Landes Hessen und zur Verwaltung des Kontos.

### Lösung Schulgirokonto?

Klingt gut, doch die Umsetzung wirft einige Fragen und Probleme auf. Der Erlass empfiehlt, eine kostenfreie Führung des Schulgirokontos anzustreben, da das Land Hessen keine Mittel dafür habe. Ob Kreditinstitute dazu bereit sind, muss im Einzelfall geklärt werden. Die Kontoführung obliegt dem Schulleiter oder der Schulleiterin gemeinsam mit einem oder mehreren zu benennenden Schulbediensteten. Sieht man sich die im Erlass aufgeführten Pflichten zur Aufzeichnung und Rechnungslegung an, dürfte klar werden, dass man – bedingt durch den Verwaltungsaufwand – Schulbedienstete, die diese Aufgaben übernehmen wollen, wohl nur schwer finden wird. Zudem müssten diese Schulbediensteten einfache Buchhaltungskennntnisse vorweisen können.

Eine kleine Rechnung soll den Aufwand deutlich machen: Bei einer Schule mit 800 Schülerinnen und Schülern in 30 Klassen fallen bei nur einen einzigen Überweisung für die Klassenkasse bereits 800 Buchungen an. Diese können nur zugeordnet werden, wenn in jedem Kontoauszug der Name der Schülerin oder des Schülers und die Bezeichnung der Klasse stehen. Wird zweimal im Jahr eingezahlt oder kommen noch Extrazahlungen oder Ratenzahlungen für Klassenfahrten hinzu, stellt sich natürlich wieder einmal die Frage, wer eigentlich diese ganze Arbeit machen soll. Und dann gibt es ja auch noch Eltern, die Zahlungen versäumen oder verweigern, die gemahnt werden müssen, und vieles mehr.

Die Tatsache, dass alle Kontenbewegungen überprüft werden müssen, führt zu einem weiteren großen Verwaltungsaufwand. Man kann gespannt sein, wenn die ersten Erfahrungsberichte über eingerichtete Schulgirokonto an die interessierte Öffentlichkeit gelangen. Die Tatsache, dass der Erlass nur um ein Jahr verlängert worden ist, zeigt wohl, dass man auch im Kultusministerium nicht sicher ist, das Gelbe vom Ei gefunden zu haben.

**Andreas Skorka**

Andreas Skorka ist ehrenamtlicher Kreis- und Bezirksrechtsberater im GEW-Bezirksverband Nordhessen.

(1) Schulwanderungen und Schulfahrten, Erlass vom 7. Dezember 2009, in: GEW-Dienst- und Schulrecht für Hessen, S. 6-99  
(2) Der Erlass über die Führung von Schulgirokonto (GEW-Dienst- und Schulrecht für Hessen, S. 6-185) wurde – unwesentlich verändert – über den 31.12.2015 hinaus bis zum 31.12.2016 verlängert (ABl. 12/2015, S. 656).

## Wir gratulieren im März ...

### ... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Ingolf Bergmann, Wiesbaden  
 Bettina Bergmann-Remy, Wiesbaden  
 Marita Binding, Langensfeld  
 Sigyn Böhmer, Frankfurt  
 Gerhard Bott, Borken  
 Ernst Bretz, Hohenstein  
 Jochen Bulawski, Hessisch Lichtenau  
 Angelika Claude, Gelnhausen  
 Ingrid Cleve, Wetzlar  
 Dorle Diegelmann, Wiesbaden  
 Eleonore Dümke-Weiß, Kassel  
 Werner Erk, Glauburg  
 Helga Färber, Frankfurt  
 Angela Federspiel, Oberursel  
 Heinz-Peter Gange, Frankfurt  
 Elisabeth Gessner, Kassel  
 Christiane Giesenkirchen, Lich  
 Marlene Goßmann, ABlar  
 Ellen Henkel, Braunfels  
 Renate Janetzke, Espenau  
 Marianne Knieß, Pfungstadt  
 Gabriele Kottkamp, Bensheim  
 Elisabeth Kraft, Kassel  
 Hans-Wilfried Kuhlen, Wettenberg  
 Maria Lunkenbein, Wiesbaden  
 Wolfgang Melber, Kronberg  
 Peter Mosebach, Offenbach  
 Erich Neidhardt, Brachtal  
 Christel Pfister-Daehne, Frankfurt  
 Herbert Rinker, Kassel

Christa Rügemer, Fuldabrück  
 Maria Rust-Kiesel, Messel  
 Wolfgang Schmitt, Frankfurt  
 Gabriele Schmitt-Wilhelm, Frankfurt  
 Sibylla Schubert, Frankfurt  
 Gabriele Semrau, Erlensee  
 Angelika Sturm-Werner, Marburg  
 Dankwart Terörde, Korbach  
 Bernd Weiss, Kassel  
 Hans-Jürgen Weißbach, Kassel  
 Erika Wirkner, Waldkappel  
 Gabriele Wolf, Steinbach  
 Rainer Zimmermann, Frankfurt

### ... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Karin Constantin, Melsungen  
 Rolf Kabus, Kassel  
 Helga Klein, Frankenberg  
 Horst Koch, Linden  
 Jürgen Kölbl, Frankfurt  
 Horst Müller, Bebra  
 Edelgart Pletsch, Kassel  
 Heidrun Reinhard, Friedrichsdorf  
 Alexandra Strachotta, Frankfurt  
 Willi Winicker, Karlstein

### ... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Günter Fäßler, Witzenhausen  
 Hubert Schnell, Kassel

### ... zum 75. Geburtstag:

Winfried Arndt, Willingshausen  
 Hildburg Baehr, Viernheim

Hüseyin Colak, Friedberg  
 Reiner Diederich, Frankfurt  
 Ursula Föge, Hünfeld  
 Hans-Jörg Gudenau, Frankfurt  
 Helma Hann, Frankenberg  
 Heila Herz, Offenbach  
 Manfred Hornung, Kuppenheim  
 Michael Janitzki, Gießen  
 Heinrich Kalhöfer, Fulda  
 Jutta Koch-Hensler, Korbach  
 Ortrud Kompenhans, Bruchköbel  
 Winfried Lange, Bad Soden-Salmünster  
 Peter Paul Lischewski, Frankfurt  
 Rolf Metzler, Korbach  
 Eberhard Munsch, Idstein  
 Helmut Scheefer, Kassel  
 Paul Thiermann, Witzenhausen  
 Hubert Zilch, Hanau  
 Renate Zingel, Frankfurt

### ... zum 80. Geburtstag:

Dr. Manfred Dörr, Biebertal  
 Laurenz Mayer, Brensbach  
 Günther Stiller, Bad Homburg

### ... zum 85. Geburtstag:

Herbert Nickel, Weilburg

### ... zum 90. Geburtstag:

Artur Kraft, Dautphetal

### ... zum 93. Geburtstag:

Marija Vukic, Frankfurt

### GEW-Tagung für Sportinteressierte

GEW-Kolleginnen und -Kollegen mit Interesse an schulsportlichen Themen sind herzlich zur Jahrestagung der Sportkommission beim GEW-Hauptvorstand eingeladen, auf der aktuelle und grundlegende Fragen der Zusammenhänge von Schulsport und Bildungspolitik erörtert und gewerkschaftliche Positionen beschlossen werden.

Die Sportkommission versteht sich als Netzwerk der an den Fragen des Schul- und Breitensports interessierten Personen in der GEW. Die diesjährige Tagung findet am 29. und 30. Mai 2016 in Göttingen statt. Dabei geht es unter anderem um die Themen Schulsport und Flüchtlingskinder und Sportabitur für Jugendliche mit körperlichen Behinderungen.

• Weitere Informationen gibt es bei Norbert Baumann ([norbert.baumann@gew-sportkommission.de](mailto:norbert.baumann@gew-sportkommission.de)).

### GEW-Arbeitskreis Internationales

Die nächsten Treffen des GEW-Arbeitskreises Internationales finden am Mittwoch, dem 9. März, und am Mittwoch, dem 13. April 2016 jeweils um 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle des GEW-Bezirksverbandes Frankfurt in der Bleichstraße 38 a statt.

Dabei geht es unter anderem um die Nachbereitung der Tagung „Internationales“ der Bundes-GEW im November 2015, den „Europäischen Sozialdialog“, die Beschulung geflüchteter Kinder und Jugendlicher und die Rolle der GEW innerhalb des DGB.

Die Treffen sind offen für alle Mitglieder der GEW Hessen. Die Arbeitsgruppe freut sich über neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die die Ausrichtung der GEW in internationalen Fragen diskutieren möchten.

• Kontakt: [heinerbecker@gmx.de](mailto:heinerbecker@gmx.de); [mariebo@gmx.de](mailto:mariebo@gmx.de); [berndvogeler@web.de](mailto:berndvogeler@web.de)

### Schulen – Gemeinsam für Afrika

Mit einem umfangreichen Bildungsangebot rund um die Themen Frieden und Flucht startete am 1. Februar die Schulaktion „Gemeinsam für Afrika“. Unter dem Motto „Frieden – Jedes Leben zählt“ ruft das Bündnis von über 20 renommierten Hilfsorganisationen Kinder und Jugendliche in ganz Deutschland dazu auf, sich mit Fragen von Krieg und Frieden auseinanderzusetzen. Einen Schwerpunkt legt das Lehr- und Lernangebot auf die Situation von Geflüchteten, da immer mehr Menschen vor gewaltsamen Konflikten flüchten. Schulklassen können mit Projekten und Aktionen bis zum 31. Juli 2016 am bundesweiten Wettbewerb der Schulaktion teilnehmen und einen Musikworkshop an der eigenen Schule gewinnen.

• Das Unterrichtsmaterial ist kostenfrei unter [www.gemeinsam-fuer-afrika.de](http://www.gemeinsam-fuer-afrika.de) zu bestellen.

## GEW-Kreisverband Fulda

Am 28.1.2016 fand die Mitgliederversammlung der GEW Fulda mit Neuwahlen des Kreisvorstandes statt. Gewählt wurden das Vorsitzendenteam *Rudolf Meyer, Ingeborg Keil* und *Uwe Nogga*, Kassenwart *Siegfried Gedig* und *Mischa Konz* für die Rechtsberatung. Beisitzerinnen und Beisitzer sind *Guhrun Reinmöller, Cornelia Barby, Dorit Schöber, Petra Stephanblome, Iris Stake, Renate Buhl, Wittmar Just, Bernd Ruppel* und *Taceddin Dalmis*. Gemeinsam mit dem GEW-Kreisverband Hünfeld wurde die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl des Gesamtpersonalrates am Staatlichen Schulamt abgestimmt (siehe Foto). Als Gastredner bewertete GEW-Vorsitzender *Jochen Nagel* die aktuelle Bildungs- und Tarifpolitik des



Landes Hessen. Er machte deutlich, dass sich die Beamtinnen und Beamten auch weiterhin massiv gegen die Nichtübertragung des Tarifabschlusses zur Wehr setzen werden.

*Sie kandidieren für die GEW im Gesamtpersonalrat Fulda (von links nach rechts):*

*Achim Herchenhan, Patricia Kraus, Marion Petter, Cornelia Barby, Taceddin Dalmis, Siegfried Gedig, Iris Löffler, Bernd Ruppel, Andreas Mihm, Dorit Schöber, Doris Hilgenberg, Uwe Nogga, Ingeborg Keil, Gabriele Mans, Guhrun Reinmöller, Mischa Konz, Dorothee Remmert, Elke Schwarz, Bernd Kuschnik, Eckhard Kraus, Ulrich Goldbach, Manja Stock*

## Fortbildung Freinet-Pädagogik

Die Fortbildung der Freinet-Kooperative Deutschland steht in diesem Jahr unter der Überschrift „Brennpunkt Kindheit: Die Haltung zählt“. Sie beginnt mit einem Symposium vom 11. bis 13. 11. 2016 in der Reinhardswaldschule Fuldataal. Auf einer Partnerbörse können Hospitationen verabredet werden, die im Zeitraum von November 2016 bis März 2017 stattfinden.

Diese Fortbildungsveranstaltung ist offen für Lehrkräfte aller Schulstufen, für Erzieherinnen und Erzieher und andere im Bildungsbereich tätige Menschen, auch für Eltern, die sich für die Freinet-Pädagogik interessieren. Der Anmeldeschluss ist am 30. 6. 2016.

• *Infos: [www.freinet-kooperative.de](http://www.freinet-kooperative.de)*

## Deutsch-polnische Begegnungen

Die Masurenakademie von GEW und Solidarnosc findet vom 21. Juli bis 3. August in der Nähe von Olsztyn/Allenstein statt und steht in diesem Jahr sicher auch besonders unter dem Eindruck des Wahlsiegs der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), deren Politik in Europa äußerst umstritten ist. Die Gewerkschaft Solidarnosc hatte zur Wahl der PiS aufgerufen, da sie als einzige Partei gewerkschaftliche Forderungen in ihrem Wahlprogramm aufgegriffen hatte.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte sind in diesem Jahr die berufliche Bildung, das Thema Inklusion und der deutsch-polnische Schüleraustausch. Die Akademie wird vom deutsch-polni-

schen Jugendwerk gefördert, da wir als Lehrkräfte die direkten Multiplikatoren in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf schulischer Ebene sind.

Je knapp zwanzig polnische und deutsche Kolleginnen und Kollegen treffen sich am malerischen Gimsee in den Masuren, um die Sprache des jeweils anderen zu lernen. Neben den hochwertigen Sprachkursen in Kleingruppen bleibt auch reichlich Zeit für politische und persönliche Diskussionen und Ausflüge in die Umgebung.

• *Alle Informationen und Anmeldung: [www.gew.de](http://www.gew.de) > Service > Veranstaltungen > Suchbegriff Masuren oder bei [manuel.honisch@gew-berlin.de](mailto:manuel.honisch@gew-berlin.de) oder [astrid-schrobsdorff@onlinehome.de](mailto:astrid-schrobsdorff@onlinehome.de)*



## GEW-Kreisverband Wiesbaden

Am 3. Dezember 2015 fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Wiesbaden statt. Neben Tätigkeitsberichten, Wahlen und der Bestätigung der Liste für die Neuwahl des Gesamtpersonalrates erhielten die anwesenden Jubilarinnen und Jubilare ihre Urkunde und ein Präsent als Dankeschön für die langjährige Mitgliedschaft in der GEW. Das Foto zeigt als „40-Jährige“ (von links nach rechts) *Herbert Bohr, Karl Dambach, Thomas Eilers, Sophie Wegener-Stahlschmidt, Christine Ruppkuhl* und *Guido Seelmann-Eggebert*.



Klinik am  
Leisberg  
BADEN-BADEN

**Von hier an geht  
es aufwärts!**

**HOTLINE: 07221/39 39 30**

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom

**Kostenübernahme:** Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**  
Fax: 07221/39 39 3-50 • [www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de) • [info@leisberg-klinik.de](mailto:info@leisberg-klinik.de)

Privatklinik für psychologische Medizin  
Mit Fachabteilung für Essstörungen

Ihre  
Jubiläumsbroschüren,  
Jahresrückblicke etc.:

Mit uns  
kostengünstig realisieren!

Verlag Mensch und Leben  
Postfach 1944  
61289 Bad Homburg,  
Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de),  
Tel. 06172-95830 (Herr Vollrath)



**Klassisch auf Papier .....**

Alle im Schulalltag wichtigen  
**Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Erlasse**  
über 1400 Seiten gegliedert nach Fachgebieten!

**Kompakt, schnell, immer aktuell**

**... oder digital auf CD**

Mensch & Leben Verlagsges.mbH, Postfach 1944, 61389 Bad Homburg  
Tel.: 06172-95830, Fax: 06172-958321, E-mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

[www.dienstundschulrecht.de](http://www.dienstundschulrecht.de)



**Diese s/w-Anzeige**

**kostet nur**

**135,- EUR**

**zzgl. Mwst.**

Private Akutklinik für  
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung  
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBTING

**Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!**

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

**Info-Telefon 02861/8000-0**

Pröbtinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**  
Fax 02861/8000-89 • [www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de) • [info@schlossklinik.de](mailto:info@schlossklinik.de)

**Beamendarlehen 10.000 € - 120.000 €**  
 Extra günstige Kredite für Sparfüchse  
 Umschuldung: Raten bis 50% senken  
 Baufinanzierungen gigantisch günstig  
**0800 - 1000 500** Free Call  
 Wer vergleicht, kommt zu uns.  
 Seit über 35 Jahren.



**Deutschlands günstiger Autokredit**  
**2,77%** effektiver Jahreszins  
 5.000 € bis 50.000 €  
 Laufzeit 48 bis 120 Monate  
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Ltz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

[www.Autokredit.center](http://www.Autokredit.center)

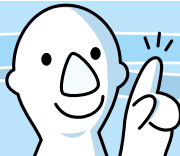
**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
 E3, 11 Planken  
 68159 Mannheim  
 Fax: (0621) 178190-25  
 Info@AK-Finanz.de  
[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

**Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker**  
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldenantrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, keine Monatsrate, Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung



**Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!**  
**www.1a-Beamendarlehen.de**  
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800-040 40 41**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER** Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
 Andreas Wendholt · Pralat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Ihre Anzeige in der



Die nächste  
**Hessische Lehrerzeitung**  
 erscheint am  
**8. April 2016.**

Bitte beachten Sie  
 den Anzeigenschluss  
 am **18. März 2016.**

**Evangelische Jugendburg Hohensolms**



- Klassenfahrten
- Erlebnisprogramme und -bausteine
- Musikfreizeiten
- Gruppenaufenthalte u.v.m.

**Unser Angebot speziell für Schulen:**

3-tägiger Aufenthalt mit Vollverpflegung und  
 Erlebnisprogramm „Bewegung, Action und  
 Natur“ ab 83,- €/pro Person.

Evangelische Jugendburg Hohensolms  
 Burgstraße 12, 35644 Hohenahr  
 Tel.: 06446 9231-0 | E-Mail: [info@jugendburg.de](mailto:info@jugendburg.de)  
[www.jugendburg.de](http://www.jugendburg.de)



Nennen Sie den Buchungscode „hoso“ und Sie erhalten  
 einen Freiplatz.



**KUNSTVOLL**

Kulturfonds Frankfurt RheinMain

**BEWERBEN SIE SICH BIS ZUM 11. MAI 2016**

Das Jugendprogramm **KUNSTVOLL** bringt Kunst in die Schule: In mehrmonatiger Zusammenarbeit unterstützen professionelle Künstler und Kunstvermittler Schüler dabei, kreativ zu sein.

Reichen Sie Ihre Bewerbung für das Schuljahr 2016/2017 bei dem Kulturfonds Frankfurt RheinMain ein. **Nutzen Sie die Chance, Jugendlichen im Schulalltag einen kreativen Zugang zur Kunst zu ermöglichen.**

Ein Theaterstück wird nicht nur aufgeführt, sondern auf Augenhöhe mit den Profis entwickelt; eine Ausstellung mit Eigeninitiative konzipiert, ein musikalisches Werk nicht nur nachgespielt, sondern mit Fachleuten komponiert. Basierend auf der Entscheidung unseres Experten-Gremiums werden im Schuljahr 2016/2017 Kooperationen mit jeweils bis zu 15.000 Euro gefördert.

**INFORMATION, BERATUNG UND BEWERBUNGSADRESSE:**

Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH  
 z. H. Claudia Oberschäfer · Ludwig-Erhard-Anlage 1-5 · 61352 Bad Homburg v. d. Höhe  
 Tel 06172.999.4695 · [kunstvoll@kulturfonds-frm.de](mailto:kunstvoll@kulturfonds-frm.de) · [www.kulturfonds-frm.de/kunstvoll](http://www.kulturfonds-frm.de/kunstvoll)



Das Jugendprogramm **KUNSTVOLL** ist ein Projekt des Kulturfonds Frankfurt RheinMain.  
 Getragen wird der gemeinnützige Fonds vom Land Hessen, von Frankfurt am Main,  
 dem Hochtaunuskreis und dem Main-Taunus-Kreis, Darmstadt, Wiesbaden und Hanau.  
[www.kulturfonds-frm.de](http://www.kulturfonds-frm.de) | Facebook | Twitter | Newsletter



**KULTURFONDS**  
 Frankfurt RheinMain



gemeinnützige  
bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

## lea bildet...

**Umgang mit Widerstand von Schüler/innen, Eltern oder Kollegen/innen** | 15-03-2016, Frankfurt |

**Sigmund Freud und die Psychoanalyse im Unterricht** | 16-03-2016, Frankfurt |

**Naturschutzgebiet Kühkopf-Knoblochsaue als außerschulischer Lernort** | 17-03-2016, Stockstadt |

**Mathematik im Anfangsunterricht** | 23-03-2016, Darmstadt |

**An einem Strang ziehen** | 14-04-2016, Frankfurt |

**Datenschutz an Schulen** | 14-04 u. 21-04-2016, Frankfurt |

**John Greens ‚Looking for Alaska‘ und ‚The Fault in Our Stars‘** | 14-04-2016, Darmstadt |

**Traumatisierte Kinder in Kindergarten und Grundschule** | 19-04-2016, Rüsselsheim |

**Sprachenvielfalt im Klassenraum** | 20-04 u. 27-04-2016, Marburg |

**Die Vorbereitung auf Projektprüfungen** | 20-04-2016, Gießen |

**Rechtsextremismus – was tun?** | 21-04-2016, Kassel |

**Wie bleibe ich bei Stimme?** | 23-04-2016, Frankfurt |

**Yoga mit Kindern** | 25-04-2016, Neu Isenburg |

**Inklusiv unterrichten im Schriftspracherwerb der Grundschule** | 26-04-2016, Marburg |

**Wirtschaftskrisen verstehen** | 27-04-2016, Frankfurt |

**Arbeiten im dreidimensionalen Raum mit Ytong-Stein** | 27-04-2016, Kassel |

**Mit Kindern reden, statt zu ihnen zu sprechen – Zur Bedeutung des Fragens** | 28-04-2016, Kassel |

**Kreativ-gestalterische Impulse zur Überwindung von Schreib- und Sprechhemmung** | 28-04-2016, Frankfurt |

Das vollständige Programm unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

[www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main